D 20930 E

# links

## Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 68
Juli/August '75 DM 1,50

# Erfahrung, Emanzipation und Organisation

Oskar Negt

Der vorliegende Artikel, der wichtige Punkte aus Gesprächen mit verschiedenen Gruppen des Sozialistischen Büros, mit Mitgliedern des Arbeitsausschusses und einzelnen aufgreift, macht den programmatischen Versuch, die politisch selbstzerstörerische Sprachverwirrung zu beseitigen, die mit einigen, in den vergangenen drei Jahren besonders häufig verwendeten Begriffen, wie Erfahrung, Interessen, Organisation und Emanzipation betrieben wurde. Alle diese Begriffe sind strategische Begriffe, die der Analyse ebenso dienen wie der praktischen Orientierung im Organisierungsprozeß.

Ich knüpfe hier bewußt an den von mir geschriebenen „links"-Artikel an, der eine Reihe von Forderungen enthielt, die ich im Prinzip auch heute noch für richtig halte, die aber der Konkretisierung, vor allem im Zusammenhang der Arbeitsfeldanalyse, bedürfen. Als dieser Artikel, mit dem provozierenden Titel: „Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!" in der Dezember-Ausgabe 1972 von „links" erschien, ging es um zweierlei: zum einen darum, im Klima der Traditionalisierung der Organisationsfrage, der entschlossenen und radikalen Abkehr von den Aktions- und Organisationsformen der Protestbewegung durch demonstrative Gründungen von Aufbauorganisationen, Parteien und Fraktionen für das Sozialistische Büro politische Perspektiven und inhaltliche Aufgaben zu präzisieren, die sich aus der praktischen Arbeit ergaben und die seinem damaligen Stand der Organisierung entsprachen —: zum anderen darum, die im Sozialistischen Büro lose zusammengefaßten oder sich nur an ihm orientierenden Gruppen, Einzelpersonen, Aktivitäten vor dem Verschleiß formaler Fraktionsabgrenzungen zu bewahren, der zwangsläufig mit der Rivalität von Avantgardeansprüchen verbunden ist. Sicherlich ist es heute noch zu früh, um mit Bestimmtheit sagen zu können, ob dieser vom SB beschrittene Weg richtig war; was man jedoch sagen kann ist, daß er unter den gegebenen Bedingungen der einzig mögliche war. Einige Entwicklungstendenzen der anderen sozialistischen bzw. kommunistischen Organisationen lassen im übrigen vermuten, daß sich nach bitteren Erfahrungen auch hier der sektiererische Organisationszwang zu lockern beginnt.

Insofern kann ich an die damalige Argumentation unmittelbar anknüpfen und sie unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen wei-

FORTSETZUNG SEITE 11

Ernst Bloch im Jahre 1925

## Ernst Bloch — 90 Jahre

Siehe den Beitrag „Utopie und Klassenkampf" auf Seite 14.

## In dieser Ausgabe:

**Kommentare** Walter Müller-Jentsch: Betriebsratswahlen 3 • Claus Leggewie: Erwitte 4 • Andreas Buro: Nato und Portugal 5 • Streik in Spanien 7 • Peter Schlotter: MRCA 9 • **Strategie** Oskar Negt: Erfahrung, Emanzipation, Organisation 1/11 • **Sozialismus** D. Horster/J. Perels: Ernst Bloch — Utopie und Klassenkampf 14 • **Ökonomie** Aike Blechschmidt: Weltwirtschaftskrise 17 • Armanski/Schulz/Tergeist: Krise in den USA 19 • Eva Senghaas-Knobloch: Internationale Arbeitsteilung 22 • **Organisation** Siegfried Berg: Einzelkämpfer in der Provinz 24 • SLB-Resolution 27 • **Anti-Kommunismus** Harald Wieser:Antwort auf Vilmar 26 • **Recht** Siemens contra Rotbuch 28

# links

## Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

●

Neben „links" gibt das Sozialistische Büro die Monatszeitung „express" heraus, eine Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Außerdem hat das Sozialistische Büro periodisch erscheinende Informationsdienste für sozialistische Berufspraxis aufgebaut, so den Info für sozialistische Lehrer sowie die Infos Sozialarbeit und Arbeiterbildung. Ergänzend fördert das Sozialistische Büro mit verschiedenen Broschürenreihen und seinem Bücher- & Papervertrieb die Herstellung und Verbreitung ausgewählter Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, über lokale und projektbezogene Aktivitäten etc. Um das Sozialistische Büro und seine Projekte tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrags selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt 2956 80-605

# Neuerscheinungen im Verlag 2000

## Portugal

Reihe Internationale Solidarität, Heft 9, Portugal — auf dem Weg zum Sozialismus? — Analysen und Dokumente — 160 Seiten, broschiert, bebildert, DM 8,—

Mit den in der Broschüre „Portugal — Auf dem Weg zum Sozialismus?" zusammengestellten Texten soll versucht werden, die Komplexität des gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses darzustellen, der in Portugal nach dem Sturz der Diktatur in Gang gesetzt wurde: Seine Schwierigkeiten, seine Widersprüche, seine Bedrohung von innen wie von außen, seine revolutionäre Dynamik.

(Siehe auch Anzeige Seite 9)

## Gefängnisskandal

Autorenkollektiv: Knastalltag am Beispiel Mannheim, Der Mannheimer Gefängnisskandal — Eine Dokumentation, 128 Seiten, broschiert, DM 7,—.

Die Ereignisse, die im Sommer 1974 als „Mannheimer Gefängnisskandal" in der Öffentlichkeit zum Teil bekannt wurden, bilden den Ausgangspunkt dieser Dokumentation über den Mannheimer Knastalltag. Die Todesfälle mehrerer Gefangener — der bekannteste Fall ist die Ermordung Hans-Peter Vasts, die vor kurzem vor dem Landgericht Mannheim abgehandelt wurde —, die „Pfingstschlägerei" von 1974 und die unzähligen Mißhandlungen und Folterungen an Gefangenen sind Beispiele, die die zerstörende Brutalität des Knasts deutlich werden lassen. Die JVA Mannheim stellt dabei keinen Einzelfall dar. Berichte aus anderen Gefängnissen bestätigen das immer wieder. Am Mannheimer Beispiel werden die Ursachen solcher brutaler Vorfälle ergründet und dokumentiert. Die Gewalttätigkeit des Knasts tritt in allen Situationen mehr oder weniger deutlich offen zu Tage. Hierin liegt der Zusammenhang zum „Mannheimer Gefängnisskandal", wie er allerdings vom Justizministerium und der bürgerlichen Presse verschwiegen wird: Ursache der bekannt gewordenen Vorfälle ist nicht der „Sadismus einiger Wärter" (Justizminister Bender), deren Ausgangssituation sich im übrigen aufgrund der gleichen klassenspezifischen Herkunft oft kaum von der der Gefangenen unterscheidet. Vielmehr produziert die Gewalttätigkeit der Strafjustiz selbst in allen ihren Erscheinungsformen ihre eigenen „Auswüchse": So gewalttätig es ist, Menschen für Jahre hinter Mauer und Gitter zu sperren, genauso gewalttätig ist es, sie dort täglich zu „beschäftigen", sie zu „verpflegen", sie dort überhaupt leben zu lassen. Diese „legale" Gewalt läßt sich aber für die Wärter nicht immer von der „illegalen" des Prügelns und Schikanierens trennen. Die prinzipielle Anerkennung der Gewaltausübung im Justizvollzug birgt somit immer die Möglichkeit von übersteigerter Gewaltausübung in sich.

Mit der Dokumentation „Knastalltag am Beispiel Mannheim" ist eine Materialsammlung zusammengestellt, die gleichzeitig auch einen Erklärungszusammenhang für die verschiedenen Vorfälle im Mannheimer Knast liefert, deren wahre Ursache die Verantwortlichen abstreiten.

## Lehrerbewegung

Reihe Roter Pauker, Heft 14, Zur Geschichte der politischen Lehrerbewegung, Teil 3, Volker Hoffmann: Zur „Proletarisierung" der pädagogischen Intelligenz, 80 Seiten, broschiert, DM 4,—.

Zur Vervollständigung der Geschichte der politischen Lehrerbewegung vor 1933 erscheint mit diesem dritten Heft zum ersten Mal eine ausführliche Behandlung des „Junglehrerproblems". Besondere Aktualität gewinnt die Broschüre durch die vielen historischen Parallelen, die mit der erstmals nach dem Krieg wieder auftretenden Lehrerarbeitslosigkeit für Lehramtsanwärter und -kandidaten von besonderer Bedeutung sind. Behandelt werden u. a. der „Lehrerberg" in der Weimarer Republik, die staatlichen „Lösungen" von damals und der Kampf der Junglehrer gegen die Arbeitslosigkeit. In einem zweiten Abschnitt wird das Bewußtsein der berufsfremden Junglehrer untersucht. Die historischen Parallelen versucht der Autor in einem dritten Abschnitt „Was kann man aus der Geschichte lernen" zu ziehen. Ein Anhang mit detaillierten Anmerkungen und Hinweisen sowie einer Dokumentation über den Umfang und die Folgen des geistigen und wirtschaftlichen Niedergangs der jungen Lehrerschaft vervollständigt das Material.

## Gesundheitswesen

Informationsdienst Gesundheitswesen, Heft 4, 96 Seiten, broschiert Doppelnummer, DM 5,—.

Dieser Info bringt verschiedene Beiträge zur aktuellen Auseinandersetzung im Gesundheitssektor und aus der Praxis und Diskussion innerhalb des Arbeitsfeldes Gesundheitswesen im Sozialistischen Büro. 1. In einem Bericht über die Arbeitsfeld-Tagung in Münster wird versucht, eine Einschätzung der Arbeit in der ambulanten Versorgung zu geben. 2. Für den gewerkschaftlichen Bereich werden die Vertrauensleute in der ÖTV wieder neuen Leitsätze für die Arbeit de gegeben und kommentiert und ei Vergleich zwischen der vom DG in Auftrag gegebenen Studie übe die „Gesundheitssicherung in de BRD" und den vom DGB darau abgeleiteten Forderungen vorge nommen. 3. Ein umfangreicher Be trag „Psychologe in der Psychia trie" wurde von Mitgliedern de psychologischen Fachschaftsgrup pe Berufsperspektive in Hambur verfaßt. 4. Am Beispiel der Ergeb nisse der Hamburger Lehrlings Studie wird die Ausbildung im Ge sundheitswesen behandelt. 5. We tere Beiträge behandeln die Ratio nalisierungstendenzen im Kranken haus, den Vorschlag von Professo Häussler zur „Entlastung der Kas sen", das Thema „Militärmedizin - Eine Karikatur des Gesundheits wesens?" und berichten über di Aktivitäten der AuA zum Ärztetag in Hamburg und über die Situatio im SSK-Köln (Sozialpädagogisch Sondermaßnahmen).

Diese Broschüren können gege Vorauszahlung über Verlag 200 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfac 591, bezogen werden.

kommentare

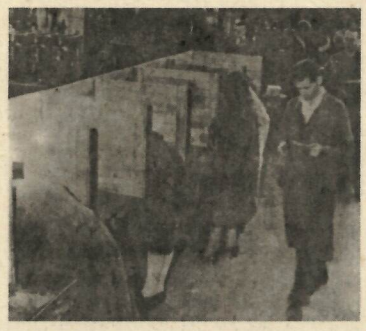
# Betriebsratswahlen 1975 — Erfolge für die Linken

Die diesjährigen Betriebsratswahlen fielen in eine Phase, die gekennzeichnet ist einerseits durch eine schwere ökonomische Krise mit über einer Million Arbeitslosen und fast ebensovielen Kurzarbeitern und andererseits durch einen politischen Rechtsdruck, der — anders als in der Rezession 1966/67, als die NPD ihre größten Erfolge erzielte — sich innerhalb des etablierten Drei-Parteien-Systems vollzieht.

Dieser Rechtsdruck auf der politischen Ebene hat sich allerdings nicht bei den Betriebsratswahlen fortgesetzt. Die bisher bekannt gewordenen Ergebnisse, vor allem die aus der Metallindustrie, weisen eher auf beachtliche Erfolge der Linken hin. Freilich hat die im Vergleich zu früheren Betriebsratswahlen erhöhte Aktivität christlicher Gewerkschaftsfraktionen (sei es als Sozialausschüsse der CDU innerhalb der DGB-Gewerkschaften oder als Christlicher Gewerkschaftsbund) in einer Reihe von Großbetrieben auch zu Polarisierungen zwischen linken und rechten Gruppierungen geführt.

Bevor eine politische Einschätzung dieser Entwicklung versucht wird, sollen einige bekanntgewordenen Ergebnisse aus Großbetrieben mitgeteilt werden.

Ford Köln: Hier hatte der spektakuläre „Türkenstreik" 1973 und die später erfolgte Ablösung der gewählten Geschäftsführer der IG Metall-Ortsverwaltung in Köln eine brisante Situation geschaffen. Dies kam bereits in der Vielzahl der Listen zur Betriebsratswahl zum Ausdruck: 12 Listen für die Gruppe Arbeiter und 3 Listen für die Gruppe Angestellte. Die IG Metall hatte neben der offiziellen Arbeiterliste 5 weitere Türkenlisten aufgestellt, weil sie mit Grund befürchtete, daß die Türken die offizielle IG Metall-Liste boykottieren würden. Bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung von 83,5 Prozent wurden dem alten Betriebsrat und der IG Metall eine „schwere Schlappe" (Frankfurter Rundschau v. 29. 4.) zugefügt. Nur noch 17 von 41 Betriebsratsmandaten entfielen auf die offiziellen IG Metall-Listen. Die oppositionellen Listen hingegen konnten insgesamt 20 Mandate (18 über Arbeiterlisten und 2 über eine Angestelltenliste) erzielen. Die übrigen 4 Mandate fielen an die DAG. Neuer Betriebsrats-Vorsitzender wurde der Listenführer der erfolgreichsten oppositionellen Liste; stellvertretender Vorsitzender wurde ein DAG-Betriebsrat. Die sich beim spontanen Streik 1973 gegen die Türken durch „vorbildlichen körperlichen Einsatz" (so damals ein Vorstandssprecher von Ford) ausgezeichneten Betriebsräte — unter ihnen der ehemalige Vorsitzende Lück und der Sprecher der Vertrauensleute Kuckelkorn — müssen nunmehr ihre Berufsperspektive als freigestellte Betriebsräte aufgeben. Der Sieg der oppositionellen Listen bedeutet freilich noch nicht, daß die Mehrheitsfraktion des Betriebsrats nunmehr eine klare gewerkschaftspolitische Alter-



native zur bisherigen sozialpartnerschaftlichen Betriebsratspolitik vertritt. Das läßt sich nicht nur aus der Vielzahl der oppositionellen Listen, sondern auch aus dem eingegangenen Bündnis mit den DAG-Kollegen schließen. Allerdings hatten sich die Kandidaten der offiziellen IG Metall-Liste gleichfalls um ein Bündnis mit den DAG-Betriebsräten bemüht.

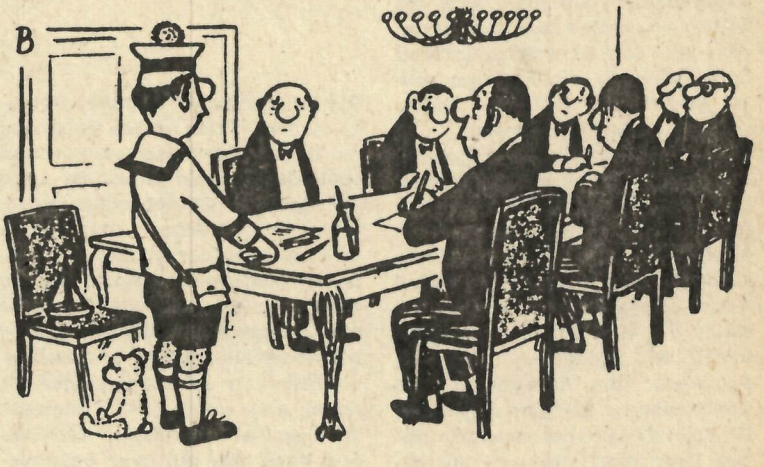
Opel Bochum: Auch hier wurde der etablierten Betriebsräte-Fraktion um den Vorsitzenden Perschke für ihre nachgiebige Politik gegenüber dem Opel-Management und für ihr Verhalten im spontanen Streik 1973 eine nachdrückliche Quittung erteilt. Trotz übelster Diffamierung von seiten der IG Metall und der DKP-Betriebszeitung gewann die „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IG Metall", die sich bis zuletzt für eine Persönlichkeitswahl eingesetzt hatte, über 36 Prozent der Stimmen und erzielte damit 12 Betriebsratsmandate (gegenüber 5 im Jahre 1972). Auf ihrer „Liste für Belegschaftsforderungen" hatten neben den vier, nach der Betriebsratswahl 1972 aus der IG Metall ausgeschlossenen Kollegen, 12 IG Metall-Mitglieder — unter ihnen mehrere Vertrauensleute und ausländische Kollegen, so auch der Sprecher der ausländischen Vertrauensleute — kandidiert. Die Wahlbeteiligung hatte sich gegenüber 1972 (80,7 Prozent) auf 83,9 Prozent erhöht.

Opel Rüsselsheim: Auch hier wurde — wie bei Ford Köln — die Betriebsratsspitze völlig neu besetzt. Allerdings vollzogen sich diese Veränderungen — im Unterschied zu Ford Köln — innerhalb der IG Metall. Vorbereitet wurden sie im gewerkschaftlichen Vertrauenskörper, der sich für zwei IG Metall-Listen entschieden hatte. Die eine repräsentierte im wesentlichen die bisherige Betriebsratsmehrheit, stark durchsetzt mit Vertretern der CDU-Sozialausschüsse. Die andere wurde von einer Gruppe linker Sozialdemokraten (Heller, Müller, Milden) angeführt, die seit 1968 an dem Aufbau einer immer stärker werdenden Opposition im Vertrauenskörper gegenüber der seitherigen Betriebsratsmehrheit maßgeblich beteiligt war. Daß der IG Metall-Vorstand beiden Listen seinen Segen gab, lag wohl einmal an der Spaltung des Vertrauensleutekörpers und zum anderen am Ergebnis der Betriebsratswahlen 1972, bei der DAG und Christlicher Metallarbeiterverband (CMV) beträchtliche Erfolge erzielt hatten und bei der überdies 12 Prozent der Wähler ungültige Stimmzettel abgegeben hatten. Das Ergebnis der diesjährigen Betriebsratswahl sprach für die Vorstandsentscheidung: Nicht nur stieg die Wahlbeteiligung auf 83 Prozent( gegenüber 70 Prozent 1972), auch der Anteil der ungültigen Stimmen ging auf 4,5 Prozent zurück; schließlich verloren DAG und CMV insgesamt 7 Sitze. Weniger Freude wird dem IG Metall-Vorstand jedoch das Ergebnis der beiden Metall-Listen gemacht haben: die progressive Liste gewann 20 Sitze (41 Prozent), die Liste der bisherigen Betriebsratsmehrheit hingegen nur 14 Sitze (29 Prozent). Der bisherige — seit 15 Jahren ununterbrochen residierende — Betriebsratsvorsitzende Lorenz wurde durch den linken Sozialdemokraten Heller abgelöst.

Daimler-Benz, Untertürkheim: Wie bereits bei den Betriebsratswahlen 1972 hatten sich auch diesmal wieder die Kollegen Hoss, Mühleisen und D'Andrea um ein demokratisches Verfahren bei der Plazierung der Kanditaten auf der Wahlliste bemüht. Die Kollegen aus den einzelnen Betriebsabteilungen sollten daran beteiligt werden. Als ihre Bemühungen jedoch — wie schon 1972 — ohne Erfolg blieben, sahen sie sich wiederum gezwungen, eine oppositionelle Liste einzureichen, auf der neben ihnen neun weitere Kollegen der IG Metall kandidierten. Im Gegensatz zu 1972 reichte diesmal auch der Christliche Metallarbeiterverband eine Liste ein, so daß für die Gruppe der Arbeiter drei Listen zur Wahl standen. Die 28 Betriebsratsmandate für die Arbeiter verteilen sich wie folgt: IG Metall: 22 Sitze (76 Prozent), Hoss/Mühleisen: 5 Sitze (18 Prozent), CMV: 1 Sitz (6 Prozent). Die um 22 Prozent höhere Wahlbeteiligung schlug sich nicht zugunsten der Liste Hoss/Mühleisen nieder. Zwar ist die absolute Stimmenzahl nur wenig zurückgegangen, auf Grund der höheren Wahlbeteiligung hat sich jedoch der prozentuale Anteil von 28 auf 18 Prozent verringert. Offenbar haben sich sämtliche Neuwähler der IG Metall- bzw. der christlichen Liste zugewandt. Immerhin stellt die oppositionelle Liste nunmehr fünf Betriebsratsmitglieder, von denen zwei ausländische Kollegen sind.

Hanomag-Henschel, Hamburg: In diesem zum Daimler-Benz-Konzern gehörenden Werk hatten die Arbeiter die Wahl zwischen der offiziellen IG Metall-Liste und einer oppositionellen Liste „alternative", auf der sieben fortschrittliche Kollegen kandidierten. Ihre Liste erhielt auf Anhieb 35 Prozent der Arbeiterstimmen und damit 4 Betriebsratsmandate. — In einer Reihe von Hamburger Chemiebetrieben gewann die Gruppe „alternative" (offenbar dem Kommunistischen Bund nahestehend) weitere Betriebsratsmandate.

Bremer Vulkan: Auf der Vulkanwerft war es dem Vertrauensleutekörper gelungen, gegen den Widerstand der Ortsverwaltung der IG Metall eine für alle Kandidaten offene Einheitsliste durchzusetzen, die der Belegschaft eine Persönlichkeitswahl unter insgesamt 53 Kollegen (bei 29 Betriebsratsmitgliedern) ermöglichte. Auf ihr konnten auch vier Kollegen, die wegen ihrer Vorstandskritik anläßlich des Unterweserstreiks 1974 aus der IG Metall ausgeschlossen worden waren, kandidieren. Es zeigte sich, daß die Belegschaft andere Maßstäbe an aktive Kollegen anlegt als der Vorstand: drei von den vier Ausgeschlossenen (KBW- und KPD-Mitglieder) wurden in den Betriebsrat gewählt. Die linke Gruppe um den parteilosen Betriebsratsvorsitzenden Bettelhäuser konnte ihre Position im Betriebsrat verbessern. Insgesamt zogen 12 neue Kollegen in den Betriebsrat ein. Um die Entwicklung von Berufsbetriebsräten zu verhindern, wurde auch die Freistellung der Betriebsräte neu geregelt: nur zwei von den in der vergangenen Wahlperiode freigestellten acht Betriebsräten wurden erneut freigestellt. Der starke Anteil der türkischen Ar-



Dem Vertreter der Linken im Betriebsrat gelingt es durch sein Auftreten immer wieder, die Aufmerksamkeit der Runde auf sich zu ziehen.

beiter wrude besser als je zuvor berücksichtigt: insgesamt 6 türkisch Kollegen gehören dem neuen Betriebsrat an.

Die vorstehende Auswahl von Konfliktfällen bei den Betriebsratswahlen 1975 beschränkt sich auf den Metallbereich. Zwar ließe sich die Liste noch um einige Beispiele — auch aus der Chemie- und Druckindustrie — verlängern, repräsentativ würde sie dadurch noch nicht. Ausgehen können wir jedoch davon, daß weder Unternehmer noch Gewerkschaftsapparate ein Interesse an der Verbreitung von Informationen über Konflikte dieser Art haben. Die geschilderten Konfliktfälle — auch davon können wir ausgehen — stellen allenfalls einen Teil der tatsächlichen Auseinandersetzungen dar. (Übrigens liegt hier eine der wichtigsten Aufgaben linker Publizistik, gegen die Interessen von Unternehmern und gewerkschaftlichen Führungsapparaten eine betriebliche und gewerkschaftliche Öffentlichkeit herzustellen.)

Unter den genannten Voraussetzungen lassen sich folgende Schlußfolgerungen aus den Betriebsratswahlen ziehen:

1. In einer Reihe von Betrieben (Ford Köln, Opel Bochum, Bremer Vulkan) standen die Betriebsratswahlen stark unter dem Eindruck der Streikerfahrungen der letzten Jahre, vor allem in den spontanen Arbeitsniederlegungen 1973. In diesen Arbeitskämpfen haben die streikenden Belegschaften nicht selten ihre betriebliche Interessenvertretung — Betriebsrat und der häufig von ihm kontrollierte Vertrauensleutekörper — als Hemmschuh ihrer Kampfbereitschaft, wenn nicht gar als Gehilfen und Verbündete des Kapitals erfahren. Sie haben begonnen, unterscheiden zu lernen, zwischen aktiven, konsequenten Interessenvertretern und karrieristischen Betriebsräten. Dabei müssen sie jetzt noch die Erfahrung machen, daß den ersteren der Gewerkschaftsausschluß droht, während die letzteren sich der gewerkschaftsoffiziellen Unterstützung sicher sein können.

2. Im Ablauf und in den Ergebnissen der Betriebsratswahlen kommt ferner eine Reaktion der Kollegen auf die ökonomische Krise zum Ausdruck (was besonders für die Automobilindustrie gilt, wobei Daimler-Benz eine Ausnahme darstellt). Für viele Arbeiter ist es offensichtlich geworden, daß der Spielraum der Betriebsräte für Konzessionen geringer geworden ist, daß mit Verhandlungen am grünen Tisch nicht mehr viel herauszuholen ist. Daher zählt nicht mehr so sehr das Verhandlungsgeschick von Betriebsräten, sondern ihre Standfestigkeit. Betriebsratskandidaten, von denen die Belegschaft erwarten kann, daß sie ihre Interessen aktiv und konsquent vertreten, haben in der ungesicherten Wirtschaftslage größere Chancen — selbst wenn sie im Betrieb als Kommunisten bekannt sind oder aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden.

3. Zumindest die IG Metall hat auf die Konflikte, die während der Vorbereitung und bei der Durchführung der Betriebsratswahlen aufgetreten sind, flexibel und taktisch reagiert. Wo ihr der gesamte Vertrauensleutekörper oder relevante Teile geschlossen entgegentraten, hat sie akzeptiert, daß auf gewerkschaftlichen Einheitslisten ausgeschlossene Gewerkschafter kandidierten (Bremer Vulkan) oder daß zwei offizielle Gewerkschaftslisten miteinander konkurrierten (Opel Rüsselsheim). Wo es ihr andererseits opportun erschien oder wo sie meinte, die Linke nicht mehr integrieren zu können, hat sie Ausschlußverfahren eingeleitet (Opel Bochum, Daimler Benz).

4. Schließlich zeigen die Betriebsratswahlen auch, daß Gewerkschaftsausschlüsse oder die Drohung damit, konsequente Gewerkschafter immer weniger davon abhalten können, auf oppositionellen Listen zu kandidieren. Dies ist vor allem dann zu erwarten, wenn die offiziellen Listen manipuliert werden und auf undemokratische Weise zustande kommen. Allein die Kollegen von der DKP haben sich in der Regel — oft bis zur Selbstaufgabe — den wie immer zustandegekommenen Mehrheitsentscheidungen gewerkschaftlicher Gremien unterworfen, auch wenn diese von rechten Betriebsräten beherrscht wurden. Nicht nur, daß sie es peinlich vermieden haben, auf oppositionellen Listen zu kandidieren, sie haben diese noch als „Spalterlisten" in ihren Betriebszeitungen und Flugblättern diffamiert.

WALTHER MÜLLER-JENTSCH

# Mögliche Lehren aus Erwitte

Die Belegschaften kleinerer Betriebe haben in der letzten Zeit nicht nur in der BRD entschlossener und spektakulärer auf drohende oder vollzogene Betriebsstillegungen, Massenentlassungen und Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen reagiert als die Belegschaften von Großbetrieben und „klassischen" Branchen. Eine bei Sozialisten häufig anzutreffende Fixierung auf die letzteren, in denen man wohl „das" Proletariat in bewußter Reinkultur vermutet und damit nur ein ganz besonderes Maß an klassenanalytischem Dogmatismus produziert, muß anläßlich neuerer Erfahrungen wieder in Frage gestellt werden. Zu kritisieren ist beispielsweise die Stellungnahme von Goldschmitt/Peter (Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8, 1974, S. 783), die die Erfahrungen der französischen Uhrenfabrik Lip teilweise als Restitution utopischer Bewußtseinsformen (Arbeiterselbstverwaltung etc.) aus der Ära der kleinen Manufakturproduktion klassifizierten und gerade an den aktivsten Lip-Arbeitern ihre fehlende „Verbindung zum Kern der Arbeiterklasse in der materiellen Großproduktion und seiner Erfahrung im organisierten ökonomischen und politischen Kampf" bemängelten. Diese Position, die andererseits nicht gänzlich vom Tisch gefegt werden darf, muß einen ganz wesentlichen Ausschnitt der Erfahrbarkeit von Klassenauseinandersetzungen theoretisierend verfehlen. Sie ist insgesamt Ausweis davon, daß Sozialisten gerade heute in der Krisensituation die Arbeiterklasse zahlreichen Über- und Fehleinschätzungen unterwerfen (im Sinne einer verschwiegenen „Krisenhoffnung"). Daraus resultiert aber eine ebenso schwerwiegende Fehleinschätzung der eigenen strategischen Position. Es ist deswegen unabdingbar, gegenwärtig stattfindende Klassenauseinandersetzungen in ihrer Punktualität und Widersprüchlichkeit richtig zu erfassen, also sich sowohl vor strategisch oder klassenanalytisch orthodoxen Standpunkten als auch vor empiristischen, an bestimmten Erscheinungsformen klebenden Einschätzungen zu hüten. Dieses Problem ist nicht nur ein „wissenschaftliches", sondern das Fundamentalproblem der Erfahrbarkeit von Klassenauseinandersetzungen, das auch in die Prioritätensetzung des SB im Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit miteinbezogen werden muß.

Foto: Rose

Ein Ansatzpunkt ist die Entwicklung der Betriebsbesetzung in Erwitte (Westfalen), in der Zementfabrik Seibel und Söhne, einem mittelständischen Unternehmen mit 151 Beschäftigten. In den Jahren des Baubooms haben sich in Erwitte wie auch in der Umgebung zahlreiche Zementfabriken angesiedelt, die heute nach seinem Ende in scharfer Konkurrenz zueinander stehen. Der Chef des Unternehmens, eine gelungene Karikatur des „freien Unternehmers" voller parvenuhafter Züge, Franz Clemens Seibel, reagierte Anfang dieses Jahres auf die Krise zunächst mit Kurzarbeit, die er reibungslos in die „Freisetzung" des größten Teils der Belegschaft überführen wollte, um noch rechtzeitig mit einem größeren Konkurrenten fusionieren zu können. Da er offenbar das Betriebsverfassungsgesetz als Fetzen Papier auffaßt, schaltete er weder Betriebsrat noch Gewerkschaften in den Entlassungsprozeß ein.

Die Kündigungen, die dann Ende Februar in die Briefkästen von 96 Kollegen flatterten, gingen Hand in Hand mit verschärftem Arbeitsdruck womit auch am Erwitter Beispiel sich der Hintergrund der gegenwärtigen strukturellen Arbeitslosigkeit demonstrieren läßt. Seit dem 10. März hielten die Zementwerker den Betrieb in großer Solidarität und Disziplin besetzt, nachdem Seibel alle Verhandlungsversuche des Betriebsrates und einen Warnstreik ignoriert hatte. Ähnlich verhielt er sich in Schlichtungsversuchen über den NRW-Landesschlichter und in den Arbeitsgerichtsterminen, bei denen die Kündigungen für ungesetzlich erklärt wurden. Nach einer von etwa 12000 Menschen besuchten Solidaritätskundgebung am 1. Mai setzten die Arbeiter ihre Betriebsbesetzung aus. Nun zeigte sich, daß Seibel sich von wirklich niemandem Vorschriften machen läßt und in geradezu frühkapitalistisch-patriarchalischer Manier seine Obstruktion fortsetzt: Anfang Juni sperrte er, ohne daß die Belegschaft überhaupt formell in einen Streik getreten war, 113 Beschäftigte aus. Es ist noch sehr unklar, ob und wie man sich jetzt gegen diese erneute Provokation wehren kann; andernfalls wird Seibel sein ursprüngliches Ziel, die Kündigung des größten Teils der Belegschaft doch noch mit einigen Monaten Verspätung erreichen.

Den Konflikt nun schlicht in einer Niederlage enden zu sehen, wäre falsch; die oben angedeutete Verarbeitung derartiger punktueller und in sich vielfach widersprüchlicher Ereignisse muß jetzt vielmehr auf verschiedenen Ebenen versucht werden. Zunächst waren da die direkten Akteure der Betriebsbesetzung, die sich ihrer Stärke durch Solidarität weitgehend bewußt waren und neue Formen der Kooperation, der Kommunikation miteinander und nach außen und des Selbstbewußtseins kennen lernten. Die Organisation der Besetzung war ein vielschichtiger Lernprozeß; Bindeglied war einmal das Gefühl, diese besetzte Fabrik ist „unsere Fabrik", die „wir" (also nicht wie sonst das ominöse „Wirtschaftswunder" oder gar „die Unternehmer") nach dem Krieg aus dem Boden gestampft haben. Daraus leitet sich dann auch das Rechtsempfinden bei einer in ihrer „Illegalität" gar nicht vollständig erfaßten Aktion ab. Hinzu kam die notwendige Fixierung auf den Parvenu Seibel, von dem unzählige Lächerlichkeiten und Provokationen ausgingen und auf dessen Person sich auch der ganze Zorn richtete. Also: nicht auf das generelle Faktum von Massenentlassungen oder gar die Form der Lohnarbeit selbst. Vorherrschender Bewußtseinsinhalt ist eher die Wiederentdeckung einer bestimmten Subjektivität und Handlungsfähigkeit, also das Herausgehen aus einer unbewußten Objektivität des Lohnarbeitsverhältnisses, noch nicht die Einsicht in diese Objektivität selbst

auf einer höheren Ebene. Das neue Selbstbewußtsein kommt durch in der im „express"-Flugblatt zum 1. Mai zitierten Aussage eines Vertrauensmannes: „Der Seibel sollte uns die Bude geben. Dann machen wir schon was draus!"
Diese Selbsteinschätzung wird kontrastiert (aber nicht aufgehoben) durch „realistische" Grundhaltungen, die sich z. B. in der Forderung nach Bildung eines Strukturkrisenkartells erweisen. In der Nr. 3 der „Streikstimme", dem von der Belegschaft im Verlauf der Besetzung selbst konzipierten Mitteilungsorgan, wird zwar deutlich hingewiesen, daß es vor allem die auf ihren Überkapazitäten sitzenden Unternehmer sind, die aus einem solchen Kartell Vorteile ziehen, aber „... trotzdem sehen wir in der Kartellbildung gewisse Vorteile für uns, auf die wir in der gegenwärtigen bedrohlichen Situation nicht verzichten können", das ganze mit einem Hinweis auf die „... bestehende Macht- und Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft". Die Krisenüberwindungskonzepte der Gewerkschaften und der SPD-Regierung werden damit akzeptiert, aber es handelt sich dabei schon um eine Art „erzwungenen Reformismus", den man gegenwärtig anders als kräftemeierisch nicht überwinden zu können glaubt.
Auf einer zweiten Ebene ist das ambivalente Verhalten der Gewerkschaften zu betrachten. Auf örtlicher und bezirklicher Ebene war die Unterstützung ungeteilt; die Frage der „Illegalität" der Besetzung wurde hier so aufgegriffen, daß diese ein den formellen Rechtstitel des Unternehmers Seibel und seiner Teilhaber übersteigenden, durch jahrzehntelange Arbeitsleistung erworbenen Rechtsanspruch zum Ausdruck bringt. Auf dieser Ebene des gewerkschaftlichen Kampfes bemühte man sich auch (siehe Maikundgebung) um größtmögliche Öffentlichkeit. Darüber hinaus ist in Erwitte aber deutlich geworden, daß jede Solidaritätsaktion von seiten der höheren gewerkschaftlichen Gremien zugleich einen Zugriff bedeutet, insofern die Gewerkschaften so schnell wie möglich die „illegale" Betriebsbesetzung in einen „legalen" Streik verwandeln wollten, um so auch ein allzu hohes Maß an Publizität von Erwitte zu nehmen. Im Unterschied zu einer linken Strategie, die auf höchstmögliche Öffentlichkeit setzt, versuchen die Gewerkschaften, den Konflikt auch informationsmäßig zu begrenzen.
Die materielle Unterstützung nahm nicht die Form von Streikgeldern an, sondern wurde als Gemaßregeltenzulage ausgezahlt. Und zur Frage der Legalität der Besetzung schwieg man sich hier aus, wobei man die Gewerkschaften insgesamt vor schlechtem Ruf bewahrte, indem man auf das indiskutable Verhalten Seibels, also die Rechtsbrüche der Gegenseite verwies. Schließlich konnte man sogar auf Solidaritätsakte von Konkurrenzunternehmen Seidels und Grußadressen à la SPD-Bundestagsfraktion zurückgreifen.
Damit kommt man zur dritten Ebene und zum Ausgangsproblem zurück, der Rezeption des Erwitter Ereignisse, also neuer Formen der Klassenauseinandersetzungen durch die Linke. Ein Mißverständnis wäre es, Erwitte als „Einzelfall" und „ohne sozialistischen Inhalt" abzuqualifizieren, und damit seine bewußten und unbewußten Perspektiven zu leugnen. Und dieses Mißverständnis würde maßlos, wenn man das dort zutage getretene Arbeiterbewußtsein als bornierten Reformismus abtun wollte. Angesichts des gegenwärtigen Standes der Reorganisation des Klassenbewußtseins in der BRD ginge jede Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit weit an der Realität vorbei, die den defensiven Charakter einer solchen Aktion wie in Erwitte oder auch in der Automobilindustrie verkennen würde. Gerade solche von außen kommenden Beobachter, die sehr abstrakte Vorstellungen von Klassenauseinandersetzungen haben, hätten in Erwitte des öfteren Anlaß gehabt, angesichts der widersprüchlichen Aktions- und Bewußtseinsinhalte der Besetzer zu resignieren. Auf der anderen Seite wäre es genauso fatal, im Stil des groben Vereinfachers diese Komplexität einfach zu ignorieren und alles, was passiert, einem grandiosen Gesamttrend zuzuschlagen. Im Kursbuch 39 sind einige eBispiele für derartige Fehleinschätzungen nachzulesen, wie beispielsweise in Whyl wildgewordene Kleinbürger und sogar schwerreiche Bauern flugs dem kämpferischen „Volk" oder einer breiten ‚antimonopolistischen Front' zugeschlagen werden. Ähnlich euphorisch war wohl die Einstellung einiger Teilnehmer an der Maikundgebung in Erwitte.
Fassen wir zusammen: Ereignisse wie in Erwitte können insofern zur Klärung der SB-Priorität Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit beitragen. Die Gelegenheiten, bei einem rein theoretischen Zugriff und unter Ausklammerung des Erfahrungsansatzes des SB zu Fehleinschätzungen zu kommen, sind zahlreich. Die Konkretisierung dessen, was an der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sozialistische, also über konsequent gewerkschaftliche Vertretungspolitik hinausgehende Qualität für sich beanspruchen kann, muß anhand solcher und anderer konkreter Ereignisse geleistet werden. Grundtatbestand der gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen ist ihre Ungleichzeitigkeit und die Unfähigkeit der Linken, ihnen eine parallele Infrastruktur zur Seite zu stellen bzw. eine organisatorische Alternative anzubieten. Die Reaktionsweisen auf die Krise dürfen deswegen nicht als gradlinige Übergänge zum Sozialismus interpretiert werden, andererseits sollte man über ihrer Parzellierung auch die Trampelpfade dorthin nicht übersehen.

CLAUS LEGGEWIE

Foto: Rose

# Revolution und Konterrevolution in Portugal

Zentrales Problem für die Politik der ‚offenen Tür' der imperialistischen Vormacht USA nach 1945 war es, dafür zu sorgen, daß unumgängliche Regimeveränderungen in Ländern des westlichen Einflußbereiches nicht so weit gingen, auch die Brückenköpfe für das weitere Eindringen internationalen und besonders amerikanischen Kapitals hinwegzuschwemmen. In Portugal verdarben zunächst die jungen Offiziere der portugiesischen Armee dieses strategische Konzept. Spinola konnte sich so als Reformgeneral nicht durchsetzen. Zwar hatten die westlichen Medien eifrig an dem progressiven Mythos des Generals gehäkelt, zwar hatte der amerikanische Geheimdienst, nachdem er erst fälschlich auf einen reaktionären Anti-Caetano-Putsch programmiert gewesen war, in bewährter Manier seine Hilfsbereitschaft gezeigt, zwar hatte die nationale und internationale Großindustrie eifrig mitgewirkt, um durch wirtschaftliche Verschlechterung der ohnehin schwierigen Situation das Volk selbst gegen die neue Regierung aufzubringen, doch eine günstige Verbindung verschiedenster Elemente entzog der Konterrevolution zunächst die soziale und politische Basis: Die Unterdrückung der vorhergehenden Diktatur und ihre Beseitigung war eine Massenerfahrung. Es gab sozialistische und kommunistische Kader, die weiterführende, politisierende Prozesse vorantrieben. Die Bewegung der Streitkräfte hatte durch die gemeinsamen Erfahrungen im Kolonialkrieg eine so feste Grundlage, daß sie trotz aller Anstrengungen von rechts bisher nicht gespalten werden konnte. Es bestand keine ständige Bedrohung wie in Chile durch ein allenfalls zeitweise neutrales Militär. Die Arbeit der Revolutionsregierung wurde nicht durch ein politisch anders orientierte Legislative ständig konterkariert. Die revolutionäre Dynamik der an der Basis ablaufenden Prozesse gewährte der kapitalistischen Oligarchie des Landes keine Atempause zur Reorganisation der eigenen Resourcen. Die Runde des ersten Jahres der sozialen Revolution ging deshalb eindeutig an die Revolutionäre, nicht an das Kapital.
Doch die portugiesische Revolution hat noch nicht gesiegt. Die kapitalistischen Industriestaaten der EG haben ebenso wenig aufgegeben, wie der amerikanische Imperialismus und die multinationalen Konzerne. Trotzdem ist Otelo de Carvalho zuzustimmen, daß Portugal gegenwärtig innerhalb der NATO sicherer ist als außerhalb. Die USA können sich trotz der barschen Worte von Ford und des anhaltenden Unverständnisses Kissingers nach Vietnam nur schwer eine kleine militärische Intervention in Portugal leisten. Innenpolitische Barrieren stehen dem ebenso im Wege wie Bedenken der EG-Staaten, die ihr Bemühen um bevorzugte Beziehungen zu den Staaten der Öl- und rohstoffreichen Welt nicht leichthin durch imperialistische Abenteuer mit möglichen schwerwiegenden innenpolitischen Konsequenzen aufs Spiel setzen können. Auch die Generale der NATO können sich gegenwärtig noch beruhigen. Portugal wird, solange es in der NATO verbleibt, nicht Stützpunkt für den Ostblock werden und sein strategischer Wert bleibt der NATO zunächst erhalten.
Eine Intervention in Portugal birgt angesichts der Verbindung zwischen der Bewegung der Streitkräfte und der Bevölkerung aber auch angesichts der sozial-explosiven Situation im Nachbarland Spanien unwägbare Risiken für die ganze EG-Konstruktion. Wie gefährlich könnte ein iberischer Krieg werden! Nicht nur weil er möglicherweise nicht schnell gewonnen werden kann, sondern auch, weil er revolutionäre Tendenzen in Italien und Unruhen in Frankreich mobilisieren, Vorbehalte in skandinavischen NATO-Ländern verstärken und nicht zuletzt das prekäre Gleichgewicht der Nationalstaaten in der EG zugunsten des Kraftprotzes Bundesrepublik entscheidend verändern könnte.
Die gefährlichste militärische Be-

Solidaritätsdemonstration mit der MPLA in Lissabon

drohung der portugiesischen Revolution ist, wenn die vorgetragenen Erwägungen zutreffen, ein „Bürgerkrieg", den die EG-Staaten und die USA mehr oder weniger heimlich subventionierten. Doch wird auch er erst wahrscheinlich, wenn die EG-Staaten alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft haben, aus Portugal doch noch eine parlamentarische Demokratie westlichen, d. h. marktwirtschaftlichkapitalistischen Zuschnitts zu machen.

Die Bemühungen hierum stehen denn auch im Vordergrund der gegenmäßigen Aktivitäten der EG-Staaten. Standen in der ersten Runde gegen die portugiesische Revolution die Christdemokraten mit Hassel, Kiep und anderen in erster Linie, die in geradezu unglaublicher Heuchelei Demokratie-Forderungen vorbrachten, nachdem sie sich jahrelang mit den Caetanos, Francos, Salazars usw. protestlos und zufrieden abgefunden hatten, so treten nun die Sozialdemokraten ins vorderste Glied im Kampf um die Rettung Portugals für die westliche Demokratie. Ihr großer Hebel ist die sozialistische Partei Portugals unter ihrem Führer Soares, die gegenwärtig in Portugal — sei es unter dem Titel „Republica", sei es unter dem Titel „Stalinistische Diktatur drohe durch Cunhals Kommunisten" — Theater auf offener Bühne spielt. Die europäische Bourgeoisie klatscht dazu Beifall. Das ist nicht nur eine Drohaktion der EG gegen die portugiesische Revolution, sondern es werden damit letztlich unverblümt die Bedingungen festgelegt, unter denen Portugal in seinen nach wie vor bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Hilfe erhalten kann. Die zentrale Bedingung lautet: Einschwenken auf parlamentarische Demokratie westlichen Zuschnitts, in der dann die Sozial-Liberalen nach den bisherigen Wahlen die Mehrheit hätten, und damit Sicherung der Marktwirtschaft in Portugal gewährleistet würde. Daß alle vorgebrachten Drohungen mit fortschrittlichen Attributen verbrämt werden, versteht sich in der ideologisch-verschleierten Sprache unserer Politiker von selbst.

Die ökonomische Bedrohung Portugals ist sehr real. Das Zahlungsdefizit — 1974 bereits 1,5 Milliarden DM — wächst weiter an. Schon mußten nicht nur Luxusgüter mit Importzöllen belegt werden. Investitionsstopp, Schließung von Fabriken, Auslagerung von Produktionen können in der Tat die portugiesische Wirtschaft schwer treffen. Dazu kommt, daß die allgemeine weltwirtschaftliche Krise sich zunehmend in einem Verfall der Exporte auswirkt, was bedeutet, daß der Weltmarkt selbst auf der Seite der EG-Staaten — freilich auch gleichzeitig gegen sie — agiert, denn 80 % des Außenhandels Portugals werden mit Westeuropa abgewickelt. Gelingt es nicht, in Portugal einen wirtschaftlichen Aufschwung einzuleiten, ja vielleicht nicht einmal, den gegebenen Stand zu halten, so verstärkt dies reformkapitalistischen, sozialdemokratischen Druck und fördert Bedingungen unter denen die Konterrevolution im eigenen Land wieder mit mehr Unterstützung durch enttäuschte Kleinbürger rechnen kann. Bei solchen Kalkulationen hat der Ausgang der Wahlen in Portugal große Bedeutung, weil dadurch deutlich geworden ist, daß die Politisierung großer Teile der Bevölkerung noch nicht so weit vorangeschritten ist ‚daß die grundsätzlichen Positionen der einzelnen Parteien, also insbesondere der Sozialisten als reformkapitalistischer Partei durchschaut werden, und deshalb nicht-sozialistische Lösungen gegenwärtig durchaus noch eine Massenbasis bekommen könnten. Dies ist auch der Grund, warum immer wieder das Ergebnis der Wahlen in Portugal in unseren Medien erwähnt wird. Dies ist aber auch der Grund für die gerade laufenden Beratungen innerhalb der MFA über die ‚Überwindung des Parteienstreits' zugunsten von Strukturen, die sich stärker auf die tatsächliche politische Bewegung an der Basis beziehen.

Mißerfolg oder Erfolg reformkapitalistischer EG-Pressionen können sich durchaus auf dem Wege allmählicher Umgestaltung so etwa einerseits der Entfaltung basisdemokratischer Aktivitäten und Übernahme der wirtschaftlichen Kontrolle durch Komitees oder Räte der Bevölkerung oder andererseits durch allmähliche Durchsetzung liberaler Konzessionen parlamentarischer Regelungen und in Zugeständnissen an das internationale Kapital ausweisen. Die Einführung eines relativ großen, staatlichen, besonders infrastrukturell orientierten Sektors in der portugiesischen Wirtschaft und die Durchsetzung dringender sozialer Schritte brauchen dabei nicht einmal den marktwirtschaftlichen Ambitionen zu widersprechen. Viele historische Beispiele zeigen, daß von der Verstaatlichung zentraler Industriesektoren in einer Phase wirtschaftlicher Reorganisation der Weg keinesfalls notwendig zu sozialistischen Gesellschaftsformen weiterzuführen braucht. Er kann auch, wie in der Türkei oder jüngst in Ägypten den Weg zurück zur kapitalistischen Gesellschaft ebnen. Revolution oder Konterrevolution können sich also möglicherweise wenig spektakulär unter wirtschaftlichen Zwängen in vielen kleinen einzelnen Schritten abspielen. Das wirkliche Ziel des Weges ist wahrscheinlich kaum für jedermann leicht erkennbar. Reaktion à la Chile braucht jedenfalls nicht die zwingende Folge konterrevolutionärer Entwicklung zu sein.

Mag der Kampf der EG-Staaten um Portugal mit Zuckerbrot und Peitsche mehr oder weniger lautlos und lange dauern, die aktuelle große Auseinandersetzung der imperialistischen Staaten um zentrale wirtschaftliche Interessen wird gegenwärtig um das portugiesische Erbe in Afrika, um Angola mit seinen großen Bodenschätzen geführt. Um der Diskriminierung als Imperialisten und Neokolonialisten zu entgehen, versucht das internationale Kapital und die es vertretenden Staaten anscheinend hier ein rassistisches System zu vermeiden, denn dies brächte sie in Konflikt mit den anderen afrikanischen Staaten. Sie bedienen sich deshalb einheimischer „Befreiungsbewegun" wie der FNLA und der UNITA,

## Spendenaufruf für Portugal

„Die internationale Solidarität auf europäischer Ebene und in der ganzen Welt ist von großer Bedeutung, und vielleicht kann sie auch dazu beitragen, unsere Unabhängigkeit zu garantieren. Wenn diese Solidarität stark bleibt und vorbeugend ist — nicht erst nach der Niederlage folgt, wie bei Chile —, wäre das für uns eine Garantie mehr für den Sieg." — Diese Sätze von Otelo de Carvalho, einem führenden Mitglied der Bewegung der Streitkräfte (MFA), müssen von der westdeutschen Linken als eine Aufforderung verstanden werden. Gerade in der BRD, wo das Kapital recht massive Interessen in Portugal hat, wo die Bundesregierung über eine projektgebundene Kredithilfe die Absicht verfolgt, den portugiesischen Prozeß im Sinne einer sozialdemokratischen und das heißt prokapitalistischen Perspektive zu beeinflussen und wo die Massenmedien diese Interessen und Absichten mit einer gezielten Hetzkampagne unterstützen, indem sie der Öffentlichkeit das Gespenst einer kommunistischen- bzw. Militärdiktatur vorlügen, — gerade hierzulande also ist die aktive Solidarität mit dem Kampf der fortschrittlichsten Kräfte Portugals eine aktuelle Aufgabe für die gesamte Linke. Dabei geht es zum einen darum, eine breite Gegenöffentlichkeit herzustellen, um die Bevölkerung über die tatsächlichen Ereignisse in Portugal zu informieren sowie aber die Ziele des Kampfes, der dort von Arbeitern und Bauern im Bündnis mit führt wird. Erst auf der Basis einer der Bewegung der Streitkräfte gesolchen Gegenöffentlichkeit können die Voraussetzungen dafür entstehen, daß sich eine über die Linke hinausreichende Solidaritätsbewegung herausbildet, die imstande ist, einen wirksamen Druck auf die Portugal-Politik der Bundesregierung auszuüben und zu verhindern, daß die BRD im Rahmen der EG und NATO die Rolle einer konterrevolutionären Speerspitze gegen den Aufbau des Sozialismus in Portugal spielt.

Zum anderen braucht die sich im portugiesischen Volk ausbreitende Basisbewegung unsere materielle Unterstützung. Portugal ist ein armes, in weiten Teilen unterentwickeltes Land. Überall dort, wo in den Betrieben ‚auf dem Lande und in den Stadtteilen versucht wird, im Rahmen selbst organisierter Initiativen die unmittelbaren Probleme der Arbeiter, Angestellten und Bauern zu lösen, fehlt es am Grundlegenden: an Infrastruktur, an Materialien und vor allem an finanziellen Mitteln. So brauchen z. B. die zahlreichen, in den letzten Monaten geschaffenen Volkskliniken dringend medizinische Instrumente und Apparate, um — vor allem in den ländlichen Gebieten — eine effektvie Gesundheitsversorgung aufbauen zu können. Ähnliches gilt für die Alphabetisierungsschulen und Volkskindergärten, deren elementare Ausstattung eine, für portugiesische Verhältnisse, erhebliche Menge Geld kostet. Hier können einige tausend Mark ein ganzes Projekt finanziell sichern. Darüber hinaus geht es auch um die materielle Unterstützung von Arbeitern, die sich im Streik befinden oder Betriebsbesetspiel der Arbeiter der Zeitung „Rezungen durchführen (siehe das Beipublica"). Deshalb fordern wir auf die verschiedenen Formen vor Basiskämpfen und Initiativen, die Ausdruck einer breiten, autonomen Bewegung in Portugal sind, massiv zu unterstützen! Spenden können auf das vom Sozialistischen Büro eingerichtete Solidaritätskonto für Portugal eingezahlt werden: Sonderkonto Michael Schwelien bei der Bank für Gemeinwirtschaft Niederlassung Offenbach, Konto Nr. 17455702; Kennwort: „Portugal-Solidarität".

deren scheinbares Ziel es ist, ein souveränes Angola zu schaffen, die aber in Wirklichkeit auf ein vom internationalen Kapital abhängiges Angola hinsteuern. Ihnen steht die MPLA gegenüber, die am ehesten mit der sozialrevolutionären Frelimo in Mozambique verglichen werden kann. Im Gegensatz zur Frelimo verfügt sie jedoch nicht über eine ausreichende militärische Infrastruktur, so daß die anderen Befreiungsbewegungen und das internationale Kapital auf ihre militärische Unterdrückung setzen können. Die militärischen Konflikte zwischen diesen drei Gruppen reißen denn auch nicht ab. Von ‚Einigungskonferenzen' sind mir temporäre Kompromisse zu erwarten. Anscheinend ist es auch der MFA nicht gelungen, die konservativ-reaktionäre ehemalige portugiesische Administrations- und Herrschaftsschicht in Angola auszuschalten, so daß sich von dorther eine zusätzliche Unterstützung für die Brückenköpfe des internationalen Kapitals ergibt. Die MFA ist so in Angola einer sehr ernsten Belastung ausgesetzt. Einerseits ist sie nicht in der Lage, mit ihren Truppen — gegenwärtig stehen noch 25 000 portugiesische Soldaten in Angola — die Zukunft dieses Landes zu bestimmen, andererseits läge es sehr an ihrem Interesse, eine neue Beziehung Portugal — Afrika auf der Basis gleichberechtigter Kooperation zu installieren. Das jedoch scheint kaum lösbar zu sein, da ein intensives Eingreifen Portugals in Angola jede einheimische sozialrevolutionäre Politik und alle Bemühungen um wirtschaftliche Stabilisierung erneut infrage stellen müßte. Krisenhafte Entwicklungen im Kampf um Angola sind deshalb für die kommende Zeit zu erwarten.

So steht die portugiesische Revolution sowohl im eigenen Lande wie in Afrika vor schweren Problemen. Umso mehr wiegt internationale sozialistische Solidarität, die Unterstützung und Entlastung bewirkt. Ich sehe u. a. zwei wichtige Punkte, an denen dies geleistet werden könnte:

- Die realen Vorgänge in Portugal werden bei uns verschleiert, wodurch der Boden für die Tolerierung konterrevolutionärer Eingriffe, wie auch immer, vorbereitet wird. Die Linke muß durch ihre Arbeit und Aktionen diesen Schleier zerreißen, so daß erkennbar wird, in Portugal wird Demokratie durch die Revolution nicht zerstört, sondern überhaupt erst ermöglicht. In unseren Vietnam-Kampagnen gelang es uns vielfach, eine Gegenöffentlichkeit zu der offiziellen Berichterstattung und Kommentierung herzustellen. Dies ist nun für Portugal zu leisten!
- Können sich die Arbeiter der Bundesrepublik mit dem Kampf der portugiesischen Arbeiter um ihre Befreiung von der Diktatur und ihrer in der portugiesischen Gesellschaft angelegten Struktur identifizieren, so ist damit gleichzeitig der wirksamste Schutz für die Durchsetzung der sozialistischen Revolution in Portugal geschaffen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn gleichzeitig die Solidarität zwischen den hiesigen portugiesischen Arbeitsemigranten und den deutschen Kollegen in den Betrieben gestärkt wird, wenn sie laufend portugiesische und hiesige Probleme des Klassenkampfes diskutieren. Auf Betriebsebene arbeitende linke Gruppen haben hier eine wichtige Aufgabe, solche Gespräche einzuleiten und ihre Fortführung zu unterstützen. Eine solche Arbeit würde nicht nur den revolutionären Prozeß in Portugal absichern helfen, sondern gleichzeitig dazu beitragen, die Einheit der Kollegen gegen alle Aufsplitterungsversuche zwischen Gastarbeitern und Deutschen auszubauen.

ANDREAS BURO

# Es lebe der Kampf der FASA-Renault-Arbeiter!

**Wir geben im folgenden einen Bericht spanischer Kollegen über den Streik der Automobilarbeiter im französisch-spanischen Renaultwerk in Valladolid. Er ist stellvertretend für eine allgemeine Entwicklung in Spanien, die zweifach charakterisierbar ist:**

**1. Durch die zunehmende Ausweitung und Verschärfung der Streikbewegung durch die bislang „ruhige" Regionen und „schweigende" Berufsstände von Streiks erfaßt werden und in den Industriezentren neue Streikformen entwickelt wurden.**

**Erwähnt seien Bajo Llobregat mit seinem Generalstreik, der Generalstreik im gesamten Baskenland, indem am 11. 12. 1974 über 200 000 Arbeiter, unterstützt von 100 000 Familienangehörigen in den Streik traten; die Minenbesetzung von Potasa de Navarra; die Streiks von Barcelona bei SEAT, Olivetti etc.; in Asturien, wo der gesamte Bausektor und die Metallarbeiter im Streik waren; und die Studenten im ganzen Land (z. B. sind die Studenten der Universität von Valladolid für ein ganzes Jahr ausgesperrt worden); der Streit der Staatsfunktionäre und Beamten (was bisher nie dagewesen ist); die Streiks der Künstler und Theaterangestellten uva.**

**2. Durch eine starke Politisierung dieser Streiks: die Mehrheit der Streiks hat zwar mit ökonomischen Forderungen begonnen, aber im Laufe der Kämpfe und vor allem durch den zutiefst repressiven Charakter des francoistischen Staates haben diese in ihren jeweiligen Höhepunkten einen politischen, also antifranquistischen und antikapitalistischen Charakter erhalten.**

**Z. B. forderten bei SEAT (ebenso bei Olivetti, Citesa, ITT uvm.) die Arbeiter den Rücktritt des gesamten offiziellen (d. h. staatlichen) Gewerkschaftsapparates (1) und die Anerkennung der durch Betriebsversammlungen gewählten commissiones obreras. Im Baskenland stand beim Generalstreik vom 11. 12. 1974 die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen im Mittelpunkt, verstärkt durch die Forderung, daß alle Entlassenen wieder eingestellt werden. Zuletzt forderten 61 000 Arbeiter in dem Generalstreik im Baskenland am 11. Juni 1975 die Abschaffung des Ausnahmezustandes in zwei baskischen Provinzen und die Befreiung der politischen Gefangenen, vor allem der jetzt von Todesstrafe bedrohten ETA-Angehörigen (vgl. Aufruf der amnesty international) In Asturien waren die Hauptforderungen ebenfalls die Amnestie, Rücknahme von Repressalien gegen Streikende, gegen die Preissteigerungen und für den Rücktritt der offiziellen Gewerkschaftsbewegung.**

**Getragen wird diese Entwicklung überwiegend von Betriebsversammlungen und den dort gewählten Delegierten, den commissiones obreras, die in ständiger Auseinandersetzung nicht nur mit der Betriebsleitung, sondern auch mit der offiziellen staatlichen Zwangsgewerkschaft (CNS) stehen.**

### Vorgeschichte des Streiks bei FASA-Renault

Dieser Streik war die Fortsetzung der harten Kämpfe von 1974, die allen Arbeitern positive Ergebnisse gebracht hatten, insbesondere des Streiks im Dezember 74, durch den folgende Forderungen durchgesetzt wurden:

- Anerkennung der durch die Demokratische Versammlung (3) gewählten Arbeitervertreter,
- Aufhebung aler Repressionen, die während der Kämpfe verhängt wurden,
- 13. und. 14. Monatsgehalt (4),
- Freilassung der verhafteten Genossen,
- Vernichtung aller Personalakten von Arbeitern, in denen Kampfaktivitäten festgehalten worden sind.

Trotz allem hat das Jahr 1975 mit unerfüllten Forderungen angefangen. Die hauptsächlichen Forderungen sind: Die vollständige 44-Stunden-Woche, ohne einen Tag Urlaub dabei zu verlieren, weiter die unbe-


**Ferien-Sonderangebot: über 30 aktuelle Knüller für DM 18,–**

Einige Beispiele:
Horst-Eberhard Richter: Der Fall Erika Maier
Johannes Beck: Schul-Rituale
Birner/Schmelzer u. a.: Probleme mit der Mengenlehre
H.-G. Rolff/K.-J. Tillmann: Lernen in der Gesamtschule
M. Berg/U. Rossbroich: Kinder machen ein Sprachbuch
Dubois-Reymond/Söll: Arbeiterkinder in der Schule
D. Hase/Pit Möller u. a.: Abenteuerspielplätze
Gerd Jungblut: Schul. Kommunikationsstörungen
Martin Baethge: Lehrstellen-Boykott
Bamme/Holling: Die Arbeitszeit des Lehrers
Günter Schreiner: Disziplin und soziales Lernen
Heyermann/Meyer: TV für Kinder – Klippschule

Erhältlich gegen Voreinsendung von DM 18,– als Verrechnungsscheck (notfalls Briefmarken) nur von päd-extra 6 Frankfurt, Postf. 119086

Jeder Sonderdruck hat in der Regel 8 Seiten Umfang (DIN A 4)

## Todesurteile in Spanien

**In Spanien gibt es ungefähr 3000 politische Gefangene. Die Verhältnisse in den Gefängnissen sind nahezu unbeschreiblich, es wird gefoltert, isoliert, ermordet; es gibt weder ausreichende Ernährung noch ausreichende medizinische Versorgung.**

**In Spanien wird die Verteidigung von politischen Gefangenen durch Einschüchterung und Verhaftung der Anwälte unerträglich erschwert. In Bilbao versuchte eine Parapolizei, die Christkönigskrieger, den Rechtsanwalt Ibarro, der Antifaschisten verteidigt, zu entführen und als dies nicht gelang, beschossen sie sein Büro mit Maschinenpistolen.**

**In Spanien gibt es barbarische Strafen für den Versuch, Versammlungen abzuhalten, oder für seine Interessen sich zu organisieren, oder auch nur eine politische Meinung zu äußern, die dem Franco-Regime nicht paßt.**

**In Spanien kann es passieren, daß es für Oppositionelle noch nicht einmal Gerichtsverfahren gibt, seitdem die Polizei offenbar schon auf Flugblattverteiler das Feuer eröff-**

**In Spanien wurde in diesen Tagen von einem Militärgericht gegen die beiden Basken Juan Antonio Garmendia und Angel Otaegui Die Todesstrafe beantragt!**

**Garmendia wird beschuldigt, einen Guardia-Civil-Polizisten erschossen, Otaegui wirft man vor, Garmendia versteckt zu haben. Bei Auseinandersetzungen während ihrer Verhaftung wurden beide schwer verletzt, Garmendia erhielt einen Schuß in den Kopf. Er ist nicht verhandlungsfähig. Man hat ihn nach einer Operation 4 Monate (!) lang von allen Kontakten mit der Außenwelt isoliert. In dieser Zeit soll er das Geständnis abgelegt haben, auf das sich die Anklage nun hauptsächlich stützt. Das Hauptverfahren beginnt in den nächsten Tagen. Ein genauer Termin ist selbst Garmendias Anwalt noch nicht bekannt.**

**In Spanien stehen zwei weitere Prozesse kurz bevor, bei denen Anträge auf Todesstrafe zu befürchten sind!**

**Genoveva Forest, eine Ärztin, und die Volksschullehrerin Maria Luz Fernandez, als Oppositionelle gegen das Regime bekannt, werden beschuldigt, am Bombenattentat auf ein Madrider Polizistenlokal beteiligt gewesen zu sein. Sie werden vor ein Militärgericht gestellt. Der Anschlag ist möglicherweise die Tat rechtsradikaler Kreise. Das bisherige Verfahren gegen die beiden Frauen spottet jeder Beschreibung. Beide wurden gefoltert. Maria Luz wurde über 3 Monate (!) lang völlig isoliert, selbst der Kontakt zu einem Rechtsanwalt wurde verwehrt. Die bisher von den Behörden vorgelegten Beweise bestehen im angeblichen Geständnis eines anderen Häftlings, der seinem Anwalt versichert hat, daß er nichts von einem Geständnis wisse.**

**Genoveva Forest wird außerdem beschuldigt, zusammen mit dem Arbeiter Antonio Duran am Attentat auf den damaligen Ministerpräsidenten Carrero Blanco im Winter 1973 beteiligt gewesen zu sein. Auch in diesem Fall sind Todesstrafen zu befürchten. Duran ist mehrfach schwer gefoltert worden.**

**Die Zahl der politischen Gefangenen wächst von Tag zu Tag. Für viele ihrer Verwandte bedeutet die Verhaftung des Angehörigen Sturz ins nackte Elend.**

**Protestiert mit uns gegen die drohenden Todesstrafen. Eile ist geboten, denn ein Todesurteil kann innerhalb von 24 Stunden vollstreckt werden!**

**AMNESTY INTERNATIONAL**

dingt notwendigen Lohnerhöhungen für das Jahr 1975, wobei diese einen linearen Charakter haben müssen. Die Arbeit muß humanisiert werden, d. h. konkret, der Arbeitsrhythmus muß verringert werden! Im Januar haben die Arbeiterversammlungen repräsentative Kommissionen gewählt, um mit den Unternehmern die Forderungen der Arbeiter auszuhandeln.

In der anschließenden Zeit wurde erfolglos über die Forderungen verhandelt. Schließlich entschieden die Unternehmer alleine, und zwar bewilligten sie lediglich eine Lohnerhöhung, die natürlich den Erwartungen der Arbeiter nicht entsprach. Von der 44-Stunden-Woche und der Verringerung des Arbeitsrhythmus wurde überhaupt nicht gesprochen. Ganz im Gegenteil: Die Produktion sollte sogar noch erhöht werden.

### Der Konflikt:

Die Arbeiter der Montage-1 weigerten sich jedoch auch nur ein Auto mehr zu produzieren und traten deshalb in Warnstreiks, die unterschiedlich lang waren. Mit neuen Unterdrückungsmaßnahmen hatten die Warnstreiks von vornherein unterbunden werden sollen. 96 Arbeiter wurden für 5 Tage ausgesperrt, was bedeutet, daß diese Arbeiter 5 Tage überhaupt nicht arbeiten können und auch keinen Lohn bekommen. Als Protest fand am nächsten Tag ein Generalstreik von 4 Stunden statt. Die Sanktionen der Firmenleitung waren dieses Mal noch viel drastischer — 13 Arbeiter wurden für 60 Tage ausgesperrt. Daraufhin haben viele Warnstreiks stattgefunden, die jedoch nicht die richtige Kraft hatten.

In dieser Situation sollten die Arbeiter in der Karosserie gezwungen werden, auch noch Überstunden zu machen. Die Demokratischen Versammlungen haben beschlossen, dagegen vorzugehen; sie demonstrierten vor dem Verwaltungsgebäude. Diese Entscheidung wurde aus zwei Gründen getroffen: 1. halten es die Arbeiter für unsolidarisch, in einem Moment Überstunden zu machen, in dem im gesamten Land die Arbeitslosigkeit anwächst; 2. würden Überstunden in einem Moment, in dem die Kollegen der Renault in Frankreich streiken, bedeuten, daß die Arbeiter die Rolle der Streikbrecher übernehmen würden.

An dieser Demonstration vor das Verwaltungsgebäude, die eine halbe Stunde dauerte, haben sich 1000 bis 1500 Arbeiter aus der Karosserie beteiligt.

Die Kapitalisten der Betriebsleitung erklärten diese Aktion zu einer Art Betriebsbesetzung und machten einen einzigen Kollegen für diese Aktion verantwortlich und ergriffen Maßnahmen gegen ihn. Als Antwort hat sich eine Solidaritätsbewegung in der gesamten Karosserie entwikkelt bis hin zur totalen Arbeitsniederlegung in dieser Abteilung. Diese Arbeitsniederlegung dehnte sich in wenigen Stunden auf den gesamten Betrieb aus. Die Forderung für die Aufhebung aller Sanktionen gegen diesen Kollegen wurde erweitert durch all die noch nicht erfüllten Forderungen:

- Verringerung des Arbeitsrhythmus,
- Anerkennung der Arbeitszeit, die die Arbeiter vorgeschlagen haben (44-Stunden-Woche),
- keine einzige Überstunde.

Diese Streikbewegung hat in der dritten Märzwoche stattgefunden und hat die Repression der Kapitalisten massiv erhöht. 510 Arbeiter wurden für eine Woche ausgesperrt, weitere 90 für 60 Tage.

Darüberhinaus versuchten die Kapitalisten auch noch, nicht nur die bisherige Arbeitszeit zu erhalten, sie erhöhten vielmehr die tägliche Arbeitszeit um 7—11 Minuten! Im Verein mit der faschistischen Gewerkschaft CNS wollten die Unternehmer diese verschärfte Ausbeutung den Arbeitern aufzwingen (5).

### Die Reaktion der Arbeiter: Kampf!

Der Konflikt begann um Viertel vor Sieben, als 20 ausgesperrte Arbeiter sich den Weg zu ihrem Arbeitsplatz freikämpften, was ihnen durch die Überrumpelung des Werkschutzes gelang. Dies war der Anlaß für die erste Arbeitsniederlegung. Sie begann in der Montage-2. Blitzschnell breitete sich die Arbeitsniederlegung aus, die Blechabteilung und die Lackierei schlossen sich an. Die Arbeiter von FASA-Renault wissen, wie sie ihre Kämpfe organisieren müssen. In den nächsten Minuten demolierten etwa 200 Arbeiter die Metalltür, die die Montage-2 von der Abteilung Motoren trennt (auf Grund der Kämpfe und der Demokratischen Versammlung haben die Kapitalisten vor einiger Zeit die einzelnen Abteilungen durch starke Metalltore voneinander getrennt) um eine gemeinsame Versammlung mit den Kollegen dieser Abteilung abzuhalten. Gleichzeitig und noch von 8 Uhr haben sich die 2000 Arbeiter der Auslieferungsabteilung dem Protest angeschlossen und die Arbeit niedergelegt.

Gegen 10 Uhr hatten sich die 532 Arbeiter von Motoren-2 dem Streik angeschlossen und 20 Minuten später die 319 Arbeiter von Motoren-1, wobei die zweite Metalltür demoliert wurde, die die Abteilung Motoren-1 und Auslieferung voneinander trennte. In der Montage-1 zeigten sich erste Ansätze von Streik während der Frühstückspause, die einfach um eine halbe Stunde verlängert wurde, ohne daß die Arbeiter dabei voll in den Streik eintraten. In der Mittagsschicht sah die Lage folgendermaßen aus:

Die Arbeiter der Montage-2, der Auslieferung und von Motoren-1 und -2 waren in unbefristeten Streik getreten. Die Betriebsleitung forderte die Arbeiter auf, die Fabrik zu verlassen, was von den Arbeitern jedoch nicht gemacht wurde. Gegen 18.30 Uhr schlossen sich die 540 Arbeiter der Abteilung „Units" dem Streik an. Sie verhinderten, daß der Werkschutz die Tore, die sie mit Montage-1 verbindet schließen konnte. Gegen 20.00 Uhr abends war damit der gesamte Komplex, mit Ausnahme der Karosserie im Streik und damit über 11 000 Arbeiter.

Am 22. 4. erklärten die Kapitalisten die Aussperrung der Montage-2, zuvor waren schon 32 Arbeiter entlassen worden, 11 für 60 Tage ausgesperrt und 13 Arbeitervertreter mit Verfahren belegt worden. Die Kapitalisten von Fasa mußten jedoch die Erfahrung machen, daß ihre Unterdrückungsmaßnahmen den Kampf nicht bremsen, sondern im Gegenteil die Kampfmoral der Arbeiter noch verstärken. Sie entschlossen sich deshalb für die Aussperrung des gesamten Komplexes, womit der Konflikt nun alle 14 600 Arbeiter umfaßte. Am 3. Tag, am 23. 4. ist in der Abteilung Karosserie immer noch gearbeitet worden, weshalb es einfach notwendig wurde, gewaltsam in die Abteilung einzudringen, um dort die Niederlegung der Arbeit zu erzwingen.


**gastarbeiter go home: brd/österreich/schweiz**
**marios nikolinakos: kapital international**
**erich fried: nichts gelernt seit hitler**
**fritz j. raddatz: rabenvater karl marx**
**gerhard zwerenz: zwei deutsche literaturen**
**günther nenning: zwerenz — affe mit flügeln**
**vigier/blechschmidt: krise auf oder ab?**

mai/juni 1975

NEUES FORVM

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in
Ich bestelle ☐ obiges Heft um oS 44 DM 6.50 sfr 7 ☐ kostenloses Probeheft
☐ 1 Jahresabo um oS 360 DM 53 sfr 58 (Studenten oS 270 DM 40 sfr 45 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

## Die Betriebsbesetzung

Als Antwort auf die Repressionsmaßnahmen besetzen die Arbeiter den Betrieb. 1500 bis 2000 Arbeiter schlossen sich in der Montage-1 ein. Streikkommandos wurde gebildet, Wachdienst angeordnet, permanente Versammlungen wurden abgehalten, Familienangehörige und Freunde wurden empfangen. Laute Diskussionen entwickelten sich mit einer großen Menge von Leuten, die sich gegenüber der Fabrik versammelt hatten und dem Kampf in allen Einzelheiten gefolgt waren. Die Demokratische Versammlung erklärte, daß sie gewillt sei, die Besetzung zu halten, bis die Betriebsleitung alle Sanktionen aufgehoben habe und die Forderungen in bezug auf die Arbeitszeit anerkannt habe.

Trotz des starken Willens der Arbeiter konte die Besetzung nicht gehalten werden, da die Repression gegenüber diesen Kollegen ungeheuerlich anwuchs. Mehr als 40 Fahrzeuge der Polizei und der Guardia Civil beteiligten sich an der Räumung der Fabrik. Es sah aus, als würden die Söldner der Kapitalisten gegen eine feindliche Armee vorgehen, bis an die Zähne bewaffnet, selbst mit Handgranaten ausgerüstet; alle Straßen in der Umgebung der Fabrik waren abgesperrt worden, um besser und freier manövrieren zu können. Die Arbeiter wurden systematisch eingekreist und nach 39 Stunden Besetzung aus der Fabrik getragen. Als die Arbeiter auf der Straße vor der Fabrik erschienen, wurden sie von einer großen Menschenmenge mit Siegrufen und Beifall begrüßt, was die Polizei sofort zum Anlaß nahm, kriminell und gewalttätig gegen diese Menschenansammlung vorzugehen. Die Leute, Frauen und Kinder wurden geschlagen und viele Unbeteiligten wurden verhaftet.

## Solidarität

Trotz der Repression des Franco-Regimes, der Unterdrückung durch die Kapitalisten, der Kollaboration der offiziellen Gewerkschaft konnte die aktive Solidarität nicht verhindert werden.

Der gemeinsame Wille zur Solidarität erfaßte alle Bereiche, erfaßte die ganze Stadt:

- 4000 Bauarbeiter haben sich mit den Fasa-Kollegen solidarisiert und sind in den Streik getreten!
- Die gesamte Studentenschaft, die seit einigen Monaten für die Wiedereröffnung der Universität kämpft, hat sich mit den streikenden Kollegen solidarisiert!
- Die Familienassoziationen haben sich solidarisiert!
- Über 1000 Arbeiter von Nitratos (Düngemittelfabrik) haben sich solidarisiert!
- Frauen haben zu Hunderten öffentliche Versammlungen auf der Straße abgehalten und sind von einer dieser Versammlung aus zu dem Gebäude der Zivilen Regierung gezogen; sie sind, als diese Versammlung gewaltsam von der Polizei aufgelöst wurde, in die verschiedenen Viertel der Stadt gezogen, um zur Solidarität mit den streikenden Kollegen aufzurufen!

Die Kollegen haben eine neue Kampfform entwickelt: den totalen Konsumboykott!

Nur das zum Leben notwendigste wird gekauft — Tausende von Familien heben ihre Ersparnisse von den Banken und Sparkassen ab; — die öffentlichen Verkehrsmittel werden nicht mehr benutzt; — Zeitungen werden nicht mehr gekauft! usw. usf.

Heute ist die Zahl derer, die von Sanktionen betroffen sind auf über 600 gestiegen, davon sind über 100 fristlos entlassen.

Die Demokratische Versammlung von Fasa-Renault hat einen Solidaritätsfonds in Valladolid eingerichtet um eine erste ökonomische Hilfe an die von den Sanktionen Betroffenen zu bezahlen. Sie ruft deshalb alle Genossen, alle Arbeiter auf, sich mit diesen Kollegen zu solidarisieren und ihren Kampf zu unterstützen. Ihr Kampf ist auch unser Kampf!

Ökonomische Hilfe ist auch um so notwendiger, weil dieser Kampf autonom von den Arbeitern geführt wird. Sie stützen sich nicht auf die Apparate der politischen Parteien, sondern auf die Solidarität der gesamten Arbeiterklasse."

**Das Sozialistische Büro hat ein zweckgebundenes Sonderkonto zu Spenden für die spanischen Genossen eingerichtet. Sonderkonto Spanien, Hannelore Vack, Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach, Kto.-Nr. 174 9961/11.**

**Anmerkungen:**

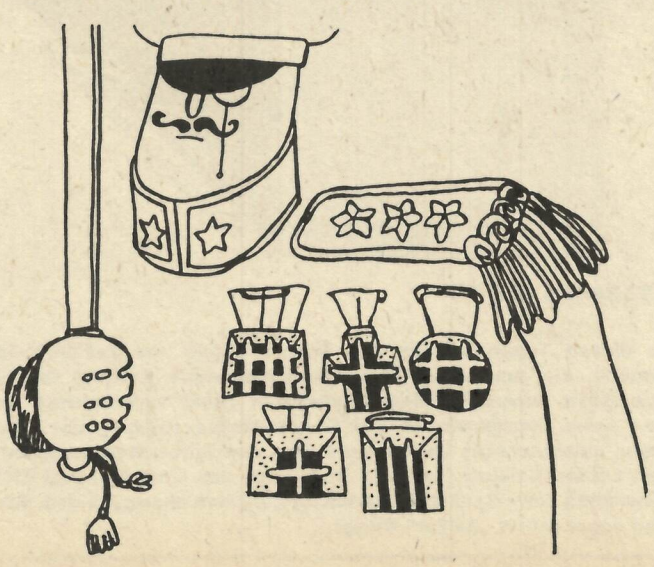
(1) In Spanien existiert offiziell nur eine Zwangsgewerkschaft (CNS), in der Arbeitnehmervertreter und Arbeitgeber zusammengeschlossen sind. Eine freie Wahl der Arbeitnehmervertreter existiert nicht.
(2) Da die CNS kaum Einfluß hat auf Konfliktlösungen, außer durch nackte Repression, werden von Unternehmerseite illegale Organisationen wie die Betriebsversammlungen und commissiones obreras teilweise geduldet und als Gesprächspartner akzeptiert. Die commissiones obreras werden von fast allen oppositionellen politischen Gruppierungen unterstützt, mit Ausnahme der sozialistischen Partei, die ihre eigene Gewerkschaftsorgane hat, die UGT, sowie einiger ML-Gruppen. Allerdings hängt ihre Rolle sehr stark von den jeweiligen Kräfteverhältnissen ab, so daß regional völlig verschiedene Koalitionen möglich sind.
(3) Beriebsversammlungen werden mi verschiedenen Namen bezeichnet, im FASA-Renault-Werk ist die Bezeichnung „Demokratische Versammlung" üblich.
(4) Da in Spanien die zwischen CNS und Unternehmern vereinbarten Löhne generell an den staatlich festgesetzten Mindestlöhne ausrichten, bleibt noch ein „übertariflicher" Verhandlungsspielraum, der häufig gerade das absolute Existenzminimum gewährleistet, insofern sind 13.


REIHE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT, Heft 9

PORTUGAL - AUF DEM WEG ZUM SOZIALISMUS?
Analysen und Dokumente

Mit den in dieser Broschüre zusammengestellten Texten soll versucht werden, die Komplexität des gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses darzustellen, der in Portugal nach dem Sturz der Diktatur in Gang gesetzt wurde: seine Schwierigkeiten, seine Widersprüche und seine revolutionäre Dynamik. Neben einer Chronik der Ereignisse seit dem 25. April 1974 und einer Analyse der ökonomischen und sozialen Verhältnisse, enthält dieser Band vor allem Dokumente zur Rolle und Funktion der Bewegung der Streikkräfte sowie zu den Basiskämpfen und autonomen Organisationsformen in den Fabriken, auf dem Lande und in den Stadtteilen. Darüber hinaus werden die politischen Parteien vorgestellt und schließlich die Reaktion der bürgerlichen Presse auf den portugiesischen Prozeß untersucht.

PREIS: ACHT MARK

**Portugal ist uns sehr nahe. Vor 500 Jahren gehörte es zu den ersten europäischen Ländern, die ihren Reichtum und ihre Zivilisation auf der Ausbeutung und Versklavung der Völker der heutigen Dritten Welt aufbauten. Da aber der angehäufte Reichtum auch im Mutterland selbst nur der herrschenden Klasse zugute kam, „zivilisierte" sich diese letztlich auch auf Kosten der Mehrheit des portugiesischen Volkes und entwickelte — in enger Allianz mit dem britischen Kapital — ein Kolonialverhältnis zum eigenen Land. — Heute sind an die Stelle der einstigen Kolonialmacht Portugal die imperialistischen Länder getreten, unter ihnen die BRD, die nicht nur die Dritte Dritte Welt ausbeuten, sondern auch das portugiesische Volk. — Wenn der aktuelle Klassenkampf in Portugal eine so starke kulturrevolutionäre Radikalität entwickelt, dann stellt er nicht nur das kapitalistische System in Frage, sondern zugleich wesentliche Bestandteile der europäischen Zivilisations-Ideologie.**

**Wir sind Portugal sehr nahe. Es braucht unsere aktive Solidarität. Das heißt auch, differenziertes Kennenlernen und sich Auseinandersetzen mit den vielfältigen Problemen, mit denen das portugiesische Volk derzeit konfrontiert wird. Nur so vermeiden wir eine unreflektierte Identifikation mit herausragenden Aktionen, die zwar jeweils den Bewußtseinsvorsprung eines Teils der Arbeiter, Angestellten, Bauern und Soldaten dokumentieren, die Ungleichzeitigkeit eines solchen Prozesses, wie des portugiesischen, jedoch allzu leicht vergessen machen.** ■

**Trikont**

8 München 80
Josephsburgstr. 16

Benno Sarel

**Arbeiter gegen den „Kommunismus"**

**Zur Geschichte des proletarischen Widerstands in der DDR (1945-1958)**

Weshalb in der DDR der Sozialismus oder Kommunismus nicht aufgebaut werden konnte, das versucht Sarel in seinem Buch zu beantworten. Ausgangspunkt und dauerndes Leitmotiv ist der Arbeiterkampf: der Widerstand der Arbeiter gegen ein ihnen fremd gegenüberstehendes System wird in seiner ganzen Breite und Fülle für den genannten Zeitraum dargestellt.
Sarels Buch ist der Versuch, die DDR-Geschichte vom Arbeiterstandpunkt aus zu schreiben. Es reiht sich damit ein in die Texte revolutionärer Historiker, die die Institutionengeschichte der Arbeiterbewegung denunzieren, indem sie wirkliche Lebens- und Arbeitsgeschichte des Proletariats ans Licht bringen.

238 Seiten DM 14.–

Bommi Baumann

**Wie alles anfing**

Von der deutschen Stadtguerilla liegen bislang nur Statements, Globaleinschätzungen der Weltlage und Anweisungen vor. Wie eine Guerilla entsteht, unter welchen Bedingungen sie sich bewegt, wie die psychischen Strukturen solcher Gruppen aussehen, darüber gab es noch keine Informationen.
Nun liegt der erste authentische Bericht eines deutschen Guerillero vor: ‚Bommi' Baumann, ehemals Bewegung 2. Juni, noch immer steckbrieflich gesucht. Seine Geschichte ist gleichzeitig die Geschichte der Berliner Linken: Kommune I und ihre Aktionen – Teufel, Langhans und die Gerichte – der 2. Juni 67 und die Ermordung Benno Ohnesorgs – Ostern 68, Rudi Dutschke wird angeschossen – Anti-Springer-Demonstrationen, die ersten Bomben und kleinere Anschläge – Wielandkommune – Nacht- und Nebelaktionen – Haschrebellen – Tupamaros Westberlin – Knast – Illegalität – die Bewegung 2. Juni – Banküberfälle – Georg von Rauch wird erschossen – die Gruppe fällt auseinander.
Eine Entwicklung wird aufgezeigt, Guerillero ist keine Veranlagung, sondern ein politischer Prozeß. Hier werden ihre Schwierigkeiten geschildert, das Verhältnis zur Gewalt, das Problem der Illegalität und die daraus resultierende politische Isolierung und die Konsequenzen auf die Struktur der Gruppe, Verräter, Sympathisanten, Kontakte nach außen. Das alles ist spannend, fast literarisch geschrieben und wird durch viele Bilder, Fotos und Zeitungsausschnitte ergänzt.

ca. 120 Seiten ca. DM 9.–

**Ab Mitte Juli erhältlich !!!**

und 14. Monatsgehalt Bestandteil der Existenzgrundlage. Über diese „übertariflichen" Leistungen werden häufig die Verhandlungen durch die commissiones obreras geführt.
(5) Dem Unternehmer bleibt es überlassen, ob er sich bezüglich der „übertariflichen" Leistungen oder bzgl. der Regelung von Arbeitsbedingungen mit den commissiones obreras zusammensetzt oder mit der CNS. In Konfliktfällen mit den commissiones wird dann generell eine Vereinbarung mit der CNS getroffen, um anschließend um so leichter mit dem staatlichen Repressionsapparat gegen die Arbeiter und ihre Vertretungen vorgehen zu können.
Zur genaueren Darstellung der Situation vgl.: Pedro Garcia Lopez: Materialien zur spanischen Streikbewegung der letzten Jahre; in Probleme des Klassenkampfes Nr. 13/1974.

# Vielzweck-kampfflugzeug

**Im letzten Oktober hat das Vielzweckkampfflugzeug MRCA dank der Bewilligung von 1,2 Milliarden DM durch den Haushaltsausschuß eine der letzten Hürden genommen, die es noch von der Serienproduktion trennen. Wie Kenner des Rüstungsgeschäftes feststellten, war „neben Verteidigungsminister Leber auch den meisten Abgeordneten klar, daß der jetzige Meilenstein für eine Beurteilung des Flugzeuges zu früh liegt und daß der Meilenstein 1975 zu spät liegt, um noch hart nein sagen zu können." (laut „Wehrdienst", einem Informationsdienst für die Rüstungsindustrie).**
**Die – wohl nicht mehr aufzuhaltende – Beschaffung dieses teuersten Waffensystems seit Bestehen der Bundeswehr (für die BRD kosten 320 Stück mindestens 20 Milliarden DM!) wirft wieder einmal die Frage auf, warum die Kritik an derart wahnwitzigen Projekten in der Öffentlichkeit innerhalb der SPD und den Gewerkschaften so wenig Resonanz gewinnt.**
**Eine Ursache liegt darin, daß Abgeordnete der SPD-Linken sich jeweils der Fraktionsdisziplin einer Partei an der Regierung unterwerfen müssen, deren Machterhaltungsinteressen Geschlossenheit und damit Unterdrückung der Kritik erfordert. Außerparlamentarischen Aktionen, die auf die Information kritischer „Abweichler" aus dem Regierungs- und Parteiapparat angewiesen sind, wird damit das Leben zusätzlich schwer gemacht. Zum anderen fehlt der Linken überhaupt ein „sicherheitspolitisches Konzept" (Gibt es legitime Sicherheitsinteressen, auch der Arbeiterklasse, in der BRD? Wie sehen diese aus? Wie soll sich ein Rüstungsarbeiter verhalten, dessen Arbeitsplatz in Akkumulationskrisen von Rüstungsaufträgen abhängt?), das dem Kampf gegen Rüstungsprogramme eine solidere Basis geben könnte. So blieb die Kritik am MRCA von Abgeordneten und der Öffentlichkeit (vgl. „links" Nr. 57 über Anti-Weißbuch und MRCA-Hearing) weitgehend auf dem Boden herkömmlicher „Sicherheitspolitik". Hier wird dann schnell von den Befürwortern des MRCA die Frage gestellt, was denn die Gegner an Alternativen anzubieten hätten. Das darauf folgende ratlose Schweigen läßt dann die Bewilligung derartiger Rüstungsprojekte reibungslos vonstatten gehen.**
**Das MCRA hat mittlerweile auch Größenordnungen erreicht, die bei einer Einstellung des Programmes weitreichende Folgen ökonomischer und sozialer Art zur Folge hätten. In Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik arbeiten schon jetzt 18 000 Arbeiter an dem Projekt. Die staatliche Luftfahrtindustrie Englands ist nach der Concorde- Pleite vor allem auf die Produktion des MRCA angewiesen. In der BRD ist vor allem Messerschmitt-Bölkow-Blohm dick im Geschäft, mit einem Rattenschwanz von „mittelständischen" Unterauftragnehmern. Arbeitslosigkeit im „Rüstungszentrum München", hinter dem die erprobte Lobby CSU steht, möchte auch eine SPD-Regierung nicht riskieren. Daher verhalten sich auch die Gewerkschaften ziemlich still und kommen über leise Vorbehalte über den hohen Preis des MRCA in der „Welt der Arbeit" nicht hinaus.**
**Die Zwänge der Akkumulationssicherung des Kapitals in der Rüstungsproduktion sind so die entscheidende Bedingung für die Beschaffung des MRCA. Ihnen muß sich der Staatsapparat unterwerfen, wenn ihm nicht die Legitimität (Wahlniederlage) entzogen werden soll.**
**Zusätzlich wird das MRCA durch die Transnationalisierung der Produktion (Großbritannien, Italien und die BRD) bei transnationalen Konzernen bedeutend weniger angreif- und kontrollierbar. „Normale" kapitalistische Konkurrenz, die Akkumulationskrise des Kapitals im Weltmaßstab und die sog. Nahost-Krise haben die NATO in einen für ihre Verteidiger labilen Zustand gebracht. Allianzpolitische Überlegungen, nach denen das MRCA eine innere Stärkung der NATO und eine Anbindung Großbritanniens an die Europäische Gemeinschaft zur Folge haben könnte, werden daher als zusätzliches Argument für die Beschaffung des Flugzeuges eingebracht.**

**PETER SCHLOTTER**

**Liebe Genossinnen und Genossen Leser!**

**Wie Ihr sicherlich bemerkt habt, waren einige der letzten „links"-Ausgaben 28 Seiten stark, entgegen der sonst üblichen 24 Seiten. Wir konnten es uns deshalb nicht leisten, diese Doppelnummer noch umfangreicher zu gestalten. Schöne rote Ferien wünscht Euch die „links"-Redaktion.**

**Das Buch zum BM-Prozeß:**

**H.-J. Müller-Borchert**

**Guerilla im Industriestaat**

Ziele, Ansatzpunkte und Erfolgsaussichten

Standpunkt Hoffmann und Campe

**182 Seiten, DM 10,–**

**In diesen Tagen begann der Prozeß gegen die Baader-Meinhof-Gruppe, die zum ersten Mal das revolutionäre Konzept der Landguerilla in einem hochindustrialisierten Staat verwirklichen wollte. Der Autor, Hauptmann in der Generalstabsausbildung der Bundeswehr, untersucht die Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen diesen beiden Kampfformen und fragt nach den Ursachen und Erfolgsaussichten einer Großstadtguerilla im Zusammenhang mit dem Schwinden sogenannter „heißer" Kriege.**

# Zur Dialektik von Erfahrung, Emanzipation und Organisation

Oskar Negt

FORTSETZUNG VON SEITE 1

terführen. Daß sich eine sozialistische Organisation, gleich welcher Art, nicht nur auf die mehr oder weniger zufällige Organisation von Einzelinteressen stützen könne, sondern der aktiven, planenden Kooperation und der Führung durch „Köpfe" bedarf, war von Beginn an selbstverständlich; nicht selbstverständlich und daher immer wieder in Frage gestellt, ist dagegen das Gewicht, das die Politisierung von Interessen und Bedürfnissen, vor allem die konkrete Verankerung der sozialistischen Politik in Arbeitsfeldern, für den gesamten Organisationsaufbau hat.

Gleichwohl haben sich in der Zwischenzeit viele Probleme ergeben, die sich 1972 in dieser Schärfe noch nicht stellten. Eines dieser Probleme ist die beträchtliche quantitative Ausweitung des Sozialistischen Büros, wie auch die Erfahrung einer Reihe gescheiterter spontaner Initiativen, wodurch die Forderung immer dringender erhoben wurde, die handwerklichen Arbeitsformen des SB zu überwinden und größere Verbindlichkeit über die ständig wiederholten moralischen Appelle hinaus zum Bestandteil des ganzen Arbeits- und Organisationszusammenhanges zu machen. Die Formulierung der „Thesen" des SB, die Einrichtung des Delegiertenrates, die Ausbildung und Befestigung regionaler Organisationskerne, die Neuorganisation und inhaltliche Präzisierung von Arbeitsfeldern u. a. mehr sind Stufen und verschiedene Ebenen der Konkretisierung von Verbindlichkeit, wobei zu betonen ist, daß Initiativen und planende Vorentscheidungen von zentralen Gremien und Arbeitstagungen durchaus ihr eigenes Gewicht behalten müssen; Verbindlichkeit wird das alles jedoch nur in dem Maße haben, wie es durch die tatsächliche Basisarbeit eingelöst wird. Diese organisatorische Weiterentwicklung des SB ist allerdings nicht nur das Resultat des Organisationswillens einzelner, sondern in ihr kommen gleichzeitig Tendenzen und Problemstellungen zum Ausdruck, die sich aus einer qualitativ neuen gesellschaftlichen Situation Westdeutschlands ergeben; diese Situation kann man als zweite Restauration charakterisieren.

## Die zweite Restauration

Auf den ersten Blick mag die gegenwärtige Restauration, die mit dem Scheitern der Integrationsversuche gegenüber der radikalen politischen Linken wie auch gegenüber unbotmäßigen Gewerkschaftern, die spontane Streiks mit strukturierten, Ende der 60erJahre massiv einsetzt, nichts anderes sein als die Fortsetzung der im Nachkriegsdeutschland erprobten und bewährten Unterdrückungsstrategie mit anderen Mitteln. In gewisser Hinsicht ist dieser Eindruck der Kontinuität durchaus zutreffend. Aber für die Ansatzpunkte unserer aktuellen Politik ist es weniger wichtig, was die Klassenkämpfe verschiedener Perioden miteinander verbindet als vielmehr die spezifischen Formen, in denen sie zum Ausdruck kommen und worin sie sich unterscheiden.

Das gegenwärtige politische Klima der Bundesrepublik ist durch zwei hervorstechende Merkmale gekennzeichnet: durch eine verschärfte Polarisierung der gesellschaftlichen und politischen Kräfte, wobei sich die Frontlinien bei jedem Streik, bei jedem neuen Gesetz, bei jeder Gerichtsentscheidung, ja bei jeder Besetzung eines Arbeitsplatzes (im Betrieb ebenso wie in den Gewerkschaften und im öffentlichen Dienst) immer deutlicher um politische Klasseninteressen organisieren; dabei kann man keineswegs davon sprechen, daß die Linke heute schwächer ist als in den 50er Jahren; im Gegenteil, sie repräsentiert heute ein weitaus größeres Potential. Zum anderen durch die öffentliche Politisierung der Unternehmer und der Unternehmerverbände, die sich Teile staatlicher Befugnisse (wie etwa im Werkschutz) aneignen, eigene Produktionsöffentlichkeiten (vor allem der großen Konzerne) aufbauen, das tarifpolitische Instrumentarium als politische Waffe einsetzen und eine wirksame Organisierung ihrer Interessen unterhalb der Ebene der staatlichen Institutionen betreiben.

In der Tat unterscheidet sich die jetzt einsetzende Restauration in wesentlichen Punkten von der, die sich in der Nachkriegsgeschichte vollzog. Sie ist nämlich Produkt eines gesamtgesellschaftlichen und internationalen Krisenzusammenhangs, der seine Grundlage in der Mitte der 60er Jahre beginnenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals hat, aber längst nicht mehr auf wirtschaftliche Faktoren (Arbeitslosigkeit, Inflationsraten usw.) beschränkt ist. Diese Krise dringt in alle Poren der Gesellschaft, schafft Unsicherheit und Angst bei allen Individuen, zerstört traditionelle Legitimationen des bürgerlichen Staates. Zu erwarten, man könne nach einem Konjunkturaufschwung wieder zur Tagesordnung zurückkehren, wäre eine gefährliche Illusion.

Exemplarisch für diese durch die Krise bewirkte Umstrukturierung aller gesellschaftlicher Institutionen kann die radikale Verkehrung von Rechts- und Verfassungspositionen genannt werden. Galt im bürgerlichen Rechtsstaat bisher der Grundsatz: in dubio pro reo (im Zweifel für den Angeklagten), so daß der Staat das verfassungswidrige Verhalten des einzelnen, das Gericht die Schuld des Angeklagten unter Beweis zu stellen hatte, so gilt heute häufig schon der umgekehrte Satz: im Zweifel gegen den Angeklagten, er muß seine Unschuld bzw. seine Verfassungstreue positiv nachweisen. Ganze Bevölkerungsgruppen werden so potentiell als verfassungsfeindlich angesehen. Diese innere Aushöhlung und Verkehrung des Rechtssystems, wie es sich im speziellen Zusammenhang der Berufsverbote auf allen Ebenen, vom Betrieb bis zum öffentlichen Dienst, zeigt, kommt auch dort zum Ausdruck, wo es um die ordentlichen Gerichte geht; häufig kommt der Angeklagte als bereits Verurteilter in den Gerichtssaal, wobei die allgemeine Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Anwälte die Situation für ihn immer schwieriger macht ,den Unschuldsbeweis anzutreten.

Hinter diesen vielfältigen Unterdrückungsaktionen verbirgt sich eine präventive konterrevolutionäre Strategie, die für die Linke dadurch besonders bedrohlich ist, daß sie sich weder auf eine revolutionäre Situation noch auch nur auf eine politisch starke Arbeiterklasse bezieht. So kann diese Strategie, nachdem die in der wirtschaftlichen Wachstumsperiode wirksam gewesenen Integrationsmechanismen kaum noch funktionieren, zum Mittel der Ausgrenzung, der Ausschlüsse (Instrumente, die in Frankreich und Italien z. B. nur schwer anwendbar sind), der Mobilisierung von Existenzängsten, ja zur unmittelbaren Gewalt greifen.

Diese Strategie des Gegners könnte den Schluß nahelegen, daß eine entschiedene Abkehr von der Basisarbeit notwendig ist und die zentralistisch operierende Kaderpartei die einzige Organisationsform darstellt, die auf diese Situation angemessen reagieren kann. Das Gegenteil ist der Fall: eine solche Organisation würde der Repression und den Ausgrenzungsmechanismen auf der Ebene begegnen, wo das System am stärksten ist, und langfristig dadurch das politische Kräftepotential und den Bewegungsspielraum wesentlich verringern, auf die sich das Sozialistische Büro gegenwärtig stützt. Um aber diese falsche Alternative zu vermeiden, reicht der stereotype Hinweis auf die Notwendigkeit der Organisierung von Interessen und auf die Intensivierung der Basisaktivitäten nicht mehr aus. Es ist die Struktur der Arbeitsfelder und deren Verhältnis zur überregionalen, zentralen Organisationsarbeit, die heute im Zentrum der Probleme der politischen Strategie des SB steht.

## Zwei mögliche Fehlentwicklungen der Interessen-Konzeption: das „Syndikalistische" und das Individualistische

Interessen und Bedürfnisse, wie sie im Rahmen des Organisationskonzepts des SB zur Debatte stehen, sind Entwicklungsresultate von gesellschaftlichen Produktionsprozessen; sie sind nichts Unmittelbares, Unveränderliches, sondern bezeichnen als Vermittelte das ganze Spektrum der Konflikte und Widersprüche des konkreten Lebenszusammenhangs der Menschen, der in letzter Instanz durch die sich aus dem Klassenwiderspruch ergebende objektive ökonomische Lage bedingt ist. Es ist die objektive Situation der Arbeiterklasse im Kapitalismus, die letztlich auch ihr kollektives Interesse bestimmt: das Interesse an der Aufhebung des kapitalistischen Systems. Damit dieses objektive Interesse auch das subjektive, das Handeln und Denken jedes einzelnen motivierende Interesse wird, bedarf es eines langwierigen Bewußtwerdungsprozesses, in dessen Verlauf sich die je konkreten Interessen in ihren vorwärtstreibenden Momenten durch politische Erfahrungen entfalten.

Eine politische Organisation kann ihre Identität daher nicht durch bloße Proklamation des objektiven geschichtlichen Interesses an der Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse gewinnen, in der Erwartung, daß die Subjekte in einer spontanen Erleuchtung dieses Interesse eines Tages als ihr eigenes erkennen. Die Auflösung der Loyalitätsbindungen gegenüber dem bestehenden System vollzieht sich in der Regel nicht mit einem Schlage, weder durch spontane Streiks noch durch Demonstrationen. Sie lösen sich vielmehr nur in langwierigen und häufig mit Umwegen und taktischen Kompromissen verbundenen Prozessen der Umstrukturierung vorhandener Bedürfnisse und Interessen. Eine politische Strategie, die nicht diese Prozesse selbst zu ihrem Inhalt hat, sondern Politisierung allein durch die Verbreitung richtiger Erkenntnisse intendiert, ist in ihrer Abgehobenheit von der realen Klassenbewegung von vornherein zum Scheitern verurteilt; dabei ist es re-

lativ unerheblich, ob die richtige „Linie" durch Verbreitung revolutionärer Parolen oder durch theoretische Schulung den Massen vermittelt werden soll.
Die sozialistische Strategie muß daher an den konkreten Bedürfnissen und Interessen ansetzen und sie als materielle Hebel der Bildung von Klassenbewegung verstehen. Dieser Ansatz darf nicht im syndikalistischen Sinne mißverstanden werden (Wenn hier von Syndikalismus gesprochen wird, dann nicht im Sinne der spanischen Anarcho-Syndikalisten, der Tradition von Selbstverwaltung und Selbstorganisation. „Syndikalistisch" bedeutet hier: nur-gewerkschaftliche Interessenvertretung.): die politische Vertretung gegebener Interessen kann Anfangsstufe politischer Organisierung sein, sie verliert aber langfristig ihren politischen Charakter, wenn sie nicht versucht, die im unmittelbaren Interessenzusammenhang latent vonhandenen Erkenntnismöglichkeiten gesellschaftlicher Zusammenhänge wie auch die Handlungsutopien zu entwickeln und politisch wirksam werden zu lassen. Dieser Schritt vollzieht sich nicht mechanisch, sondern bedarf der bewußten Einordnung in gesellschaftliche Zusammenhänge, die wiederum einer vorausgreifenden politisch-ökonomischen Analyse und der politischen Einschätzung gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen bedarf.
Eine wesentliche Voraussetzung dieser Strategie ist, daß es sich um klassenbedingte Durchschnittsinteressen und Bedürfnisse handelt, bei denen angesetzt wird. Ein Problem liegt dabei darin, daß man häufig nicht von vornherein sagen kann, ob es sich bei bestimmten Interessen um politisierbare handelt. Man kann daher nur festhalten, daß es Interessen sein müssen, die, wenn auch deformiert und mit Illusionen verknüpft, in eine emanzipatorische Richtung weisen, Interessen also, deren kollektive Vertretung den Menschen erlaubt, Erfahrungen über gesellschaftliche Tatbestände ihrer eigenen Existenzbedingungen und über mögliche Alternativen zu ihrer gegenwärtigen entfremdeten Situation vermitteln zu können. Es kann demzufolge keine Rede davon sein, daß die Forderung: „Nach Interessen organisieren!" aus sich heraus zu syndikalistischer Beschränkung und Partikularisierung führen muß. Im Gegenteil: nur wenn auf halbem Wege stehen geblieben wird, wenn die in den Interessen eingeschlossenen gesellschaftlichen Bedingungen nicht bewußt gemacht werden, ergeben sich derartige Fehlentwicklungen.
Ähnliche Tendenzen einer Fehlentwicklung zeigen sich dort, wo das Verhältnis zwischen individuellen Lebensproblemen und der politischen Organisation des SB ungeklärt bleibt. Viele Genossen, die sich in den letzten Jahren am SB orientierten und Sympathien für die mit individueller Emanzipation verknüpfte Organisationsform bekundeten, haben mit Recht die Erwartung gehegt, innerhalb dieses politischen Zusammenhangs ihre ganz spezifischen individuellen Lebensprobleme besser lösen zu können; als Interessen und Bedürfnisse verstanden sie ihre eigenen Schwierigkeiten der Beziehungen zu Partnern, Überwindung von Kontaktstörungen und Leistungsängsten, die Regelung gruppendynamischer Probleme, wie sie sich in Arbeitszusammenhängen, Wohngemeinschaften und in der Kindererziehung zeigen. Diese Dimension der individuellen Emanzipation, die

von dem Wunsch nach kollektiver Aufarbeitung der Selbsterfahrung getragen ist, wird vom Sozialistischen Büro zwar als wesentlicher Erbteil der Studentenbewegung übernommen; sie kann vom Bezugsrahmen sozialistischer Politik nicht ohne Folgen losgelöst werden. Aber jede politische Organisation muß die Grenzen des individuellen Emanzipationsanspruchs genau bestimmen, um ihn durch Überforderung nicht zu diskreditieren.
Emanzipation beginnt mit der Aufhebung konkreter Abhängigkeiten der Individuen; eine revolutionäre Entwicklung ohne die Veränderung der Subjekte, die ihre aktiven Träger sind, ist zum Scheitern verurteilt. Abgetrennt vom objektiv gesellschaftlichen, d. h. immer auch organisationsvermittelten Emanzipationsprozeß schlagen individuelle Emanzipationswünsche ebenso wie Interessen jedoch in ihr Gegenteil um: in privatisierte Einstellungen, die jede sozialistische Politik blockieren, ja unmöglich machen.

## Arbeitsfelder als Vermittlungsorgane

Die Konzeption der Arbeitsfelder hat eine zentrale strategische Funktion in der politischen Aufarbeitung und in der erfahrungsbezogenen Vermittlung zwischen individuellen und objektiven Klasseninteressen. Spätestens seit der Kritik von Wilhelm Reich an den kommunistischen Parteien, denen er vorwirft, daß sie in ihrer Politik von „zweierlei Klassenbewußtsein" ausgehen, dem objektiv-geschichtlichen Klassenbewußtsein, das die Partei in ihren zentralen Gremien repräsentiert und dem empirischen Klassenbewußtsein, in dem sich mehr oder minder zufällige individuelle Kampferfahrungen der einzelnen, ihre Alltagsbedürfnisse und unmittelbaren Interessen ausdrücken, ist diese arbeitsteilige Aufspaltung der Interessen ein wesentlicher Gegenstand der Kritik der revolutionären Linken geblieben.
Der Arbeitsfeldansatz ist demgegenüber ein Versuch, diese Aufspaltung nicht nur in der politischen Programmatik, in Beschlüssen und Willensbekundungen zu überwinden, sondern die Möglichkeit und Notwendigkeit dieser Aufhebung im Organisationsaufbau selber zu verankern. Dadurch verschwindet dieser durch die kapitalistische Klassengesellschaft vorgegebene Widerspruch sicherlich nicht, aber er bekommt für die Menschen im Zusammenhang ihres jeweiligen Arbeitsprozesses (nicht nur auf Tagungen und Kongressen) eine erfahrbare Dimension. Es wäre aber eine gefährliche Illusion, die in den Arbeitsfeldern angelegte Entfaltung der Dialektik zwischen diesen objektiv widersprüchlichen Interessenebenen, die durch den einzelnen hindurchgehen, als einen spontanen ohne gesamtgesellschaftliche Perspektiven ablaufenden Prozeß zu begreifen, dessen Resultate dann nur noch zentral zusammengefaßt werden müssen. Was die Organisationsform des Sozialistischen Büros von anderen linken Organisationen gerade unterscheidet, ist die Tatsache, daß sie weder als bloße Koordinationsstelle von Arbeitsfeldern und Kampagnen noch als eine Zentrale verstanden wird, die das Abstrakt-Allgemeine, die richtige Gesellschaftsanalyse und die politischen Prioritäten, verwaltet und durch bindende Beschlüsse nach unten weitergibt.
Beide Entwicklungsrichtungen führen in Sackgassen. Die zentralen und überregionalen Gremien des SB haben gegenüber den Arbeitsfeldern vielmehr eigenständige, nicht nur zusammenfassende Funktionen; sie bestehen nicht zuletzt darin, die in den Arbeitsfeldern auftretenden Widersprüche zwischen Spontaneität und Organisation, unmittelbaren und objektiven Interessen usw. aktiv zu strukturieren und auf ihre weiterführenden sozialistischen Gehalte zu bringen.
Damit sich die zentralen und regionalen Organisationsbereiche gegenüber den Arbeitsfeldern nicht verselbständigen, ist es allerdings notwendig, daß die Arbeitsfelder viel stärker als bisher in ihrem jeweiligen objektiven Erfahrungszusammenhang untersucht und unter politischen Gesichtspunkten spezifiziert werden. Das organisierende Zentrum eines Arbeitsfeldes ist sicherlich die Struktur des Produktionsprozesses, aber diese Bestimmung reicht bei weitem nicht aus. So stellen sich im Hinblick auf eine konkrete Analyse der Arbeitsfelder Fragen nach den Organisationsbedürfnissen, den verschiedenen Formen, in denen sich Loyalitäten gegenüber etablierten Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen auflösen, der Objektbezogenheit der Arbeit, die in Intellektuellenberufen eine ganz andere ist als im Betrieb oder auch in Ausbildungsverhältnissen, der Bedeutung personaler Vertrauensverhältnisse für die politische Arbeit, den institutionell vorgegebenen Kommunikationsstrukturen, schließlich: den besonderen Regeln, Normen und „Gesetzmäßigkeiten", in denen die gesellschaftliche Totalität, die kapitalistische Produktionsweise und der Staat im einzelnen Arbeitsfeld zum erfahrbaren Ausdruck wird. Auch ist nach wie vor die Beziehung der einzelnen Arbeitsfelder zum materiellen Produktionsprozeß (z. B. Verschleiß der Gesundheit durch Arbeitsintensivierung am Fließband und die Möglichkeiten eines Arbeitsfeldes Gesundheitswesen) und ihr Umfang völlig ungeklärt.

## Gesamtgesellschaftliche Aspekte der Arbeitsfeldanalysen

Es gibt keine ein für allemal festgelegte Hierarchie der Gewichtung der einzelnen Arbeitsfelder. Das Sozialistische Büro ist heute noch, sowohl was den Argumentationsstil auf Tagungen anbetrifft wie der personellen Zusammensetzung seiner aktiven Mitglieder und Gruppen nach, eine Organisation von Intellektuellen. In ihrem politischen Selbstverständnis und in der tatsächlichen Aktivität will sie es jedoch nicht sein. Die in den „Thesen" des SB enthaltene Analyse und die sich darauf gründende Programmatik setzen den Akzent auf den Schwerpunktbereich Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Die „Thesen" vermitteln deshalb den Eindruck, als solle einer primär durch Intellektuelle geprägten Organisation eine Arbeiterorganisation übergestülpt werden.
Dieser Widerspruch, der auch in der Heterogenität der Zusammensetzung des SB zum Ausdruck kommt, ist das Resultat der politisch rückständigen Entwicklung der Bundesrepublik. Es wäre deshalb falsch, aufgrund der stärkeren Bestimmtheit und Artikulationsfähigkeit im Reproduktionssektor eine Verschiebung des Klassensubjekts zu unterstellen. Der kapitalistische Produktionsprozeß ist nach wie vor das Gewaltzentrum der Gesellschaft, auf dessen Beseitigung jede sozialistische Politik gerichtet sein muß. Diese innere Spannung führt zu einer Reihe von spezifischen Konflikten, die man weder durch eine Selbstverleugnung der Intellektuellen, durch Selbstbestrafung für ihre Herkunft, noch durch ein naturwüchsiges, ungeheuer belastendes Austragen der damit verbundenen Einzelkonflikte lösen kann. Diese Konflikte können vielmehr nur durch konkrete Arbeitsprojekte neutralisiert und aufgehoben werden.
Die verschiedenen Arbeitsfelder sind, was die Erfahrungsbedingungen für die einzelnen Individuen und was die konkreten Arbeitsprozesse anbetrifft, Stücke der gesellschaftlichen Totalität, die man nicht von außen in sie hineintragen muß. Aber sie enthalten gleichzeitig spe-

zifische Gesetze, institutionelle Verflechtungen und durch gesellschaftliche Arbeitsteilung definierte Zielsetzungen, auf die sich die politische Arbeit, vor allem auch eine wirksame Agitation, einstellen muß. Auf jeden Fall kann man sagen, daß in jedem der Arbeitsfelder, ob es sich um Wissenschaft und Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen usw. oder um den Produktionssektor, den Betrieb, handelt, der Staat und das Kapital präsent sind. Der politische Kampf gegen Berufsverbote, von denen Lehrer betroffen sind, ist keine Frage der syndikalistisch bornierten oder der berufsständischen Interessenvertretung der Lehrer, sondern ist ein Kampf gegen eine spezifische Form staatlicher Repression (die zwar im Betrieb andere Formen hat, aber Resultat derselben Strategie ist), setzt also die Analyse des Staates und eine politische Praxis voraus, die das unmittelbare Arbeitsfeld der Lehrer notwendig überschreitet. In dem, was Lehrer in ihrem pädagogischen Arbeitsprozeß innerhalb der Schule tun, stoßen sie nicht nur auf Normen der Disziplin, der Konkurrenz und des von Erkenntnismotivationen abgespaltenen Leistungstrainings, deren Vermittlung allesamt den Kindern eine Grundausstattung für eine möglichst reibungslose und lebenslange Tätigkeit als Lohnarbeiter verschaffen sollen, sondern sie stoßen auch auf Arbeitereltern, deren Kinder sie zu erziehen haben. Die Beziehung zwischen Lehrer und Arbeiterklasse muß, berücksichtigt man den inhaltlichen Zusammenhang der gesellschaftlichen Produktionsprozesse (auch Sozialisation und Erziehung sind Produktionsprozesse, wenn auch ganz spezifischer Art), nicht erst durch eine übergreifende Organisation hergestellt werden, sondern sie ist alltäglich vorhanden. Sie muß vielmehr an dem Punkt politisch aktualisiert und in eine sozialistische Strategie einbezogen werden, wo fundamentale Interessen von Arbeitereltern auftreten. In jedem Arbeitsfeld reproduziert sich also die gesellschaftliche Totalität, und es ist von der Sache her unmöglich, die einzelnen Arbeitsfelder ohne willkürliche Abstraktion voneinander zu isolieren und auf die Vertretung rein beruflicher Interessen zu beschränken.

Sollen Interessen und Bedürfnisse in spezifischen Arbeitsfeldern organisiert werden, so ist es in erster Linie notwendig, die objektiven Bedingungen der Erfahrung und die verschiedenen Organisationsbedürfnisse, die die Betroffenen haben, zu untersuchen. Es wäre völlig abstrakt und deshalb auch ohne Beziehung auf die besonderen Formen von Erfahrungen, wollte man dasselbe Organisationsbedürfnis und dieselbe Funktion von Organisation für Studenten, berufstätige Lehrer, Sozialarbeiter und Industriearbeiter unterstellen. Bereits die Organisationsbedürfnisse von Hochschullehrern und Studenten unterscheiden sich in vielfacher Hinsicht, z. B. im Inhalt des Produktionsprozesses (abhängige Lernsituation auf der einen, mehr oder weniger autonome Forschung und Lehre auf der anderen Seite), im Grad der notwendigen Objektbezogenheit der Tätigkeit, im Grade der Freiwilligkeit der Zusammenschlüsse, wie bei Studenten, oder der Zwangsgemeinschaften, die sich aus jeder Art der Berufstätigkeit ergeben, ganz zu schweigen von jener kollektiven Zwangsgemeinschaft, die der Industriebetrieb darstellt. — Zur kurzen Erläuterung dieser Probleme der Umstrukturierung und Weiterführung von Interessen zwei Beispiele, die dem Arbeitsfeld Schule (Lehrer) sowie dem Bereich Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit entnommen sind.

**Erstes Beispiel:** Eltern haben im allgemeinen ein fundamentales Interesse an der Erziehung ihrer Kinder; dieses Interesse ist weder das einzige in ihrem Lebenszusammenhang, noch läßt es sich in der größten Zahl der Fälle als rein emanzipatorisch verstehen, als ein ausdrückliches Bedürfnis der Herstellung von autonomen Verhaltens- und Denkweisen des Kindes. Vielmehr ist dieses Interesse ein Schnittpunkt von Erwartungen, die sich auf höhere Leistung ebenso wie auf die Entwicklung der emotionalen und sozialen Fähigkeiten richten, zunächst alles jedoch eingebunden in den Horizont der Aufstiegsideologie. Die entfremdeten Komponenten dieses Bedürfnisses sind allerdings kaum zu überwinden, wenn sie mit einem von außen kommenden objektiven politischen Interesse abstrakt konfrontiert werden. Sie müssen vielmehr Bestandteil eines konkreten Arbeitsprozesses werden, in dem diese Interessen sowohl akzeptiert als auch umstrukturiert werden. Von der inhaltlichen Artikulation dieses Interessenpunktes, der zunächst nur die Erziehung des Kindes betrifft, ausgehend, können dann auch andere Interessen des Lebenszusammenhangs erfaßt, politisiert, durch konkrete anschauliche Praxis verändert werden. Auf keinen Fall kann sich aber die politische Arbeit in pädagogischen Arbeitsprozessen, die sich sowohl auf die Institution Schule wie auf die Eltern richtet, langfristig auf die partikularen Erziehungsinteressen beschränken, ohne in Gefahr zu geraten, auch diese aus den Augen zu verlieren. Denn die Gesamtgesellschaft dringt mit jedem Schritt, den politische Praxis macht, ohnehin in dieses Arbeitsfeld ein, so daß man es gar nicht nötig hat, die Analyse gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse aus einer von dem besonderen Problem der Schule abgetrennten Gesellschaftstheorie zu beziehen. — Die durch die ökonomische Krise erzeugte Arbeitslosigkeit z. B. erhöht den Leistungsdruck und die damit verknüpften Tendenzen von Konkurrenz und Rivalität unter den Schülern und auch den Lehrern. Die Furcht, daß das Kind keine Lehrstelle bekommt bzw. daß es nur durch Bestleistungen Aufstiegschancen hat, bestimmt unmittelbar die Interessen und führt zu bestimmten Erwartungen an die Schule. Bezeichnend dafür ist, daß der Numerus Clausus, von dem man annehmen könnte, daß er nur für die höheren Klassen Bedeutung hat, das Angstklima des pädagogischen Arbeitsprozesses bereits in der Grundschule bestimmt. Eine Theorie der Arbeitsfelder hat die Aufgabe, alle diese spezifischen Fragestellungen zum Ausgangspunkt und Inhalt gesamtgesellschaftlicher Analysen zu machen; nur so sind sie auch in den Verstehens- und Handlungshorizont der Betroffenen praktisch rückübersetzbar.

**Zweites Beispiel:** Jeder Lohnabhängige hat das Interesse, unter menschenwürdigen Bedingungen im Betrieb zu arbeiten, selbst wenn er eine Ahnung davon hat, daß sich eine nennenswerte Veränderung seiner gesamten Lebensbedingungen nur durch die Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems ergibt. Dieses unmittelbare Interesse in die Strategie der Politisierung nicht einzubeziehen, bedeutet, einen wichtigen materiellen Hebel der Bildung des Bewußtseins und der Motivierung von kritischem Verhalten zu ignorieren. Die Furcht, daß sich durch eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter der Wunsch nach grundlegenderen Veränderungen abschwächt, ist völlig unbegründet. Da es sich um Interessen und Bedürfnisse handelt, die weder durch Agitation noch durch Analysen aus der Welt geschafft werden können, kann man sie nur aufgreifen, weiterentwickeln, in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge einordnen und in politische Praxis umsetzen. Soweit wird es kaum Kontroversen innerhalb der Linken geben. — Die Formen aber, in denen sich die Umstrukturierung von Einzelinteressen unter den Erfahrungsbedingungen des kapitalistischen Industriebetriebes vollzieht und Loyalitätsbindungen, z. B. gegenüber dem Gewerkschaftsapparat, der Sozialdemokratischen Partei usw. sich lösen, machen spezifische Strategien für den Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit erforderlich, die quer zu den Debatten über Revisionismus und Reformismus liegen. Die Herstellung von Vertrauensverhältnissen zu einer Person, die, indem sie die Anonymität verläßt, für die Kollegen eine konstante politische Linie verkörpert, wodurch eine konkrete gesellschaftliche Alternative zum Bestehenden am Ort sichtbar wird; das Eingehen auf persönliche Probleme der Kollegen, informelle Kontakte im Arbeitszusammenhang; die Herstellung von Öffentlichkeit für zurückgehaltene Information, die zur Mobilisierung der Belegschaft und zur Überwindung bloßer Vertretungspolitik führt; — diese und ähnliche Elemente bestimmen den Begriff von Agitation im Produktionsbereich offenbar stärker als der Kopfglaube der Agitation, wie er auf Versammlungen von Intellektuellen Wirkungen erzielt.

So verstanden, sind die Arbeitsfelder unentbehrliche Bestandteile und Grundlage der Organisationsstruktur des Sozialistischen Büros. Die vertikale Gliederung des SB in Arbeitsfeldern, die überregional miteinander verknüpft und an spezifischen Problemen und sachlichen Interessen orientiert sind, kann von der horizontalen, lokalen und regionalen Organisation nicht getrennt werden. Wo eine solche Aufspaltung auftritt, wird sich sehr bald die Gefahr zeigen, daß kleine, durch Gesinnung und wahrscheinlich auch durch Aktivität zusammengehaltene Kader die politische Gesamtlinie bestimmen, in die dann allerdings kaum noch Aktivitäten der einzelnen Arbeitsfelder und jener breiten Initiativen eingehen, die für das SB von großer Wichtigkeit sind, sich aber außerhalb der Organisation bzw. weit über die SB-Organisation im engeren Sinne hinaus entfaltet und entwickelt haben. Die Tätigkeit der Organisationskerne, die sich in der lokalen Organisation herausbilden und heute praktisch noch aus „informellen Kadern" einzelner, besonders aktiver Mitglieder bestehen, muß inhaltlich auf die einzelnen Arbeitsfelder und Bereiche bezogen sein, was keineswegs immer bedeutet ,daß die Tätigkeit in den Arbeitsfeldern und die in den Organisationskernen personell identisch ist.

An diesem Punkt stellt sich ein zentrales Problem, vor dem alle Versuche der Entwicklung einer Organisationsstruktur neuen Typs unvermeidlich stehen ,das Problem der Neubestimmung des Verhältnisses von „Innen" und „Außen", Organisationskernen, die alle Vorzüge an Schlagkräftigkeit und Disziplin der traditionellen Organisationsformen aufbewahren, und von keiner Zentrale gesteuerten Initiativen, von Bürgerinitiativen über Modellversuche bis zum Häuserkampf, in denen sich das spontane, situationsgebundene Element der Selbstorganisation und der Selbstregulierung ausdrückt. Die damit verbundenen Fragen konnten mit diesem Artikel aufgegriffen, jedoch nicht zureichend entfaltet, geschweige beantwortet werden. Sie werden sich erst in der Praxis der nächsten Arbeits- und Organisierungsschritte und in den sich verschärfenden Auseinandersetzungen gegen Repression und Berufsverbote näher bestimmen und konkret diskutieren lassen. Hier liegt m. E. eine wichtige Schwerpunktsetzung für die Arbeit an den „Thesen" und für die Diskussionen in den Arbeitsfeldern, lokalen und regionalen Gruppen und vor allem auch im Delegiertenrat der SB. Ein weiterer „links"-Beitrag, der diese noch vor uns liegenden Diskussionen und Erfahrungen aufgreift, wird folgen.

# Utopie und Klassenkampf

Detlef Horster /
Joachim Perels

## Ernst Bloch zum 90. Geburtstag

Wird der Geburtstag eines marxistischen Philosophen von der bürgerlichen Gesellschaft mit Festartikeln gefeiert, so muß die Linke auf der Hut sein: besonders bei Ernst Bloch. Bürgerlicher Journalismus macht sich am Schein fest, entzieht sich dem Gehalt marxistischer Philosophie. Bloch wird auf ein Denkmal geschoben. Als er 1961 nicht in die DDR zurückkehrte, kam vereinnahmende Genugtuung hinzu, geboren aus blindem Anti-Kommunismus. So rechnete ein Berliner Feuilletonist Bloch vor, er habe selbst die Revolution gepredigt und sei die Geister nicht mehr los geworden, die er gerufen habe. Vereinnahmung wie Stilisierung bewirken, daß die politische Sprengkraft der Philosophie Ernst Blochs abgemattet, ja ausgeschaltet wird. Doch nicht genug damit. Auch die Studentenbewegung hat die Blochsche Theorie weder systematisch rezipiert, geschweige denn diskutiert. Übrig blieb die Verwendung Blochscher Zitatbrocken: „Das Auge des Gesetzes sitzt im Gesicht der herrschenden Klasse" oder: „Der aufrechte Gang wird am letzten gelernt".

Bloch setzt an blinden Flecken der marxistischen Theoriebildung an. Er entfaltet den weitgespannten Begriff der konkreten Utopie, um dem praktischen, verändernden, umwälzenden Zentrum des Marxismus in der Arbeiterbewegung wieder Gewicht zu verschaffen. Schon Blochs erstes zwischen 1915 und 1917 geschriebenes Buch, „Geist der Utopie", ist kritisch bezogen auf die ökonomistische Verflachung des Marxismus der II. Internationale. Gegen deren kontemplatives Vertrauen in den objektiven Gang des historischen Geschehens setzt Bloch die Entfaltung des prinzipiell utopischen Begriffs, der die Zielinhalte des Sozialismus als Moment des aktuellen politischen Kampfes aktiviert: sodaß das Reich der Freiheit nicht im außergeschichtlichen Jenseits verbleibt. Im „Prinzip Hoffnung" hat Bloch dieses Element seiner Theorie mit dem Begriff des „Wärmestroms" des Marxismus belegt. „Zum Wärmestrom des Marxismus gehören ... die befreiende Intention und materialistisch-humane, humanmaterialistische Realtendenz. ... Von hier der starke Rekurs auf den erniedrigten, geknechteten, verlassenen, verächtlich gemachten Menschen, von hier der Rekurs auf das Proletariat als die Umschlagsstelle zur Emanzipation." (1) Der Marxismus als Wärmestrom verhindert, daß die Fernziele und die Nahziele auseinandergerissen werden. Wenn die Nahziele nicht Momente des Sozialismus enthalten, sich von den Fernzielen her bestimmen, reparieren sie nur das Bestehende. Umgekehrt verwandeln sich die Fernziele in leere Forderungen, wenn sie nicht mit aktuell politischen Nahzielen verknüpft werden können. Konkrete Utopie schließt gleichzeitig die Vergangenheit als Pontential von Veränderungsperspektiven auf – im Unterschied zu einem Geschichtsverständnis mit „belorbeerter Gipsfigur" (2). Die Vergangenheit bleibt nicht ein Arsenal toter Gegenständlichkeiten. Sie enthält unabgegoltene Zukunft. Der kulturelle, religiöse, philosophische Überschuß der Ausdrucksformen menschlicher Produktivität, die sich über die schlechten Zustände der Welt erheben und damit einem Vorgriff auf eine nicht in Klassen gespaltene Gesellschaft enthalten, kann im Sozialismus aufgenommen werden. Nur wenn der Sozialismus die Träume vom besseren Leben, wie sie in der Vorgeschichte in vielfältigster Gestalt ausgebreitet sind, in ihren Intentionen realisiert, wird er die Emanzipation der Unteren wirklich heraufführen.

Konkrete Utopie arbeitet dem „Unrecht des Pessimismus" (3) entgegen, der sich von der Kraft des Negativen zu Boden schleudern läßt und nicht mehr in der Lage ist, die widersprüchliche Struktur des historischen Prozesses wahrzunehmen, also auch seine möglichen Umschlagspunkte und Bruchstellen zu nutzen: „Es ist lähmend und hilft dem Feind, die Lage auch noch künstlich zu schwärzen." (4) Materialistische Hoffnung ist ein politisches Potential. Sie geht „aus sich heraus, macht die Menschen weit, statt sie zu verengen, kann gar nicht genug von dem wissen, was sie inwendig gezielt machen, was ihnen auswendig verbündet

## Politische Biographie

**Am 8. Juli 1885 wird Ernst Bloch in Ludwigshafen geboren. Bereits als Schüler hat er Kontakt zu sozialdemokratischen Redakteuren, liest sozialistische Broschüren. Bloch studiert Philosophie und Physik, promoviert über Rickert. Vor dem ersten Weltkrieg gehört er zu dem Kreis um den Soziologen Max Weber in Heidelberg. Dort beginnt die Freundschaft mit Georg Lukács. Daß freilich Max Weber am 1. August 1914 in Offiziersuniform bei seinem Jour erscheint, daran erinnert Bloch sich mit Abscheu. Im „Geist der Utopie", seinem ersten Buch, das im Krieg geschrieben wird, spricht er vom „mörderischen Zwang der allgemeinen Wehrpflicht". Als Kriegsgegner emigriert er 1915 nach Bern. Bloch ist den Expressionisten verbunden, von denen einige im Zuge der deutschen Revolution von 1918 einen „Rat Geistiger Arbeiter" bilden. Der Oktoberrevolution in Rußland begegnet Bloch mit leidenschaftlicher Zustimmung. In den zwanziger Jahren tritt Bloch an die Seite der kommunistischen Arbeiterbewegung, ohne der KPD anzugehören. Hellsichtig warnt er bereits 1924 vor der demagogischen Gefahr Adolf Hitlers. Der heraufziehende Faschismus wird für ihn zum wichtigsten Objekt des Kampfes. Bloch sucht den romantischen Antikapitalismus der Mittelschichten, den die Nationalsozialisten vor ihren Karren spannten, sozialistisch umzufunktionieren. Zu diesem Zweck schreibt er „Erbschaft dieser Zeit"; es erscheint 1935 in Zürich. 1933 emigriert Bloch über Zürich, Paris, Wien und Prag schließlich in die USA. Während die bürgerlichen Demokratien des Westens in den dreißiger Jahren eine abwartende, beschwichtigende, ja zum Teil positive Haltung zum Nationalsozialismus einnehmen, ist die Sowjetunion für Bloch das einzig zuverlässige Bollwerk gegen den Faschismus. In der Kunsttheorie gehört Bloch zusammen mit Eisler und Brecht zu den Opponenten eines platten sozialistischen Realismus, der die klassischen Formen der Kunst zum verbindlichen Maßstab erhebt. Bloch ist in dieser Frage Antipode seines Jugendfreudes Georg Lukács; er zeiht ihn des „Soziologismus". Während der dreißiger Jahre veröffentlicht Bloch regelmäßig politisch-philosophische Artikel in der in Prag erscheinenden „Neuen Weltbühne", einem Blatt der Volksfront. In den USA schreibt er „Das Prinzip Hoffnung". Bloch begründet mit anderen, der KP nahestehenden Intellektuellen, wie Becher, Brecht und Anna Seghers, den deutschsprachigen Aurora-Verlag. Zur „Frankfurter Schule" gehörte Bloch, entgegen unzutreffenden Berichten, in keiner Weise. Mit einigen ihrer Vertretern war er freilich gut bekannt. 1948 geht Bloch in der Hoffnung, am Aufbau eines sozialistischen Deutschlands mitwirken zu können, in die damalige sowjetische Besatzungszone. Er wird Professor für Geschichte der Philosophie und Leiter des philosophischen Instituts der Universität Leipzig. In der DDR erscheint 1951 Blochs Hegelbuch. Es wird in der „Einheit" kritisiert – unter Rückgriff auf Stalins Kulturpapst Shdanow. 1954 und 1955 folgen die ersten beiden Bände des „Prinzip Hoffnung". Sie haben in der DDR ein überwiegend positives Echo, in der Bundesrepublik nimmt von dem Buch kaum jemand Notiz: es ist die Zeit des Kalten Kriegs, des Antikommunismus, dem der Osten nur als totalitäres Einerlei erscheint. Zum 70. Geburtstag erhält Bloch den Nationalpreis der DDR, eine Festschrift und die SED ehren ihn. Nur zwei Jahre später, 1957, eröffnet der Herausgeber der Festschrift, R. O. Gropp, auch gleich die Anti-Festschrift „Blochs Revision des Marxismus". Bloch wird als einer der Wortführer der Entstalinisierung, die der XX. Parteitag der KPdSU 1956 einleitete, ausgeschaltet. 1957 wird er zwangsemeritiert, seine Frau Karola wird nach über 25jähriger Mitgliedschaft aus der Partei ausgeschlossen. Nach dem Bau der Berliner Mauer kehrt Bloch von einem Ferienaufenthalt in der Bundesrepublik nicht in die DDR zurück. Seine gesamte Bibliothek läßt er in Leipzig. Einzelne Bücher tauchen später in westdeutschen Antiquariaten auf: die Bibliothek wurde verramscht. Seinen Entschluß, in der Bundesrepublik zu bleiben, begründet Bloch damit, daß er nicht gewillt sei, sich „unwürdigen Verhältnissen und der Bedrohung, die sie allein aufrechterhalten, auszusetzen". Bloch erhält eine Gastprofessur in Tübingen. Er setzt den politischen Kampf gegen die Oberen, ihre Verhältnisse, ihre Ideologien fort. Bloch unterstützt die Aufrufe gegen die Atomrüstung, beteiligt sich an Protesten der Außerparlamentarischen Opposition gegen die Notstandsgesetzgebung, gegen den amerikanischen Vietnamkrieg, tritt der Nichteinstellung sogenannter Radikaler in den öffentlichen Dienst entgegen, plädiert für die Streichung des § 218. 1964 erhält Bloch den Kulturpreis des DGB, 1967 den Friedenspreis des deutschen Buchhandels. Im hohen Alter schreibt und redigiert Bloch eine Fülle großer Werke. Seit 1961 erscheinen sie in schneller Reihenfolge. 1975 kommt „Experimentum mundi" heraus. Zwischen 1972 und 1974 hat Bloch daran gearbeitet.**

sein mag." (5) Konkrete Utopie basiert jedoch nicht auf einem flachen Optimismus, Bloch ist kein „Hoffnungsphilosoph" im platten Sinne des Wortes.
Blochs Optimismus ist ein „militanter", der die Sperren, Schranken, ja Gegenutopien des Geschichtsprozesses nicht überspringt, sondern sich ihnen stellt. Wie schon im „Geist der Utopie" die Dostojewskische Figur des Iwan Karamasow gewählt wird, um mit ihr das sinnlose Leiden in der Geschichte auszudrücken, so bildet das Problem des „Widersacherischen" in Blochs vorläufig letztem Werk „Experimentum mundi" das Zentralkapital: „Auf tausend Kriege kommen kaum zehn Revolutionen, so leicht gelingen alle Reichstagsbrände, so verblüffend können auch geglückte Revolutionen eines neuen Anfangs zum schlechten Alten degenerieren" (6). Die allzu optimistische Aufklärung begriff das Widersacherische nur als Mythologie, als Priesterbetrug. In ihrem Kampf gegen kirchliche Dogmen führte die Aufklärung den Atheismus herauf, hielt aber einen „sozusagen parallelen Asatanismus nicht für nötig", forderte das „Widersacherische im Diesseits ... nicht vor die Klinge des Begriffs" (7). Gegenüber dem Widersacherischen verfällt Bloch selbstverständlich nicht in einen kontemplativen Pessimismus, der sich in bequemer Trauer einkapselt. Dem Widersacherischen wird der Kampf angesagt. Dabei geht Bloch nicht von der frisch-fröhlichen Voraussetzung aus, der Mensch sei an sich gut, jener bloßen Umkehrung der Lehre von der Erbsünde: „Ob (die menschliche) Natur wesenhaft böse oder gut genannt werden kann, ist dem Marxismus eine zu festgemachte, selber verdinglichte Frage. ‚Der Mensch' ist ... seiner historisch-moralischen Bestimmtheit nach ein jeweiliges Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse ... Dem Marxismus gilt das Humanum als historisches Ziel, nicht als apriorisches Deduktionsprinzip; es ist das utopisch unvorhandene, nicht das ahistorisch Zugrundeliegende und Erzgewisse" (8). So regiert bei Bloch weder „verdinglichte Zuversicht" noch „verdinglichte Verzweiflung", denn der Kampf wird „ebenso abgedankt, wenn das Negative wie das Positive auch nur annähernd verabsolutiert wird" (9). Konkrete Utopie als geschichtlicher Vermittlungsprozeß auf dem Weg zum Sozialismus bestimmt das Verhältnis von objektivem und subjektivem Faktor ohne Vereinseitigung. „Der subjektive wie der objektive, müssen ... in ihrer beständigen dialektischen Wechselwirkung begriffen werden, in einer unteilbaren, unisolierbaren. Wobei gewiß auch der menschliche Aktionsteil vor Isolierung bewahrt sein muß, vor dem üblen putschistischen Aktivismus an sich, der lossaust und dessen zu subjektiver Faktor die objektiv-ökonomische Gesetzmäßigkeit überschlagen zu können glaubt. Doch nicht minder schädlich ist der sozialdemokratische Automatismus an sich, als Aberglaube an eine Welt, die von selber gut wird" (10). So sehr die geschichtlichen Bedingungen nicht übersprungen werden können, so wenig darf das Handlungspotential der Massen vom objektiven Faktor aufgezehrt werden: „Die theoretische Übersteigerung des objektiven Faktors und seines angeblichen Selbstlaufs beförderte eben den erwünschten praktischen Defätismus im subjektiven Faktor der Massen" (11). In der Konstellation von subjektivem und objektivem wird der subjektive Faktor, sofern die ökonomischen Voraussetzungen gegeben sind, zum bestimmenden Moment: „Der sprengende Faktor ist ... der subjektive Faktor des Proletariats" (12). Blochs materialistische Auffassung vom subjektiven Faktor hat ihm in der DDR den Vorwurf eingetragen, Vertreter der sogenannten Spontaneitätstheorie zu sein, ein Schreckwort, das bereits Rosa Luxemburg angeheftet wurde. Seit alters dient es der Parteibürokratie dazu, die Disziplinierung der Massen zu legitimieren.
Dreh- und Angelpunkt der Strategiediskussion und Strategiefindung in der Linken besonders nach dem Ende der Studentenbewegung ist das Verhältnis von Theorie und Praxis. Die Diskussion litt oft darunter, daß sie die Trennung von Theorie und Praxis dem bürgerlichen Denken entsprechend reproduziert. Theorie und Praxis werden alternativisch voneinander isoliert: Seminarmarxismus auf der einen, Aktionismus auf der anderen Seite. Marxistisch ist es anders: Indem Theorie und Praxis „beide wechselnd und wechselseitig ineinander schwingen, setzt die Praxis ebenso Theorie voraus, wie sie selber wieder neue Theorie zum Fortgang einer neuen Praxis entbindet und nötig hat" (13). Dabei gehen aber weder Theorie noch Praxis ins Blaue. Der Begriff der konkreten Utopie stellt hier die Weiche: „Marx ... betonte ja gerade die Wechselwirkung zwischen theoretischer und praktisch-realer Arbeit, indem er dem Theoretischen einen Verwirklichungsdrang zumaß, der unerfüllbares Postulat bliebe, entspräche ihm nicht auch in der Wirklichkeit ein Drang zu ihrer Selbsterhellung in adäquater Philosophie. Das beinhaltet, Theorie ohne wechselwirkenden Praxisbezug bleibt abstrakte Ideologie, wirksam nur als Rechtfertigung des schlecht Bestehenden ... Also wird das Theoretische nicht wirkungslos-gleichgültig, es muß sich aber mit realen Interessen vermitteln" (14). Um diesen Vermittlungsprozeß in Gang zu setzen, muß sich das gegebene Verhältnis von Sein und Bewußtsein verändern. Mittel hierzu ist eine Dialektik, die „Transformationskategorien" ausbildet. Das sind Kategorien der „Relation zwischen Daß und Was" (15), zwi-

**Ernst Bloch zum 90. Geburtstag: Es muß nicht immer Marmor sein**
*Erbschaft aus Ungleichzeitigkeit. Beiträge von: Detlef Horster, Thomas Leithäuser, Oskar Negt, Joachim Perels, Jürgen Peters*
*Politik 68. 96 Seiten DM 6.50*

**Politik**

**Johannes Agnoli**
**Überlegungen zum bürgerlichen Staat**
*Klassen und Staat in Deutschland. Der Staat des Kapitals. Parlamentarismus als Strategie?*
*Politik 46. 128 Seiten DM 6.50.*
Eins der wichtigsten Bücher für die APO war „Transformation der Demokratie" von Johannes Agnoli und Peter Brückner.
Das neue Buch von Agnoli ist eine Analyse der staatlichen Wirklichkeit im heutigen Kapitalismus: über den Staat als Unternehmer und Sozialkontrolleur.

**Walter Rodney**
**Afrika**
*Die Geschichte einer Unterentwicklung.*
*Politik 56. 240 Seiten DM 12.50*
Das umfassendste Buch über Afrika aus afrikanischer Sicht. Die Geschichte einer Zivilisation, die abgebrochen und dann als Ausplünderung fortgesetzt wurde.

**Cheung-Lieh Yu**
**Der Doppelcharakter des Sozialismus**
*Zur politischen Ökonomie der VR China. Teil 1: Die Revolution auf dem Lande.*
*Politik 60. 96 Seiten DM 5.50*
Bisher fehlte eine umfassende Darstellung der politischen Ökonomie Chinas seit 1949.
Cheung-L. Yu (in China aufgewachsen, in Berlin lehrend), schrieb sein materialreiches Buch aus der Erfahrung der chinesischen Geschichte und der europäischen Linken.

**Wagenbach**

**Nathan Weinstock**
**Das Ende Israels?**
*Nahostkonflikt und Geschichte des Zionismus.*
*Politik 61. 272 Seiten DM 13.50.*
Das erste Buch in deutscher Sprache, das die Ursprünge des jetzigen Konflikts zurückverfolgt und hundert Jahre Zionismus außerordentlich materialreich und lebendig darstellt.

schen Möglichkeit und Wirklichkeit. So wie das falsche Bewußtsein zur Konstitution des kapitalistischen Seins beiträgt, hat das richtige Bewußtsein, dem sich die Wirklichkeit entgegendrängt, aktivierende Kraft. Für Bloch steht darum die Frage, wie richtiges Bewußtsein zum Entstehen gebracht werden kann, im Zentrum. Sein „Materialismusproblem" beispielsweise ist nicht von ungefähr zu der Zeit geschrieben worden, in der die KPD mit der rationalistischen Erzeugung von Klassenbewußtsein gescheitert war. In diesem Buch geht Bloch in einer genauen Untersuchung dem Verhältnis von Sein und Bewußtsein nach. 1936, als das „Materialismusproblem" entstand, schrieb Bloch in der „Neuen Weltbühne" unter dem Titel „Sokrates und die Propaganda" einen Aufsatz, in dem die politischen Implikationen der Bestimmung von Sein und Bewußtsein hervortreten: „Daß aber das Wahre nur gesagt zu werden brauche, um unweigerlich zu wirken, dieser bare Idealismus war im materialistischen Lager jedenfalls ein Wunder... Gefühle sind Besonderheiten, die der Rotstift heilt, das Alogische im Menschen hat keinen anderen Rang als den, beschimpft oder mindestens wegkonstruiert zu werden. Die Gleichgültigkeit gegen das dumpfe Gefühl (worin so viele Opfer Hitlers stekken, geradezu hilfeschreiend stekken) ist bei Hegel genau so groß wie bei manchen Marxisten (die hierin gar keine sind, sondern schlechte Hegelinaner und Sokratiker)" (16).

Die Konzeption der rationalistischen Erzeugung von Klassenbewußtsein trennt Sein und Bewußtsein und trägt das vorgebliche Abbild der Wirklichkeit, wie es sich im Bewußtsein der sogenannten Avantgarde darstellt, mit Hilfe der Aufklärung ins Bewußtsein der Menschen. Ein Bewußtsein wird durch ein anderes erzeugt. Genau dieser Idealismus verfällt der Blochschen Kritik, ohne daß er dabei das Kind mit dem Bade ausschüttet: Zwar ist die Abbildlehre, deren Ursprünge wir bei Parmenides und der Stoa finden, in der Geschichte der Philosophie materialistischer als die Erzeugungslehre, deren Produkte aus dem menschlichen Kopf entspringen. Die Abbildlehre hatte jedoch die Tendenz ins immaterielle Gegenteil umzuschlagen: wie bei Platon, der die höchsten angeschauten Ideen am himmlischen Ort fand. Dagegen verwies die Erzeugungslehre noch innerhalb des Idealismus auf die menschliche Arbeit. Hegel gibt davon Zeugnis. „Das zeigt, daß die Erzeugungslehre, zum Unterschied von der bloßen Abbildlehre, am Ende nicht bei himmlischem Ort oder Gottesgarten landet, vielmehr umgekehrt wieder zum Materialismus führt, nämlich zu einem historischen, aber nur, indem Erzeugungs- und Abbildlehre nicht isoliert nebeneinander stehen, sondern indem die Erzeugungslehre in die Abbildlehre eindringt, wie letztere kraft dieses Eindringens zum Inbegriff einer Fortbildlehre sich erweitert" (17). Daß Bloch die Abbildlehre nicht dogmatisierte, sondern mit den Feuerbachthesen von Marx daran festhielt, daß die Wirklichkeit nicht nur unter dem Blickwinkel des Objekts gesehen werden könne, sondern gleichzeitig als menschlich-sinnliche Tätigkeit gefaßt werden müsse – genau dies wurde Bloch in der DDR zum Vorwurf gemacht. In dem 1957 auf Weisung der SED verfaßten Sammelband „Blochs Revision des Marxismus" heißt es: „Überbau ist grundsätzlich Widerspiegelung der Produktionsverhältnisse" (18). Bloch dagegen habe dem Überbau ein viel zu großes Gewicht gegeben. Wie die Gesellschaft aussieht, die sich mit Hilfe der Widerspiegelungstheorie legitimiert, läßt sich aus ihren Selbstzeugnissen entnehmen. In einem Schullehrbuch für die 11. und 12. Klasse in der DDR finden sich folgende Sätze: „Der Volkswirtschaftsplan widerspiegelt die von uns erkannten objektiven Erfordernisse für die planmäßige und proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft. Damit wird der Plan zur Grundlage für das bewußte Handeln der Bürger zum Nutzen der Republik... Ist der Plan dann beschlossen, ist die Kraft auf seine Verwirklichung zu konzentrieren" (19).

Gegenüber einer Auffassung in der sich die Partei und Staatsführung zum Träger des subjektiven Faktors aufwirft und die Rolle des Nürnberger Trichters spielt, der den Massen auf den Kopf gesetzt wird, entwickelt Bloch die Konzeption, daß vom Alltagsbewußtsein, von den unmittelbaren Interessen der Menschen auszugehen sei: Nur auf der Basis der unmittelbaren Interessen können die objektiven Interessen bewußt werden (20). Damit der Betroffene „zuhört, muß er von seiner eigen Lage her gepackt sein, und zwar zunächst von seiner Lage, wie sie sich ihm spiegelt. Erst dann hat das Weitere Aussicht, gehört und verstanden zu werden, erweckt es Vertrauen. Das aber gelingt nie von außen oder oben her, als überlegen nahendes Selberwissen. Von oben kommt man Fliegen bei, nicht Menschen" (21).

Sowenig sich der Sozialismus ohne die Aufnahme der unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen konstituieren kann, sowenig ist er eine Veranstaltung von Regierungssozialisten. Noch im ersten Weltkrieg macht Bloch Front gegen einen „Staatssozialismus ohne Freiheit und Menschenziele", einem „bloßen Staatspfaffentum": „Sozialismus ohne weitgehende Kontrolle von unten, ohne durchgängige, zwar regulierte, aber nicht dominierte Demokratie ist lediglich ein Preußentum ohne Privateigentum, also Staatssozialismus (mit Akzent mehr auf den Staat)" (22). Um den Rückfall des Sozialismus in die überkommenen Herrschaftsformen auszuschließen, insistiert Bloch darauf, an den bürgerlichen Menschenrechten ein sozialistisches Erbe anzutreten, sie im Sozialismus nicht verschwinden zu lassen, sondern ihren Intentionsgehalt auf der Basis ökonomischer Gleichheit überhaupt erst zu realisieren. Bloch steht ganz in der Linie Rosa Luxemburgs, deren Andenken er sein „Experimentum mundi" gewidmet hat. Den Hintergrund für seinen Versuch, liberale Freiheitsrechte zum Instrument von Selbstregierungsformen der Produzentenklassen werden zu lassen, bilden wesentlich die Erfahrungen mit dem Stalinismus, der das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft hatte, ohne die Arbeiterklasse aus gesellschaftlicher Unmündigkeit herauszuführen: „Ausbeutung verschwindet nicht bei sonstiger machtloser Freiheit" (23). Die Stufe der politischen Emanzipation, die vom revolutionären Bürgertum mit der Proklamation der Menschenrechte erkämpft ist, welche die politische Gestaltung des Gemeinwesens aus der Gewalt des absoluten Monarchen in die Hände des Volkes übergehen lassen, kann im Sozialismus nur bei Strafe seiner autoritären Deformation übersprungen werden. Gegenüber einer sozialistisch maskierten Staatsomnipotenz bleiben, wie Bloch in „Naturrecht und menschliche Würde" zeigt, die revolutionären bürgerlichen Freiheitsrechte „nützliche Instrumente", „gegen alle Verdinglichung von Machtmitteln, Kontrollosigkeit der Macht" (24). Die mit den Menschenrechten gesetzte Befreiung aus politischer Abhängigkeit erweitert sich im Sozialismus zur Substanz des gesamten gesellschaftlichen Lebensprozesses: „Freiheit ist Freiheit vom Beherrschtwerden durch andere Menschen, letzthin durch Verhältnisse, welche dieses Beherrschtwerden objektiv ermöglichen. Der Sozialismus aber intendiert bereits auf seinem Weg, indem er ein gelingender Weg ist, Aufhebung genau dieser Verhältnisse... Das unter dem Reich der Freiheit Gedachte hat sinngemäß nicht das Reich zum Inhalt, sondern eben die Freiheit" (25).

## An meine Freunde und Genossen

Meinen 90. Geburtstag am 8. Juli 1975 werde ich nicht in Tübingen verbringen. Jeden, der mir freundlicherweise eine Aufmerksamkeit erweisen möchte, bitte ich herzlich, statt dessen eine Spende an den Verein „Hilfe zur Selbsthilfe" (Betreuung von jungen Strafentlassenen) zu überweisen. Die Spenden können eingezahlt werden an Hilfe zur Selbsthilfe e.V., 741 Reutlingen 1, Jettenburger Str. 37, Konto Nr. 404235 bei Kreissparkasse Tübingen.

**ERNST BLOCH**

**Anmerkungen:**

* Zum ausführlichen Begründungszusammenhang des hier Gesagten vgl. die Beiträge der beiden Autoren in dem Sammelband zu Ernst Blochs 90. Geburtstag mit Beiträgen von Oskar Negt, Jürgen Peters, Thomas Leithäuser, Detlef Horster, Joachim Perels, der im Klaus Wagenbach Verlag erscheint.

(1) Das Prinzip Hoffnung, Gesamtausgabe Band 5, S. 241.
(2) Naturrecht und menschliche Würde, Gesamtausgabe Band 6, S. 201.
(3) Politische Messungen, Gesamtausgabe Band 11, S. 222.
(4) ebd.
(5) Das Prinzip Hoffnung, Gesamtausgabe Band 5, S. 1.
(6) Experimentum mundi, Gesamtausgabe Bnd 15, S. 237.
(7) ebd., S. 233.
(8) Naturrecht und menschliche Würde, Gesamtausgabe Band 6, S. 219.
(9) Atheismus im Christentum, Gesamtausgabe Band 14, S. 324/327.
(10) Das Prinzip Hoffnung, Gesamtausgabe Band 5, S. 168.
(11) Philosophische Aufsätze, Gesamtausgabe Band 10, S. 540.
(12) Das Materialismusproblem, Gesamtausgabe Band 7, S. 310.
(13) Das Prinzip Hoffnung, Gesamtausgabe Band 5, S. 315.
(14) Experimentum mundi, Gesamtausgabe Band 15, S. 65.
(15) ebd., S. 68.
(16) Vom Hasard zur Katastrophe, edition suhrkamp 534, S. 104.
(17) Experimentum mundi, Gesamtausgabe Band 15, S. 62.
(18) J. H. Horn (Hrsg.), Ernst Blochs Revision des Marxismus, Berlin 1957, S. 125.
(19) Autorenkollektiv, Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus, Nachdruck im Verlag Marxistische Blätter, Ffm 1972, S. 166.
(20) Vgl. dazu den Aufsatz von Oskar Negt in dieser Ausgabe von „links", S. 1 und 11 ff.
(21) Vom Hasard ..., S. 103.
(22) Politische Messungen, Gesamtausgabe Band 11, S. 26, 28, 34.
(23) Naturrecht und menschliche Würde, Gesamtausgabe Band 6, S. 309.
(24) ebd., S. 232.
(25) ebd., S. 258 f.

**Die Zeit fault und kreißt zugleich.
Der Zustand ist elend oder niederträchtig, der Weg heraus krumm.
Kein Zweifel aber, sein Ende wird nicht bürgerlich sein.**

(aus „Erbschaft dieser Zeit", 1932)

# Die neue und die alte Weltwirtschaftskrise

Aike Blechschmidt

## Was heute anders ist – Zweiter Teil

### Mehr Staat – mehr Krise

Die Wohlstandszunahme seit 1950 verstellte mit ihrer Warenfülle lange Zeit den Blick dafür, in welchem Ausmaß Raubbau an der Natur (an, um und in uns) getrieben wurde. Dadurch treten nun die Raubbaufolgen um so krisenhafter zutage, so daß auch die finanziellen Aufwendungen für Infrastruktur, Bildung und Alter, die sich als unabdingbar erweisen, stark steigen müssen. Teilweise der Natur der Ausgaben wegen (die Grundwasserversorgung eignet sich nun mal schlecht als direkt kapitalistisches Geschäft), teils wegen der Kostenabwälzungsmöglichkeit, die den privaten Unternehmen offensteht (wird beim Umweltschutz das „Verursacherprinzip" angewandt, so heißt das nur Preissteigerung), fallen diese Ausgaben vornehmlich dem Staat zu. Dessen Anteil an der Produktion muß folglich steigen (15).

Eine Ausdehnung der staatlichen Revenue ist für das Kapital natürlich immer ein Ärgernis. Sie muß aber bedrohlich werden, wenn dies in einer Periode notwendig ist, in der auch der Aufwand fürs konstante Kapital anteilmäßig steigt. Als Ausweg muß versucht werden, den Lohnanteil um so mehr zu kürzen. Dem dienen seit Jahren die einkommenspolitischen Versuche, die aber bisher in den meisten Ländern nicht erfolgreich waren. Nur in den USA gelang es m. W., die Lohnquote über einen Konjunkturzyklus hinweg zu senken (16).

Warum das sonst nicht klappte und warum das heißt, daß aus mehr Staat mehr Krise entstand, das sei kurz für die BRD nach 1970 skizziert:

### Von den inneren Reformen zur inneren Reservearmee

Finanziert wurde die Ausweitung der öffentlichen Ausgaben aus einer Steigerung der Massensteuern (Lohnsteuer und Verbrauchssteuer wie z. B. die Mineralölsteuer) und aus vermehrter Kreditaufnahme inflationärer Art. Trotz dieses fiskalisch-inflatorischen Zangengriffs gelang keine Einschränkung des Lohnfonds insgesamt. Dazu hatte nicht zuletzt die Verausgabung dieser vermehrten Staatseinnahmen selbst beigetragen. Denn indem mehr Staatsbedienstete eingestellt wurden, blieb die Arbeitskräfteknappheit im Konjunkturabschwung 1971/72 erhalten und damit die objektive Basis, um sich gegen eine weitere Aushöhlung der Löhne zu wehren. Die zunehmende Steuerbelastung, die sich mehr und mehr öffnende Schere zwischen Brutto- und Nettolöhne, also zwischen Lohnkosten und Kaufkraft, konnte eben nicht bzw. nur zum Teil zu Lasten der Nettolöhne durchgesetzt werden: die Bruttolohnquote (also die Kosten) stieg stärker an als die Nettolohnquote fiel; zwischen 1971 und 1974 sogar stärker als die Produktion.

Und solange der Staat durch vermehrt kreditfinanzierte Ausgaben selbst zu einer anhaltend guten Absatzlage der Unternehmen beitrug, förderte er auch die Überwälzung der höheren (Brutto-)Lohnkosten in die Preise. Steigende Inflation wiederum führte 1973 zu der Kette spontaner Streiks, wo es sehr wohl gelang, die inflationäre Aushöhlung der Löhne abzuwehren.

Mehr Inflation war so die Hauptform, in der der Widerspruch zwischen steigendem Einsatz an konstantem Kapital und steigender staatlicher Revenue bei anhaltender Teuerung des variablen Kapitals zum Ausdruck gelangte. Aus dieser Ausgangssituation ergab sich 1973/74 die wohl einmalige Konstellation, daß die nicht zuletzt wegen des Außenhandels notwendige Restriktionspolitik tatsächlich in Form einer Gewinndrosselung durchgesetzt wurde (17).

Das war der Preis, um zu einem neuen Anfang zu kommen: so wie die Verhältnisse lagen, konnte die notwendige Einschränkung des Lohnfonds eben nur in einer anhaltenden Arbeitslosigkeit realistisch versucht werden. Das dokumentiert sich heute darin, daß die rationalisierungsbedingte Freisetzung von Arbeitskräften durch den Druck auf die Gewinne verstärkt wurde und nun, selbst in einem neuen Aufschwung und auch bei mehr Staatsbediensteten eine Quote von 2 bis 3 Prozent Arbeitslosen bleiben wird.

Diese Entwicklung über einen erhöhten Staatsanteil zur verschärften Krise muß um eine wichtige Linie korrigiert werden: sie vollzog sich nicht gleichmäßig, sondern, infolge der Konzentration höchst ungleichmäßig.

### Die Kapitalkonzentration . . .(18)

verschafft den konzentrierten Kapitalen einen individuell erhöhten Akkumulationsspielraum, indem diese ihre Preise überdurchschnittlich stark anheben können. Das war der Fall im jüngsten Zyklus 1972–74 deshalb ganz besonders stark, weil dessen spezifischer Nachfrageboom – nämlich nach Grundstoffen und Produktionsmitteln – vornehmlich die hochkonzentrierten Märkte wie z. B. Chemie und Stahl betraf. So machten die Gewinne bei den konzentrierteren Teilen des BRD-Kapitals 1973 einen ca. dreimal so starken Sprung (nämlich um ca. 50 Prozent) wie die anderen. In anderen Ländern, vor allem in den USA, liegen die Verhältnisse ebenso. Die Vorgänge bei den Mineralölkonzernen sind zwar die gravierendsten Beispiele, aber sie stehen nicht allein (19).

Indem sich so die konzentrierten Kapitale den relativ steigenden Kapitalbedarf über die Preise besorgen, muß sich der Akkumulationsspielraum der übrigen um so mehr verengen, solange es nicht gelingt, den Lohnfonds oder die staatliche Revenue einzuschränken. Letzteres ist, wie ausgeführt, nicht bzw. nur in bescheidenem Ausmaß gelungen (bisherige Ausnahme: USA).

So trägt z. B. zweifellos die Textilindustrie einen Teil der Chemiefasergewinnzunahme aus ihren eigenen Profiten, was natürlich die Textilkrise vertieft. Und weil die Benzinpreiserhöhung vielen das Geld für einen Neuwagenkauf aus der Tasche zog, kam die Autoindustrie um so stärker ins Schleudern. Oder: die gegenwärtige verschlechterte Einkommenssituation der Bauern hat ihre Ursache sowohl in der Benzinpreiserhöhung als auch in der Preispolitik der Düngemittelkonzerne und der marktstarken Landmaschinenhersteller. Usw. usf. Mit anderen Worten: die (einseitige) Konzentration „verteilt" die Akkumulationsschwierigkeiten, sie . . .

### c) . . . verschafft der Krise ihr Profil

1. Der Krise geht ein starker Anstieg der Inflation voraus. Denn der von Zyklus zu Zyklus relativ steigende Kapitaleinsatz macht die Versuche, ihn über Preisanhebungen zu finanzieren, von Zyklus zu Zyklus dringlicher. Und die kontinuierlich bzw. progressiv zunehmende Konzentration des Kapitals macht diese Form der (scheinbaren) Finanzierung immer möglicher. Folglich mußte im jüngsten Boom, der in fast allen Ländern gleichzeitig abrollte und so global ausgezeichnete Absatzsituationen schuf, also die Preisanhebung zwecks Investitionsfinanzierung (scheinbar) optimal möglich machte, die Inflation einen ganz besonders großen Sprung nach vorn tun.

2. Die Krise entwickelte sich als „gespaltene" Konjunktur. Denn die wegen des geringeren Konzentrationsgrades marktschwächeren Kapitale können nur im Boom am Inflationskarussell teilnehmen. Nachdem die stärkste Nachfrageanspannung verflogen ist, werden bei ihnen die Preiserhöhungsspielräume am ehesten eingeschränkt, womit sie damit der Aussaugung durch die großen, konzentrierteren Kapitale preisgegeben sind. Wegen der diesmal besonders heftigen Inflation müssen sich folglich hier die Krisenmomente relativ früh und mit relativer Schärfe entwickeln. Diese Aufspaltung in die konzentrierteren und weniger konzentrierten Kapitale wurde durch die 1974 allgemein einsetzende bzw. verstärkte Kreditverknappungspolitik verstärkt, da die großen Kapitale auf den nur ihnen zugänglichen Euro-Dollar-Markt zurückgreifen konnten. Sollte daher die als Anti-Inflationspolitik konzipierte Kreditverknappung dennoch einen dämpfenden Effekt auf den allgemeinen Preisauftrieb haben, so mußten die weniger konzentrierten Kapitale um so stärker stranguliert werden, um netto einen Bremseffekt zu erzielen. D. h., daß die Anti-Inflationspolitik zugleich eine starke Konzentrationswelle auslöste.

3. Das geschah dadurch, daß der Nachfragerückgang am frühesten

bei (langlebigen) Konsumgütern einsetzte, während im Produktionsmittelsektor bis in den Abschwung hinein angespannte Nachfrageverhältnisse herrschen. Das folgt unmittelbar daraus, daß ja die Mittel, die über die Preisanhebungen abgeschöpft werden, zur Ausdehnung des konstanten Kapitals verwendet werden (das ist ja der Sinn der ganzen Angelegenheit), also verstärkte Nachfrage nach Produktionsmitteln (20). Die damit verbundene Aushöhlung der Massenkaufkraft (genauer: ihre Steigerung hielt sich in engen Grenzen; also eine relative, auf das Produktionswachstum bezogene Aushöhlung) wurde durch Steuererhöhungen verstärkt. Dienten letztere zuerst mehr zur Finanzierung des auszudehnenden Staatsanteils, so verwandelte sich ihre Funktion bei fortschreitender Inflation zu einer Notbremse gegen die Inflation, indem zwar die Steuerschraube weiter angezogen wurde, nicht in gleichem Ausmaß aber die Staatsausgaben ausgedehnt wurden. Da sich die Inflation auf die Schwelle zur galoppierenden Inflation zuzubewegen drohte, mußte eine Anti-Inflationspolitik getrieben werden (21), welche über die Drosselung des Konsumsektors lief. Dadurch entstand das ungewöhnliche Krisen-Erscheinungsbild, daß der Konsumsektor zuerst in die Krise schlitterte und der Produktionsmittelsektor erst mit Abstand folgte, während es sonst umgekehrt ist.

**LISTY–BLÄTTER**

Zeitschrift für Fragen des Sozialismus und der Demokratie in Ost- und Westeuropa

**Herausgeber:**

Gruppe Listy-Blätter e.V.

**Adresse der Redaktion:**

LISTY-BLÄTTER, 6 Frankfurt a.M. 1, Postfach 3602

Erscheint zweimonatlich, Abonnement 12 DM jährlich, Einzahlungen:

**Postscheckkonto Nr.: 294703–505 Köln**

4. Eine andere Ursache für die Konzentrationswelle liegt darin, daß die Geldpolitik wegen ihrer rigorosen Handhabung zum Zusammenbruch der spekulativen Zweige führen mußte. Dies betrifft vor allem den Bausektor, aber auch Teile der Rohstoffproduktion, welche ebenfalls spekulativ verzerrt wurden. Die inflationsbedingte Flucht ins „Betongold" wurde so ebenso abgebrochen wie die auf dem Hintergrund dieser Flucht inszenierte Bauspekulation (indem man auf weitere Betongold-Flüchtlinge baute, trieb man die Baupreise erneut in die Höhe, was die Beton-Geldanlage noch mehr vergoldete usw.

Der Zusammenbruch der Bauspekulation war aber nicht nur Nebenfolge der monetären Restriktionspolitik, sondern selbst erklärtes Ziel: denn die überdurchschnittlich steigenden Baupreise erhöhten den Preis für konstantes Kapital ebenso wie für die staatlichen Investitionen, welche ja vorwiegend aus Bauten bestehen. Von der Sicht des Gesamtkapitals aus ist die Baukrise nicht nur ein wegen der Wirksamkeit der Antiinflationspolitik unumgänglicher Schritt, sondern zugleich eine hocherfreuliche Ausdehnung der Akkumulationsmöglichkeiten des produktiven Bereiches.

5. Weltweit gesehen besteht ein Gefälle in der Konkurrenzfähigkeit der Nicht-US-Konzerne gegenüber den US-Konzernen (zu Gunsten der Letzten). Neben anderen Faktoren vor allem deswegen, weil die US-Konzerne infolge eines seit 25 Jahren betriebenen Kapitalexportes in den wichtigsten kapitalistischen Ländern eigene Produktionsstätten besitzen. Die Nicht-US-Konzerne sind in dieser Beziehung im Hintertreffen, d. h. bei ihnen wird nach wie vor ein relativ hoher Anteil als Ware in die ausländischen Absatzländer transportiert. Diese Warenströme sind natürlich störbar in Zeiten, in denen der Weltmarkt nicht mehr im alten Tempo weiter expandiert. Einzelne Zölle oder andere Handelsrestriktionen sind schnell beschlossen (23). Daher ist in den letzten Jahren ein beschleunigter Kapitalexport der Nicht-US-Kapitale festzustellen, und zwar nicht in Billiglohn-Länder (dahin geht der geringste Teil), sondern in die kapitalistischen Hauptmärkte selbst. Die (einseitige) Kapitalkonzentration im Weltmaßstab hat also einen beschleunigten Kapitalexport der Nicht-US-Konzerne zur Folge, der in der Krise anhält (22).

6. Wenn dieses globale Konkurrenzgefälle zwar einerseits mehr Inflation heißt, weil sich die Nicht-US-Konzerne die Mittel für den Kapitalexport vermehrt über Preiserhöhungen zu holen versuchen, so heißt das andererseits anhaltend gute Absatzbedingungen auf dem Weltmarkt für Produktionsmittel. Verstärkt durch einen Aufschwung in den sozialistischen Ländern und verlängert durch einen Investitionsboom in den Rohstoffgebieten (auch der 3. Welt) blieben so auf dem Weltmarkt die Realisierungsbedingungen in der gegenwärtigen Krise relativ gut: trotz der in wichtigen Ländern schrumpfenden Produktion expandiert der Welthandel real.

7. Da sich die Kapitalanlagesphären der nationalen Kapitale schon lange nicht mehr geografisch gegeneinander abgrenzbar sind, sondern sich vielmehr stark durchdringen (mit einem Übergewicht der US-Konzerne), haben heute Handelsrestriktionen nicht mehr das Gewicht wie in der Weltwirtschaftskrise 1929. Damals konnten sich die nationalen Kapitale tatsächlich durch Zollmauern – für einige Zeit – schützen. Dieser Effekt ist heute aufgeweicht, somit haben Handelsrestriktionen eher taktische Bedeutung in den Überlegungen der Regierungen. Es ist somit unwahrscheinlich, daß der Weltmarkt zusammenbricht. Die Krisenstrategen müssen ohne Zollmauern auskommen (23). Auch dies Erscheinungsform ist als Ausdruck des heutigen Grades und der spezifischen Formen globaler Kapitalkonzentration anzusehen.

8. Dieses wesentlich über die (einseitige) Konzentration vermittelte Krisenszenario werde nun speziell für die BRD als Aufspaltung zwischen dem bis tief in die Krise hinein prosperierenden Exportsektor einerseits und einem schon längst der Krise verfallenen Binnensektor andererseits manifest. Das kam wesentlich daher, daß die BRD überwiegend Produktionsmittel exportierte, somit in besonderem Maße von der durch die Weltinflation (vorübergehend) ermöglichten Ausdehnung des Akkumulationsspielraumes (= vermehrte Nachfrage nach Produktionsmitteln) profitierte. Diese Position wurde dann seit Mitte 1973 durch die Restriktionspolitik von Bundesregierung (seit dem Wechsel von Brandt/Schmidt) und Bundesbank ausgebaut, indem die Inflationsrate der BRD – damals (1972/73) im Mittelfeld der Weltinflation – ans Ende des internationalen Geleitzuges der Inflation zurückgebremst wurde (1974/75). Indem durch die damit beschleunigte Binnenkrise die Arbeitslosigkeit auf den mittleren Satz der in kapitalistischen Ländern üblichen Arbeitslosigkeit stieg und die Bereinigung der spekulativen Sektoren stattfand, wurden – im Rahmen der allgemeinen Krisenmisere – relativ günstige Voraussetzungen für einen erneuten BRD-Aufschwung geschaffen, in dessen Mittelpunkt die Ausdehnung der BRD-Akkumulation stehen muß. Ist mit der Verbesserung der Profitaussichten (nämlich für den Fall der Produktionsankurbelung), die mit dieser Politik erreicht wurde, eine im Rahmen des Möglichen adäquate Antwort auf die eigentlichen Krisenursachen gegeben worden, so ist keineswegs gewiß, daß diese Marschroute auch ans Ziel führt: wenn, wie seit November der Fall, die Exportaussichten sich im gleichen Tempo verschlechtern, weil einfach die weltweite Krise zu einer mengenmäßigen Einschränkung der Produktion und der Nachfrage geführt hat, gegen die auch eine noch so gute Konkurrenzfähigkeit nicht gewachsen ist, so wird ein Wiederaufleben der BRD trotz guter Profitaussichten unwahrscheinlich.

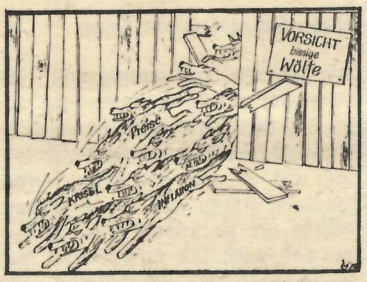
## Fassen wir zusammen:

Die eigentlichen Krisenursachen aus dem Bereich der Kapitalverwertung, nämlich

- steigender Aufwand für konstantes Kapital
- zunehmende staatliche Revenue
- bei relativ teuer bleibendem variablen Kapital

vermittelt über eine in mehrfacher Gleichlauf 1972–1974 und über die Unumlänglichkeit einer Anti-Inflatration, über den konjunkturellen Hinsicht einseitige Kapitalkonzentionspolitik ergeben das Erscheinungsbild der Krise 1974/75:

- gespaltener Verlauf zwischen konzentriertem und weniger konzentriertem Bereich, überlagert von
- frühzeitiger Krisenhaftigkeit im Konsumbereich bei anhaltender Prosperität im Produktionsmittelsektor aber scharfer Baukrise
- verstärktem Kapitalexport und anhaltender Weltmarktexpansion, d. h. insbesondere
- florierender Exportsektor in der BRD bei starker Krise deren Binnenwirtschaft.




So wie die Verhältnisse in der Akkumulation bis 1974 lagen, mußte sie eingeschränkt werden, mußte es zur Krise kommen. Bedingt durch die Kapitalkonzentration konnte diese Kurzatmigkeit der Akkumulation inflatorisch hinausgeschoben werden, – was aber nur das Profil der Krise ändern konnte, nicht diese selbst.

SCHLUSS FOLGT

## Anmerkungen

(15) Dieser Gesichtspunkt steht bei James O'Connor „Die Finanzkrise des Staates", Frankfurt 1974, im Mittelpunkt. O'Connor behandelt dabei die USA, wo in der Tat auch in den 60er Jahren der Trend zu einem größeren Staatsanteil (und zwar bei den sog. Sozialausgaben, was nicht mit mehr Wohlfahrtstaat gleichzusetzen ist!) von quantitativ größerem Gewicht gewesen zu sein scheint als die relative Zunahme des konstanten Kapitals. Bezüglich das letzteren gibt es Hinweise darauf, daß nach 1960 eine erneute Welle technisch bedingter Entwertung des konstanten Kapitals stattgefunden hat. Dabei ist aber – wie Christoph Deutschmann, „Der linke Keynesianismus", Frankfurt 1973, zu Recht betont – zu berücksichtigen, daß der Staat möglicherweise einen steigenden Anteil an konstantem Kapital in seine Regie nimmt; und zwar gerade die Teile, die (wie etwa heute die Eisenbahnen) wenig profitabel sind.

(16) Man muß zu diesem Zweck die unbereinigte Lohnquote nehmen, da es um den tatsächlichen Lohnfonds geht, den das Kapital zu bezahlen hat. Die Bereinigung um die relative Zunahme der Lohnabhängigen gegenüber den Selbständigen geht daran vorbei (diese Bereinigung dient dazu zu zeigen, welcher Anteil einer Lohnquotenveränderung auf veränderte Pro-Kopf-Löhne und welcher lediglich auf eine veränderte Pro-Kopf-Zahl zurückgeht).

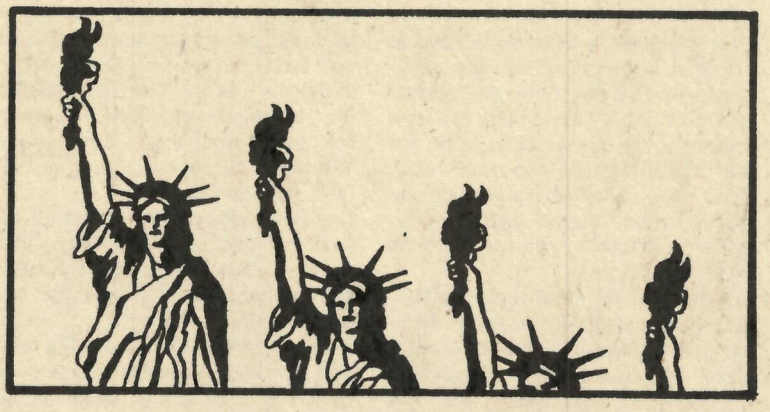
(17) Diese äußerst ungewöhnliche Politik lag allerdings paradoxerweise im Interesse des Gesamtkapitals der BRD. Denn das gebrauchswertmäßige Gegenstück zur (ursprünglichen, im 1. Halbjahr sich abzeichnenden) Gewinnzunahme, nämlich die gestiegene Produktionsmittelproduktion wir infolge des Exportsogs auf den Weltmarkt geworfen worden. So zeichneten sich Mitte 1973 extreme Preissteigerungen bei den BRD-Produktionsmitteln ab, d. h. die Gewinnzunahme von 1973 wäre inflationär verpufft, hätte also kaum zur realen Akkumulation beitragen können. Da das mit dem gewichtigen Nachteil verbunden gewesen wäre, mit einer höheren Inflationsrate dem kommenden Weltmarktabschwung ausgesetzt zu sein, war es – vom Gesamtkapital aus gesehen – sogar sinnvoll, die Gewinnsteigerung 1973 steuerlich zu bremsen. Das vollzog sich freilich höchst ungleichgewichtig, nämlich zu Ungunsten der kleinen und mittleren Kapitale.

(18) Kapitalkonzentration wird hier so gebraucht, daß damit der marxistische Begriff der Kapitalzentralisation mit umfaßt wird.

# Ökonomische und soziale Krise in den USA

Gerhard Armanski
Peter Schulze
Peter Tergeist

## Zweiter Teil und Schluß



Trotz der, verglichen mit westeuropäischen Ländern, unvergleichbar hohen Arbeitslosenrate und der Masse pauperisierter Minoritäten und weißer Unterschichten, die temporär oder permanent aus dem Produktionsprozeß herausgefallen sind, vermag man heute offensichtliche Krisenmomente im amerikanischen Alltagsleben nur schwer auszumachen. Die staatliche Bürokratie in den Arbeitslosenämtern und in den Wohlfahrtinstitutionen, die Coupons für Nahrungsmittel (foodstamps) ausgeben, ist effizienter geworden; die langen Schlangen von Arbeitssuchenden, die seit November 1974 die Erinnerung an die Weltwirtschaftskrise wieder aufkommen ließen, sind aus dem morgendlichen Stadtbild verschwunden (1).

Klammert man einmal die besondere Situation jener industriellen Ballungsgebiete und Städte aus, die wie Detroit, Flint etc. von einer Industriebranche abhängig sind und wo sich branchenspezifische und allgemeine Krisenprozesse treffen, so sind die Spuren der Krise – abgesehen von ihren potenzierten Erscheinungsformen in den Gettos – eher mittelbar zu erfahren, in 1) wachsender Kriminalität (+ 14 % im Jahre 1974), 2) stärkeren Fluktuationen im Handel und in kleineren Betrieben und 3) der nahezu unerträglichen Werbung, die in den Massenmedien durch „Preisstürze", „Sonderangebote" die Lager verringern und den Kaufterror steigern will.

Eine spezifische Form individuellen Protestes, oder besser von Selbsthilfe, kann man in den Wanderungsbewegungen arbeitsloser Industriearbeiter zwischen den Städten sehen. Diese Bewegung, die in ihrer Dimension noch nicht voll erfaßt werden konnte, erinnert zum Teil an die Migrationsbewegungen der 1930er Jahre. Waren es damals die Farmer aus Arkansas, Oklahoma etc., die vor den vernichtenden Staubstürmen nach Westen flüchteten, ihre Farmen aufgaben, und sich in Kalifornien dem Lohndiktat der Plantagenbesitzer beugen mußten, so handelt es sich heute um Industriearbeiter, die vagen Berichten über geringere Arbeitslosenraten vertrauend, von Stadt zu Stadt ziehen oder sich teilweise in Landarbeiter zurückverwandeln (2).

Sehen wir einmal von den spektakulären Aktionen solcher Minoritäten, wie den Puertoricanern, ab, die in New York durch Bombenattentate von sich hören ließen, oder von der Besetzung einer fotomechanischen Fabrik auf dem Territorium der Navajo-Indianer (2), so scheinen die gewerkschaftlichen Organisationen als objektive Interessenvertreter der Arbeiterklasse, so eng sie auch mit dem Kapital und Staat ab 1945 kooperierten, allein übrigzubleiben. In den urbanen schwarzen Gettos, die besonders schwer von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, finden sich nach dem Zusammenbruch der BPP (Black Panther Party) – sie führt heute ein sozialreformistisches Dasein in Oakland – kaum organisierte Widerstandsansätze. Die Initiative ist nahezu vollständig auf traditionelle Bürgerrechtsorganisationen übergegangen, wird von „welfare-civil-rights-Koalitionen" angeführt, oder Protestsymptome finden sich in akzeptierten, individualistischen Konsumzwängen, im Rauschgift/Alkoholismus und in der wachsenden Kriminalität.

Der Einfluß politischer Organisationen, die ihrem Selbstverständnis nach sich als sozialistische, kommunistische oder radikal-demokratische Sammlungsbewegungen mit sozialdemokratischen Tendenzen (wie z. B. die NAM, New American Movement) verstehen, ist gesamtgesellschaftlich unbedeutend. Wenn überhaupt, so haben sie im lokalen Bereich einigen Einfluß auf Bürgerinitiativen oder auf einzelne gewerkschaftliche Grundorganisationen. Die organisierte Linke in den USA ist über ein bloßes Zirkeldasein nicht hinausgelangt. Das gilt ausnahmslos für fast alle Gruppierungen und unterscheidet die Lage von der Weltwirtschaftskrise 1929–33. Waren zu Beginn der Krise 1929 die KPUSA und die Sozialistische Partei nahezu nicht mehr existent und die berufsständische Gewerkschaftsorganisation, die AFL, zerschlagen, so gelang es beiden Parteien, die anschwellende soziale Rebellion unter den Arbeitslosen organisatorisch zu wenden und zu einer politischen Kraft werden zu lassen, die nur durch den NEW DEAL und durch die Gründung der Industrie-Gewerkschaft, der CIO, kanalisiert werden konnte.

Den ersten schüchternen Ansatz, die vereinzelt vor sich hinarbeitenden politischen Organisationen auf ein politisches Aktionsprogramm

---

FORTSETZUNG VON SEITE 18

(19) Im Mineralölbereich kam zur konzentrationsbedingten Preissteigerung noch die der ölproduzierenden Länder hinzu. Daher, und auch der enormen Folgen für die Zirkulation des Geldes wegen, sprach die bürgerliche Welt sehr wohl von der „Öl-Krise", nicht dagegen von der „Stahl-" oder der „Chemie-Krise", obwohl die Stahl- und Chemie-Konzerne im Durchschnitt eine fast ebenso hohe Profitsteigerung einheimsten wie die Öl-Konzerne.

(20) Wegen des Kreditmechanismus ergibt sich keine Symmetrie. D. h. die Ausdehnung der Akkumulation über Preisanhebungen bei den einen wird nicht unmittelbar kompensiert durch Einschränkung der Akkumulation bei den anderen. Die preisgeschädigten Kapitale weichen, solange sie können, in Rationalisierungsinvestitionen aus und dies können sie solange, solange das von den Krediten her möglich ist.

(21) Galloppierende Inflation ist für das Kapital insofern funktionslos, als die Zeitspanne während der das einzelne Kapital Nutzen aus seiner individuellen Preiserhöhung zieht, bevor es selbst von anderen Kapitalen zur Ader gelassen wird, auf praktisch Null zusammenschmilzt. Und insofern ist eine galloppierende Inflation gefährlich, als die gesellschaftlichen Erschütterungen, die mit ihr einhergehen (Enteignung der Besitzer von Geldvermögen und der Bezieher von festem Geldeinkommen) revolutionäre Bewegungen stärken können. Gefährlich ist eine galloppierende Inflation auch deswegen, weil mit ihr vermutlich die internationale Zirkulation zusammenbrechen bzw. schrumpfen würde, was Rückwirkungen auf die Produktion gerade der BRD-Kapitale hätte; und weil eine solche Entwicklung den Anteil der spekulativen Produktion ausdehnt und somit – früher oder später – eine umfassende Bereinigungskrise dieser für die Akkumulation untauglichen Zweige stattzufinden hätte. Aus all diesen Gründen ist heute Unternehmern und natürlich erst recht den Regierungen eine Beschleunigung der Inflation hin zum galloppierenden Tempo äußerst unerwünscht. Eine Anti-Inflationspolitik zumindest vorübergehender Art ist vor allem deswegen heute schon notwendig – und wird mittlerweile auch von allen kapitalistischen Regierungen betrieben –, weil niemand genau von vorneherein bestimmen kann, bei welcher Preissteigerungsrate das Tempo emporschnellt. Wegen dieser Unsicherheit ist eine Inflationsbekämpfung schon dann nötig, bevor die Inflation südamerikanische Ausmaße angenommen hat.

Eine galloppierende Inflation kann jedoch zur ultima ratio, zum letzten Mittel, werden, wenn etwa die Verschuldung des Kapitals so hoch gestiegen ist, daß die dafür aufzuwenden Zinsen an die Gewinnsubstanz gehen und wenn die Herrschaftsverhältnisse durch Zulassen einer solchen galloppierenden Inflation nicht allzusehr in Frage gestellt werden (indem eine Spaltung erfolgt, z. B. dadurch, daß die Arbeiter der Kernsektoren einen inflationsberichtigten Lohn erzielen, die Verarmung also einseitig auf Bauern, Kleinhändlern und den bei den Kleinunternehmen beschäftigten Lohnabhängigen abgeladen wird). Das ist heute noch in keinem bedeutsamen kapitalistischen Land der Fall. Die hier vertretene These lautet also, daß heute die galloppierende Inflation dem Kapital mehr schadet als nützt.

(22) Es ist allerdings falsch, den Kapitalexport als Ursache der steigenden Arbeitslosigkeit (z. B. der BRD) anzusehen. Bis in die letzten Monate hinein glichen sich Kapitalex- und -import, aus. Obwohl durch den Kapitalimport weniger Arbeitsplätze geschaffen werden dürften als durch den Kapitalexport verloren gehen, liegen die quantitativen Verhältnisse so, daß hiervon keine nennenswerte Arbeitslosigkeit ausgehen dürfte. Wenn auch dem gestiegenen Lohnniveau große Bedeutung bezüglich der Akkumulationsschwierigkeiten beizumessen ist, so stellt offensichtlich die Kapitalexportstrategie (aus Lohngründen) die real am wenigsten praktizierte, verbal dafür um so lauthalser verkündete Strategie des Kapitals dar.

(23) Ein wichtiger Unterschied zur Situation 1929 besteht ja darin, daß die heutigen internationalen Kapitalverflechtungen die Form von Direktinvestitionen haben, während damals die Anleihe-Form und – mehr und mehr – der kurzfristige Bankkredit dominierte. Wenn nun z. B. Anleihen und (kurzfristige) Kredite der Mellon-Bank an das Ausland einen ebenso großen Umfang internationaler Kapitalverflechtung darstellten wie das Beteiligungs- und Tochtersystem des heutigen IBM-Konzers, so wohnt doch dem letzteren Kapitalverbindungsnetz ein sehr viel höheres Maß an Stabilität inne wie dem der Mellon-Bank. Daß IBM seine Niederlassungen im Ausland aufgibt, dazu muß eine Krise von größerem Ausmaß wie 1929 gegeben sein; oder revolutionäre Bewegungen müssen weit vorangeschritten sein. Dagegen genügt für die Kündigung von Bankkrediten oder für die Rückgabe von Anleihescheinen ein konjunktureller Rückschlag „normaler" Art: In den 20er Jahren pulsierte das Kapital internationalen Charakters im konjunktuellen Rhythmus, kontrahierte also in der Krise ebenso wie das nationale Kapital heute strömt es trotz oder sogar wegen der Krise auf den Weltmarkt und zwar in Form von produktiven Anlagen (Fabriken, Verteilungsnetze), während das nationale Kapital in der Krise wie eh und jeh kontrahiert.

zu vereinen, hat es Anfang März 1975 in Philadelphia gegeben. 60 Organisationen, die 58 Städte und 17 Staaten repräsentierten, bildeten eine Coalition of the Economic Crisis und suchten ihre praktischen Aktionen und programmatischen Forderungen aufeinander abzustimmen. Sie riefen zu Demonstrationen am Steuertag, dem 15. April 1975 vor öffentlichen Gebäuden auf und bekundeten, daß sie sich an den Vorbereitungen zu gewerkschaftlichen Demonstrationen, besonders zur nationalen AFL-CIO-Demonstration in Washington, am 26. April, beteiligen würden.

Wesentlicher, als die erst in den Anfängen steckende agitatorische und organisatorische Arbeit der sozialistischen Zirkel, deren Bedeutung wir für den Kampf auf lokaler und einzelbetrieblicher Ebene in einigen Städten nicht unterschätzen wollen, scheint uns aber die Bewegung, die in den Gewerkschaften durch die Depression ausgelöst wurde. Dabei gilt es, zwei Entwicklungen zu unterscheiden, die den einsetzenden Politisierungsprozeß der Gewerkschaften, der bislang seine mehr oder minder ungebrochene Artikulation in der Demokratischen Partei fand (seit der Roosevelt-Regierung und dem New Deal) bedingen aber auch gleichzeitig zu verhindern suchen.

Wir meinen die Konfliktebene Einzelgewerkschaften (jene, die besonders von der Krise strukturell betroffen sind) und Dachverband. Eingeschlossen in diesem Konfliktbereich sind die vorwärtstreibenden basisdemokratischen Kräfte in den einzelnen Gewerkschaften, die partiell mit spontanen Arbeitslosenorganisationen zusammenarbeiten und versuchen, Wiedereinstellungen zu erreichen oder weitere Entlassungen zu verhindern.

Die andere Ebene wird durch die Einflußnahme der Einzelgewerkschaften und des AFL-CIO Dachverbandes auf die Administration und auf den Kongreß vorgezeichnet. Daß die Aktivität in dieser Richtung verstärkt wurde und die AFL-CIO ein Aktionsprogramm „Put America back to work" im Januar 1975 vorstellte, dessen Forderungen partiell im Steuererstattungsgesetz des Kongresses realisiert wurden, ist aber nicht zuletzt auf den Druck der Basis, der „rank-and file-workers," zurückzuführen.

## Basisdemokratische Aktivitäten und Gewerkschaftsführung

Die spektakulären Demonstrationen der Automobilarbeiter in Washington, die mit der Parole „Wir wollen Arbeit" den Anfang der einzelgewerkschaftlichen Protestbewegung einleiteten, die mittlerweile sich in fast allen übrigen Staaten wiederholte( z. B. in Modesto, Sacramento, Los Angeles und Boston), ist auch auf solche Gewerkschaften übergesprungen, die als Kommunistenfresser wohlbekannt sind. So demonstrierten die reaktionären Bauarbeiter in New York mit ähnlichen Parolen. (4)

Selbst wenn die Parolen der demonstrierenden Arbeiter noch teilweise die Ablenkungsmanöver der Regierung und ihrer Massenmedien enthalten und die Arbeiter dadurch von der eigentlichen Richtung, die der Kampf zu nehmen hat, abgelenkt werden (5), so bedeutet allein die Tatsache, daß sie den abgehobenen Verhandlungen zwischen der Gewerkschaftsführung und den Unternehmern nicht mehr vertrauen, und lieber selbst für ihre Sache eintreten, daß diese Basisbewegungen das Verhältnis von Führung und Basis in den Gewerkschaften verändern werden. Beispiele für solche Entwicklungstendenzen finden sich in den Gewerkschaften, die besonders hart von der Krise betroffen worden sind, d. h. hohe Arbeitslosenziffern haben und bei denen sich die gewerkschaftlichen Arbeitslosenfonds zu leeren drohen.

Ein Beispiel für die Selbstorganisation von basisdemokratischen Kräften in den Gewerkschaften, die sowohl die einzelgewerkschaftliche Entscheidung beeinflußt hat als auch auf die kommunale Politik wirkte, findet sich in der Gewerkschaft der Staatsangestellten in New York. Die AFSCME (American Federation of State, County and Municipal Employees), genauer ihre Grundorganisation, das District Local 37, hat gegen die Vorschläge des Bürgermeisters von New York, über 16 000 Angestellte zu entlassen, um das Stadtbudget zu sanieren, eine Koalition mit anderen betroffenen lokalen Gewerkschaftsorganisationen initiiert. Diese Initiative richtete sich auch gegen die bereits zwischen Stadtverwaltung und Gewerkschaft getroffenen Vereinbarungen, daß zusätzlich die tariflich ausgehandelten Sozialleistungen gekürzt werden sollten. Nachdem 2000 Angestellte entlassen wurden und eine neue Runde von Entlassungen bevorstand, schlossen sich die einzelnen gewerkschaftlichen, progressiven Grundorganisationen auf kommunaler Ebene zu einer „Public Worker Coalition" zusammen und stellten eindeutige Forderungen an ihre Einzelgewerkschaft und an die Stadtverwaltung:

1. keine weiteren Entlassungen;
2. sofortige Wiedereinstellung der Entlassenen (überwiegend Puertoricaner und Schwarze) und 3. keine Aufgabe der erkämpften Sozialleistungen (kürzere Arbeitszeit im Sommer, Krankenversicherung).

An diese Forderungen waren politische Ziele angehängt, die z. B. eine Neubewertung des Bank- und Immobilienbesitzes in Manhattan verlangten (6).

Ähnliche Proteste und Formen spontaner, krisenbezogener Organisation finden sich besonders bei den staatlichen Lohnarbeitern. So konnte die Civil Service Employees Association zu einer Demonstration gegen Massenentlassungen im Staat New York aufrufen. Trotz des bestehenden Streikverbots für staatliche Lohnarbeiter forderten die versammelten 50 000 Angestellten einen sofortigen Streik, falls wieder Entlassungen vorgenommen würden (7).

Die Bewegungen an der Basis, so verzerrt und ökonomistisch ihre Forderungen auch im Einzelfall sein mögen, haben ihren Effekt auf die gewerkschaftliche Führung nicht verfehlt. Die erwähnten einzelgewerkschaftlichen Demonstrationen sind Ausdruck einer neuen Militanz, die anzeigt, daß die propagierte soziale Harmonie, die sich in flexiblen Strategien bis Ende der 1960er Jahre äußerte, heute keine materielle Basis mehr hat und ihre bindende Funktion gegenüber den rank-and-file Arbeitern verloren hat.

Vergegenwärtigt man sich, daß ab 1965 der Reallohn der amerikanischen Arbeiter ständig sank, erst unmittelbar nach dem offenen Kriegsende in Vietnam 1971 wieder anstieg, um sofort danach zu stagnieren bzw. wieder zu fallen, so kommt diese Entwicklung nicht überraschend; sie konnte eher früher erwartet werden. Die materielle Basis der Kooperation zwischen bürokratischer Gewerkschaftsführung und Kapital, die den Lohn einerseits an der Produktivitätsentwicklung orientierte und von den Gewerkschaften das Einverständnis zu widerstandslosen Entlassungen abverlangte, ist im Zuge der bedrängten US-Position auf dem Weltmarkt und durch die inflationäre Entwicklung in den USA im Verlauf des Vietnamkrieges zerbrochen (8).

## Das Aktionsprogramm der AFL-CIO vom Januar 1975

Sinkende Reallöhne, zunehmende Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit, Lohnkürzungen im Gefolge der Krise (9), bei gleichzeitiger Inflation, haben nicht nur die Kooperationsbasis zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern zerbrechen lassen. Die Schiedsrichterrolle des Staates in den Arbeitskämpfen und die negativen Erfahrungen der Gewerkschaften unter Nixons „wage freeze" (Einfrieren der Löhne und Preise) haben die Auseinanderentwicklung der beiden Akteure beschleunigt. Als die Ford-Regierung dann noch dazu überging, die Augen vor dem Doppelproblem steigender Arbeitslosigkeit und galoppierender Inflation zu schließen und eine bewußt kalkulierte hohe Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen, um den „1. Staatsfeind, die Inflation" zu bekämpfen, mußte es selbst gestandenen Konservativen wie dem Gewerkschaftsvorsitzenden G. Meany zu bunt werden. Das Maß schien dann vollends voll, als Ford im Janaur 1975 mit einer Erhöhung der Benzinpreise liebäugelte, die Eigenbeiträge der Wohlfahrtsempfänger zum Kauf von Nahrungsmittelcoupons erhöhen wollte und die Automatik zwischen der Entwicklung des Index der Lebenshaltungskosten und der Sozialrenten aufzulösen beabsichtigte. Bei einer Inflationsrate von ca. 7 % in den ersten Monaten des Jahres 1975 (1974 über 12 %) suchte er die Dynamik der Sozial- und Lebensversicherungsleistungen auf 5 % festzuschreiben. Die AFL-CIO lehnte diese Maßnahmen ebenso ab wie die vorgeschlagene Steuerreduzierung, die in erster Linie die gehobenen Einkommen berücksichtigte hätte.

Der gewerkschaftliche Gegenvorschlag, gebündelt im Programm des „Amerika wieder zur Arbeit verhelfen" wurde dann auch weitgehend vom demokratisch dominierten Congress angenommen. Gleichberechtigt neben dem Steuerprogramm stehen Forderungen an die Regierung, ein konzentriertes Arbeitsbeschaffungsprogramm zu initiieren, um der sozialen Sprengkraft der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. So stand die AFL-CIO maßgebend hinter dem im Dezember 1974 beschlossenen Public Service Employments Program und fordert ein kurzfristiges Sommer-Programm, um der anschwellenden Jugendarbeitslosigkeit, die um die Arbeit suchenden Collegestudenten (3—4 Millionen) noch verschärft werden würde, zu begegnen.

Diese Maßnahmen, Vorschläge, die teilweise schon über die gesetzgebenden Instanzen realisiert oder eingeleitet wurden, sind von Einzelgewerkschaften durch punktuelle Massendemonstrationen flankiert worden. Diese Demonstrationen, die einerseits den nötigen Nachdruck hinter die gewerkschaftlichen Forderungen legen und deren Kampfbereitschaft gegen Regierung und Unternehmen demonstrieren sollen, haben auch gleichzeitig die Funktion, kanalisierend und pazifizierend auf die Revolte in den Gewerkschaften einzuwirken. Die Demonstrationen haben somit einen eindeutigen Warncharakter, suchen aber auch der Basis die kämpferische Kraft zu nehmen und diese wieder auf die traditionellen Mittel der gewerkschaftlichen Einflußnahme auf Parteien, Kongreß und Regierung zu fixieren. Die widersprüchliche Lage,

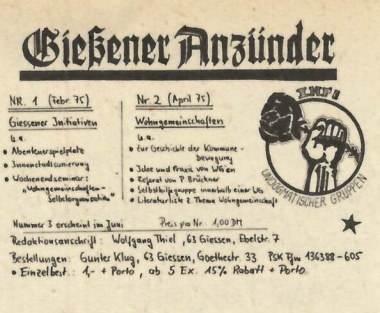

**offensiv links** *)

Es handelt sich hier um Berichte, die vom Leser handeln - denn er ist der Handelnde - oder er wird gehandelt wie ein Stück "objektive" Nachricht - im Betrieb und in der Ausbildung, in den Kampfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung schafft er seinen eigenen Bericht - und davon handelt diese Zeitung.

Erscheint 10-12mal im Jahr, Abo 6S 5o, DM 1o.

Bestellungen an den Vertrieb in: A-1040 Wien, Belvederegasse 10.

*) In Zeiten der Sozialpartnerschaft: ...das Kleingedruckte lesen!

der lange marsch
zeitung für eine neue linke
Nr.17 (Juni/Juli 75)

"Der deutsche Maoismus-kein Schritt vorwärts,zwei nach rechts!"
"Portugal-das Volk lernt im Kampf"
"Spanien-die Uhr läuft ab"
Kritik der Thesen des SB
GEW-Berlin:Ergebnisse der Neuwahlen
"Strategie eines betrieblichen Abwehrkampfes"
Redebeitrag der HAW(Homosexuelle Aktion Westberlin)
"Was ist Klassenbewußtsein"-Lucács Rezeption
"Vietnam-kontrovers"

REDAKTION:LM c/o Buchladen Commune 1-B-45,Unter den Eichen 84d,ABO: 6 Ausgaben plus Versandkosten=10,80 Vorauszahlung:PSch-Kto.Nr.4020 94-104,D.Schütte,PSch A.:Bln.-W, VERTRIEB:an Wiederverkäufer in der BRD=Maulwurf
PREIS:BRD=1,20 DM, Bln=1,00 DM

in die die Gewerkschaften gezwängt sind, einerseits objektiv auf die Bedürfnisse der Basis achten und Rücksicht nehmen zu müssen, um die Legitimation nicht zu verlieren (die vordem in ausgehandelten Lohnsteigerungen sich ausdrückte), aber andererseits ihre Funktion als Ort und Mittel des Klassenkompromisses zu erfüllen, äußert sich in der scheinbar widerspruchsvollen Praxis von Militanz und Abwiegelung.

Die Auswirkung der Krise und ihrer Folgen auf die einzelnen Gewerkschaften ist unterschiedlich und bestimmt auch den Grad des Basisdrucks, d. h. letztlich den Grad einer potentiellen Konfrontationspolitik.

Während die Automobil- und Stahlarbeiter noch auf mindestens ein Jahr laufende Tarifverträge zurückgreifen können, die Bergarbeiter gerade die strategisch günstige Position im Herbst 1974 zu günstigen Tarifverträgen ausnutzen konnten, trifft die Krise die schwachen Gewerkschaften im Dienstleistungs- und Handelsbereich äußerst hart. Der traditionell geringe Organisationsgrad der Arbeiter und Angestellten im „Wettbewerbssektor" (O Connor) und die ungeheure Masse von Arbeitslosen und Pauperisierten, die auf die Löhne drücken, haben hier die Verhandlungsbasis der Gewerkschaften ausgehöhlt.

Besonders hart wurde auch die Organisationskampagne der UFW (United Farm Workers) betroffen. Massen von arbeitslosen Bauarbeitern des Südens sind z. B. vor den saisonalen Migrationsbewegungen der Farmarbeiter in die Citrusplantagen Floridas eingedrungen und haben das Reservoir an Arbeitskräften vergrößert, so daß die UFW in Schwierigkeiten geraten sind, mit den Growers (Plantagenbesitzern, Agrobusiness) Tarifverträge abzuschließen. Diese Situation ist auch von solchen Giganten des Agrobusiness wie Coca Cola und Interharvester ausgenutzt worden. Sie haben die ausgelaufenen Tarifverträge mit den Landarbeitern nicht verlängert. Hier deuten sich praktisch Entwicklungen an, wie sie im 20monatigen Abwehrkampf der UFW gegen das Agrobusiness in Kalifornien (den Weingüterbesitzern Gallo, Franzia etc.) schon eine Rolle spielten. In Kalifornien stehen die UFW in einem erbitterten Abwehrkampf gegen die Growers, die billige Arbeitskräfte aus der Masse illegal eingewanderter Mexikaner als Streikbrecher (scabs) einsetzen und die mit der nicht in der AFL-CIO organisierten Teamster-Union (Gewerkschaft der Lastkraftwagenfahrer) Arbeitskontrakte abgeschlossen haben. Während in Florida die Organisierungskampagne durch die Krisenfolgen erst einmal zum Erliegen kam und die UFW in den Teamsters das Haupthindernis weiterer gewerkschaftlicher Aufbaupolitik sieht, spitzt sich in Kalifornien der Kampf zwischen den Growers und der UFW immer mehr zu.

Im Februar 1975 rief die UFW zu einem Marsch auf das Gallo-Imperium im Joaquin Tal auf und 15 000 Landarbeiter demonstrierten in Modesto. Gleichzeitig verstärkt die Gewerkschaft die sekundären Boykottmaßnahmen gegen Kaufhäuser und Spirituosenverkaufstätten, die bestreikte Produkte führen. Die Antwort des Agrobusiness blieb nicht aus. Ganzseitige Anzeigen erschienen in der überregionalen Presse, die von übertariflichen Löhnen in den Gallobetrieben sprachen und eine gezielte Kampagne wurde eingeleitet, um den sekundären Boykott durch gerichtliche Beschlüsse zu brechen.

Die Alternativen zeigen sich wohl bei dieser Auseinandersetzung so klar wie nirgendwo in den Arbeiterkämpfen: entweder wird die Anerkennung der Gewerkschaft als alleinige Tarifpartei im Kampf erzwungen und die Ausbeutung der Chicanos (mexikanische Landarbeiter) auf das herrschende Normalmaß reduziert, oder die UFW wird zerschlagen und damit der Anachronismus perpetuiert, daß Landarbeiter nicht unter das Koalitionsgebot fallen (11).

## Die Schwäche der amerikanischen Arbeiterbewegung

Der Widerstand der amerikanischen Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen nimmt zu. Trotzdem hat die Bourgeoisie das Heft in der Hand und schickt sich an, um den Preis ungeheurer Ausbeutung und Verelendung den amerikanischen Kapitalismus zu stabilisieren. Die Ursachen für die Schwäche des Proletariats können hier nur angedeutet werden: Vordergründig gilt auch für die USA, daß die beinahe 20-jährige Prosperitätsphase und der damit verbundene, nahezu automatische Lohnanstieg eine depolitisierende Auswirkung auf die amerikanischen Arbeiter hatte. Diese wird verstärkt durch die starke Zersplitterung der Klasse, besonders durch die Spaltung zwischen Farbigen und Weißen und die damit verbundene Konkurrenzangst. Ähnlich spaltend wirkt auch das „seniority-system", welches den Arbeitern mit wachsender Betriebszugehörigkeit wichtige Privilegien sichert. Die Gewerkschaften spielen zusätzlich die Arbeiter gegeneinander aus. Das gilt etwa für die „closed shops"-Betriebe, in denen die Gewerkschaft das Einstellungsmonopol hat. Darüberhinaus sind die Gewerkschaften reine „business unions" ohne politische Perspektive.

Über eine eigene, an ihre Ziele gebundene, politische Kraft verfügt die Arbeiterklasse nicht, was die Wirkungen der angedeuteten Atomisierungsmomente noch befördert. Diese Tatsache hängt mit der Verlaufsform der ursprünglichen Kapitalakkumulation in den USA zusammen. Die Einwanderer kamen in Schüben, womit eine ständige Umwälzung und Hierarchisierung des amerikanischen Proletariats verbunden war. Ferner bestanden bis 1880 die „open frontiers", die vielen Arbeitern die Perspektive offen hielten, Siedler zu werden, sich also nicht mit ihrer Existenz als Proletarier abzufinden. Nicht zu unterschätzen ist auch die Bedeutung der brutalen Repression durch die amerikanische Bourgeoisie für die heutige Schwäche der dortigen Arbeiterbewegung. Dieser Klassenkampf von oben war derart blutig und gewaltsam, wie ihn die Geschichte in keiner anderen kapitalistischen Nation kennt.

Die aktuell stattfindenden sozialen Kämpfe sind von sehr unterschiedlicher Intensität, haben verschiedene Ursachen, Kampfziele und -formen. Sie spiegeln die tiefwurzelnde Zerissenheit der amerikanischen Arbeiterklasse wider, deren Überwindung als historische Aufgabe noch vor den revolutionären Kräften in den USA steht.

### Anmerkungen:

(1) Diese Oberflächenmanikure ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die anfänglichen Entlassungen von staatlichen Angestellten im Sozialsektor eingestellt wurden. Die Arbeitslosen sind von der Straße hinwegeskamotiert worden, weil das Wiedererstehen von Selbsthilfeorganisationen, die in der Weltwirtschaftskrise die erste Form proletarischen Protestes ausmachten.

(2) Nach dem Guardian, 26. 3. 1975, S. 3, betrug die Zahl derjenigen, die sich in den ersten drei Monaten des Jahres an staatliche Hilfsstellen wandten ca. 40 000. Die Dunkelziffer liegt natürlich viel höher.

(3) Die Fairshield-Fabrik auf der Navajo-Reservation wurde von der AIM (American Indian Movement) besetzt, als die Unternehmensleitung 120 indianische Arbeiter entlassen wollte.

(4) Jene 10 000 Bauarbeiter, die in New York für Arbeitsplätze auf die Straße gingen, bringen wohl am deutlichsten die politisch-ideologische Zerrissenheit der amerikanischen Arbeiterbewegung zum Ausdruck, wenn sie einerseits für jobs demonstrierten, aber andererseits diese Forderung mit rassistischen Äußerungen gegen Puertoricaner verbanden, denen sie unterstellten, daß sie ihnen die Arbeitsplätze streitig machten.

(5) Die offizielle Erklärung für die Wirtschaftskrise wird von der gewerkschaftlichen Führung und der Regierung in der Energiekrise („dem Ölkartell") gesucht. Ferner mischen sich nationalistisch-protektionistische Elemente in die politischen Forderungen, daß z. B. der Konkurrrenzkampf mit den europäischen Ländern sowie die amerikanischen Direktinvestitionen „Arbeitsplätze vernichten oder exportieren". Importbeschränkungen, Besteuerung der Direktinvestitionen von Multinationalen Korporationen im Ausland, eine „Kauft amerikanische Produkte"-Welle und spezifische, rassistische Parolen gegen Chicanos, Puertoricaner sind Bestandteil fast aller Demonstrationen und zeigen die bestehende Greifkraft der herrschenden Ideologien.

(6) Guardian, 26. 3. 75, S. 6; Guardian, 2. 4. 75, S. 5.

(7) Daß solche Bewegungen nicht nur auf dem staatlichen Sektor beschränkt sind, sondern ebenfalls in Bereichen sich ereignen, die als besonders gesichert erschienen, zeigen Beispiele in der Stahlindustrie. Das sechsjährige Abkommen zwischen den Gewerkschaftenn und der Stahlindustrie auf Streiks zu verzichten und die Löhne an die Produktivitätsentwicklung automatisch anzupassen, hat zu Entlassungen geführt, die von den betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen durch Streiks beantwortet wurden. In Cambell/Ohio in der Youngstown Sheet and Tube, streikten über 2000 Stahlarbeiter in Solidarität gegen die Entlassung von 8 Arbeitern.

(8) The Militant, 6. 4. 73, S. 10; James O'Connor, Die Finanzkrise des Staates, stw, Frankfurt, 1974, Kapitel 6.

(9) Mit dem Slogan „share the misery" (die Not verteilen), haben Unternehmer und reaktionäre Gewerkschaften versucht, in den letzten Monaten Lohnkürzungen, Arbeitszeitverkürzungen durchzustehen und anstehende Lohnerhöhungen abzublocken. Z. B. stimmten die Bauarbeiter in Chicago einer 10prozentigen Lohnsenkung zu, ebenso die Lastwagenfahrer in Michigan einer 20prozentigen Lohnkürzung.

(10) Diese Funktion erfüllt auch die zentral von der AFL-CIO für den 26. April 75 in Washington, D.C., durchgeführte Massendemonstration, an der sich mehr als 50 000 Arbeiter aus den großen Industriegewerkschaften beteiligten. Sie sollte der Administration signalisieren, daß die symbolische Zahl um einige Stellen erweitert werden könnte, falls die Arbeitsplatzbeschaffungs-Programme nicht bald verwirklicht werden.

(11) Diese Regelung geht auf die in der Phase des New Deal getroffene Regelung zurück, das aus dem Gebot zum collective bargaining in ILRA (National Labor Relations Act) von 1933, Section 7 (a) und im Wagner Act von 1937 die Organisationsmöglichkeit der Landarbeiter ausgenommen wurde.

# Die neue internationale Arbeitsteilung von Lomé

Eva Senghaas-Knobloch

## „Ein gewisser revolutionärer Charakter"

### Rhetorik

Anfang August werden noch vor der Ratifizierung Teile des Abkommens von Lomé in Kraft treten. Als am 28. Februar 1975 dieses Vertragswerk in der Hauptstadt Togos von den Vertretern der 46 beteiligten afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten sowie der 9 Länder der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet wurde, kam allseitige Zufriedenheit zum Ausdruck. Der Sprecher der AKP-Staaten, Babacar Ba, Wirtschafts- und Finanzminister des Senegal, hatte schon direkt nach Abschluß der 1½jährigen Verhandlungen das Resultat folgenderweise charakterisiert:

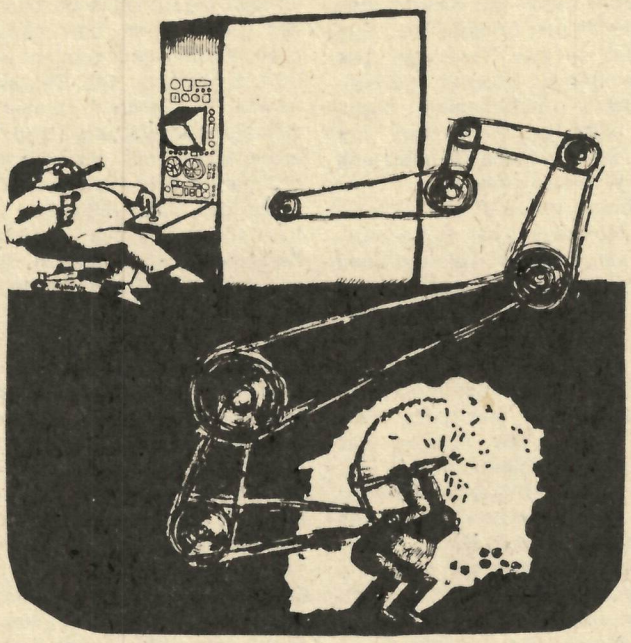
„Wir haben soeben einen neuen Typ von Beziehung zwischen unterentwickelten Ländern ins Leben gerufen. Ich halte das für sehr wichtig. Nach meiner Ansicht hat die Zusammenarbeit, die wir im Begriff sind mit Europa zu etablieren, einen gewissen revolutionären Charakter, in dem Sinn, daß zwischen uns und dem entwickelten europäischen Kontinent alle unsere Beziehungen in ein neues Muster fallen werden." (Courier, Brüssel, Nr. 31, 1975.)

François-Xavier Ortoli, Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft fand in Lomé ähnliche Worte:

„Das Geschehen, an dem wir heute teilhaben, konstituiert einen Hauptwendepunkt in der Geschichte der internationalen ökonomischen Beziehungen während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, tatsächlich in der Geschichte selbst. ... Das Zustandekommen des Lomé-Abkommens beweist, es ist möglich, möglich, weil wir den Willen, die Phantasie und – ich möchte sagen – den Mut hatten, die schwierige Geburt einer neuen Weltordnung durch Kooperation statt Konfrontation zu sichern". (Courier, Brüssel, Nr. 31, 1975). Was sind das für Regelungen, denen solche Auszeichnungen verliehen werden und von welchen Interessen werden sie getragen?

### Hauptpunkte des Abkommens

Die Aufspaltung der schwarzafrikanischen Länder in verschiedene Gruppen mit je besonderen Assoziations- und Handelsabkommen mit der EG ist von einer einheitlichen Verhandlungsführung mit allen selbständigen Ländern Tropisch Afrikas und den Commonwealthländern in der Karibik und dem Pazifik abgelöst worden. Diese Ausdehnung und Vereinheitlichung der Verhandlungen wurde durch den Beitritt Englands zur



EG veranlaßt. Während der Beitrittsverhandlungen war England zugesichert worden, daß bis Mitte 1975 neue gemeinschaftliche Regelungen für seinen Handel mit Commonwealthentwicklungsländern gefunden werden sollten. Dabei wurden die asiatischen Länder ausgeklammert. Zum einen wäre ihre Einbeziehung in das allgemeine Abkommen zu teuer geworden – den Altassoziierten war die Bewahrung alter Ansprüche, den neuen Anwärtern gleiche Behandlung zugestanden worden. Zum anderen hätte die sehr unterschiedliche politische und ökonomische Situation dieser Länder im Vergleich mit den AKP-Staaten, u. a. die viel stärkere Durchdringung mit US-amerikanischem und japanischem Kapital große Schwierigkeiten aufgeworfen. Das Interesse der Bundesrepublik, Hollands und Englands an einer allgemeinen handelspolitischen Sonderstellung für alle unterentwickelten Länder, und damit besonders für die, in denen eigene Kapitalinteresse verankert sind (lateinamerikanische und asiatische Länder), hat sich inzwischen in die allgemeine Präferenzregelung der EG für gewerbliche Produkte aller nichteuropäischen Entwicklungsländer umgesetzt. Die Sonderregelungen für die AKP-Länder sind sehr viel umfassender:

1. Zollbarrieren der Gemeinschaft gegenüber den Erzeugnissen der AKP-Länder werden völlig abgebaut. Das gilt auch für den größten Teil der unter die Gemeinsame Agrarmarktordnung fallenden Produkte (also Produkte, die mit den Erzeugnissen der unterentwickelten Länder konkurrieren). Für den verbleibenden Rest sollen günstigere Bedingungen eingeräumt werden als sie für Drittländer gelten. Im Unterschied zu der oben genannten allgemeinen Präferenzregelung gelten für die AKP-Länder keine Mengenbeschränkungen. Sonstige nichttarifäre Beschränkungen sollen abgebaut werden. Die AKP-Länder müssen den EG-Ländern keinerlei entsprechende Gegenvergünstigungen gewähren, dürfen sie jedoch untereinander und gegenüber Dritten nicht diskriminieren.
2. Für eine Reihe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Erdnuß-, Kakao-, Kaffee-, Baumwoll-, Kokosnuß- und Palmprodukte, Felle, Hölzer, Bananen, Tee, Sisal und außerdem für Eisenerz wird ein Ausgleichsmechanismus zur Stabilisierung der Exporterlöse eingerichtet, dessen Regelungen sehr großzügig, dessen finanzielle Ausstattung allerdings überaus dürftig erscheinen (er entspricht einer 4prozentigen Garantie auf das Gesamtexportvolumen). Zinslose Kredite können von jedem AKP-Land beantragt werden, dessen Exporterlöse mindestens zu 7,5 Prozent (teilweise auch weniger) von einem der genannten Exportprodukte abhängen, sofern ein bestimmtes Niveau der Exporterlöse für das entsprechende Produkt wiederum um 7,5 Prozent (in Ausnahmefällen auch weniger) unterschritten wird. Die am wenigsten entwickelten Länder müssen diese Kredite auch bei einem Wiederansteigen der Exporterlöse nicht zurückzahlen. Für Zucker wurde ein besonderes Protokoll unterzeichnet, das Liefer- und Abnahmeverpflichtungen sowie Preissubventionen ähnlich denen für EG-Zuckerrüben vorsieht.
3. Zur finanziellen und technischen Entwicklungshilfe werden 2,1 Milliarden Rechnungseinheiten (1 RE = etwa 3,6 DM) in Form von Zuschüssen, 430 Millionen RE als spezielle Kredite und 95 Millionen RE in Form von haftendem Kapital ausgegeben. Hinzu kommen 375 Millionen RE für den Fonds zur Exportstabilisierung. Das ist allerdings weniger als die Hälfte der von den AKP-Staaten geforderten 8 Milliarden RE (für den Zeitraum von 5 Jahren). In den entsprechenden Vergabeinstitutionen ist die Mitsprache und Mitverwaltung der AKP-Länder größer geworden, wenngleich nach wie vor das Letztentscheidungsrecht bei dem EG-Ausschuß des Europäischen Entwicklungsfonds verbleibt.
4. Die industrielle Zusammenarbeit, der ein eigenes Vertragskapitel gewidmet ist, soll durch ein Zentrum für industrielle Entwicklung (das wiederum von einem Ausschuß für industrielle Zusammenarbeit kontrolliert wird) gefördert werden. Statt eines Protokolls über Technologietransfers konnten die AKP-Staaten selbstverständlich nur die Einrichtung nötiger Kommunikationsstrukturen durchsetzen, die den Kauf von Technologie erleichtern sollen, sei es in Form von Lizenzen, Patenten, ganzen Dienstleistungsverträgen mit multinational arbeiten Konzernen oder Erhöhung von Investitionslust für ausländisches Kapital.

### Die Interessen am Abkommen

In diesen Regelungen werden Rahmenbedingungen gesetzt, die geeignet sind, die bestehende internationale Arbeitsteilung zu ändern. Von welcher Art diese Änderung sein und welche Konsequenzen sie für die Gesellschaftsstrukturen in den EG-Ländern und AKP-Staaten haben wird, hängt von der besonderen Verknüpfung der Kapitalinteressen in den EG-Ländern mit den Zielen der AKP-Länder ab. Das gemeinsame Interesse aller Vertreter der politisch und ökonomisch sehr unterschiedlichen AKP-Staaten richtet sich zum einen auf die Stabilisierung der Erlöse aus den Rohstoffexporten, die in der Regel über 90 Prozent der Gesamtexporte ausmachen. Ein relativ gleichmäßiges und gesteigertes Aufkommen aus den traditionellen Exporten ist nötig, um die Abhängigkeit von genau diesen alten Kolonialstrukturen aufzubrechen. Das spektakulär erfolgreiche Zusammengehen der OPEC-Länder hat gezeigt, daß auch ausgesprochen westlich orientierte herrschende Eliten in den unterentwickelten Ländern nicht länger bereit sind, sich mit der für sie ungünstigen Gewinnverteilung zufrieden zu geben, die sich aus der einmal oktroyierten Arbeitsteilung ergibt.

Das Ziel Industrialisierung ist da-

her ein zweites allgemeines Interesse auf der Seite der AKP-Länder, das allerdings auf unterschiedliche Weise sowohl konzipiert wie mit Veränderungen des landwirtschaftlichen Sektors verbunden ist.

Für die EG-Länder ist die Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten wichtig, weil sie Reservoirs sind für Rohstoffe und Markterweiterung. In bezug auf Rohstoffe möchte die EG-Kommission durchsetzen, daß Beihilfen für die Erstbearbeitungsstufen der Rohprodukte innerhalb der EG-Länder zugunsten entsprechender Industrieansiedlungen in den unterentwickelten Ländern abgeschafft werden. Damit sollen jene komparativen Kostenvorteile auf seiten der AKP-Länder genutzt werden, von denen in der konventionellen Theorie des internationalen Handels ausgegangen wird. Die Kommission wird dabei von Interessengruppen wie z. B. der Frankfurter Metallgesellschaft unterstützt, die den Unternehmer vom Typ des einfachen Managers durch den Typ des „business-statesman" abgelöst sehen möchten (vgl. FAZ 26. 10. 74). Dazu gehört z. B., daß die Interessen der rohstoffexportierenden Staaten mit denen der EG-Kapitale durch gemeinsame Unternehmungen (joint ventures) auf den Gebieten der Rohstofförderung und -erstbearbeitung eng verknüpft werden. Zum anderen hat die EG-Kommission schon vor Jahren die Möglichkeit untersuchen lassen, in einigen afrikanischen Ländern eine exportorientierte Industrialisierung zu fördern. Wenngleich nur wenige Länder der AKP-Gruppe (z. B. Nigeria, Zaire, Sambia, Senegal und Elfenbeinküste) für die stärksten EG-Kapitale bisher bedeutsam sind, so sind doch einige geeignet, „Relaisstationen" zu werden, die für das EG-Kapital ähnliche Funktionen übernehmen könnten, wie sie z. B. Hongkong, Singapur, Südkorea u.a. für das US-Kapital haben. Zugleich konnte die Kommission mit dem Interesse derjenigen Länder rechnen ,in denen die Industrialisierungsstrategie der Importsubstitution (d. h. der nationalen Produktion von Luxuskonsumgütern) an ihre Grenzen gestoßen war. Die neue Strategie der Industrialisierung durch Exportdiversifizierung gibt dem ausländischen Kapital neue Anlage- und Absatzchancen. Sie verlangt allerdings auch eine Umstrukturierung der EG-Länderökonomien. Entsprechend heißt es in der Sprache der Kommission: „Wenn sie wirklich entschlossen ist, am Entwicklungsprozeß der Dritten Welt teilzunehmen, muß die industrialisierte Welt bereit sein, ... notwendigen Opfern zuzustimmen, um breit ihre Märkte zu öffnen, um den Zugang zu erleichtern, um die Fabrikation von Produkten zu ermutigen, die immer noch von Rohmaterialien ausgehen, um schließlich in größtmöglichem Maß die Kaufkraft zu stabilisieren, die diesen Exporteinkünften korrespondiert". (EG-Kommission: L'Aide au Dévéloppement. Fresque de L'action communautaire, demain; Brüssel 1974).

## Ausgangssituation und Konsequenzen des Abkommens

Die relativ großen Konzessionen, die sich in den Handelsvereinbarungen und der Konzeption der Exportstabilisierung für Rohstoffe ausdrücken, konnten von einem Ausgangsniveau her vereinbart werden, durch das unmittelbar wenig Konflikte heraufbeschworen wurden. Die Industriewarenimporte der 6 alten EWG-Länder aus allen unterentwickelten Ländern zusammen betrugen Anfang der siebziger Jahre nur etwa 4 Prozent, wobei die Bundesrepublik mit knapp 6 Prozent an der Spitze lag. Englands Industriewarenimporte aus Entwicklungsländern machten etwas mehr als 9 Prozent aus; alle skandinavischen Länder lagen unter 5 Prozent. Bedenkt man, daß der überragende Anteil aller Industrieimporte aus einer Handvoll lateinamerikanischer und asiatischer Länder kommt, so wird deutlich, daß der freie Zugang für alle Ursprungserzeugnisse der AKP-Länder in den EG-Markt zur Zeit kaum Konkurrenzprobleme für EG-Unternehmen aufwirft. Je konzentrierter und zentralisierter das Kapital einer Branche ist, um so weniger ist auch Widerstand zu erwarten, wenn die Importe sich erhöhen sollten, denn die entsprechenden Unternehmen werden selbst Teile der Produktion nach außen verlagern.

Die Ausführungsbestimmungen und Ausnahmeregelungen, was die Bestimmung der marktbegünstigten Ursprungsprodukte anbelangt, weisen allerdings darauf hin, daß sich mit dem Abkommen für die EG-Länder eine grundlegende Schwierigkeit ergibt. Zum einen bietet sich für die EG-Kapitale durch eine neustrukturierte Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten eine verbesserte Konkurrenzposition gegenüber dem japanischen und US-Kapital. Zum anderen könnte das US-Kapital seinerseits versuchen, die Handelsvorteile für alle Ursprungserzeugnisse für sich selbst zu nützen, indem es von seinen Niederlassungen in den AKP-Ländern aus sich einen weiteren Zugang zum EG-Markt verschafft.

Von daher lassen sich eine Reihe von eingebauten Sicherheitsbremsen verstehen, die die Durchsetzungschance des Abkommens zum Teil unwägbar machen.

Was wären die Konsequenzen, wenn sich die Strukturierungskraft des Abkommens als stark genug erweisen sollte, um den Interessen, die zu einer neuen Arbeitsteilung tendieren, zum Durchbruch zu verhelfen? Die Handelsströme zwischen den EG- und AKP-Staaten könnten sich teilweise in eine Richtung verändern wie sie von Ländern wie Südkorea, Taiwan und Mexiko vorgezeichnet ist. In den AKP-Ländern mit der geeignetsten Ausstattung, d. h. Infrastruktur, großer Arbeitsreserve, Energie- und Rohstoffvorkommen könnte sich eine Industrialisierung entwickeln, die von den Akkumulationsinteressen der EG-Kapitale geprägt ist. (Von ihrer Ausstattung her gehören die AKP-Staaten insgesamt allerdings zu den weniger interessanten Ländern für Kapitalanlagen. Daher können und müssen Konzessionen höher sein als für andere Regionen, wobei ja auch noch innerhalb der AKP-Länder den am wenigsten entwickelten Ländern durch das Abkommen eine Sonderbehandlung zugesichert wird.)

In bezug auf den Inhalt der Industrialisierung und damit auch auf die sich verändernde Gesellschaftsstruktur hätten die multinationalen Konzerne das „Gestaltungsprivileg". Die Liberalisierung der Handelsbeziehungen würde zur marktkonformen Auslagerung bestimmter einzelner, keinesfalls zusammenhängender Unterbranchen in AKP-Staaten führen. Damit könnten die entsprechenden EG-Kapitale Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt erzielen, bzw. -nachteile aufholen. Jene AKP-Länder, die bei dieser neuen Art von Arbeitsteilung die Funktion von Relaisstationen übernehmen würden, kämen in eine neue vertiefte strukturelle Abhängigkeit, die wiederum mit den Konjunkturen der Metropolen verzahnt wäre. Da sich die Industrialisierung nur ausschnitthaft, weil außenorientiert vollzieht, müßten sich alle bisher schon bestehenden Probleme dieser Länder verschärfen: die strukturbedingte Gleichzeitigkeit von Wachstum einzelner Wirtschaftssektoren und Stagnation anderer, arbeitslose und marginalisierte Massen u. a.

Für die EG-Länder selbst bedeutet diese Art der Industrialisierung unterentwickelter Räume die Auslagerung bestimmter einzelner Wirtschaftszweige. Dazu gehören – wie erwähnt – zum einen Industrien zur Erstverarbeitung von Rohstoffen, insbesondere Mineralien, zum anderen jene unterdurchschnittlich produktiven Teilbranchen, die bisher vor allem durch die billigere Frauenarbeit wettbewerbsfähig blieben. Hier werden in erster Linie die „Opfer" zu finden sein, von denen die EG-Kommission spricht. Von der Umstrukturierung der alten Wirtschaftsbeziehungen hat sie sich auch einen Puffer gegen rezessive und depressive Erscheinungen versprochen. Aber da die Umstrukturierung selbst in eine Phase der scharfen Rezession auf Weltmaßstab fällt, werden die Widerstände gegen die „neue internationale Wirtschaftsordnung" gestärkt werden. Mit der Auslagerung bestimmter Wirtschaftszweige aus den EG-Ländern wird sich das Problem struktureller Arbeitslosigkeit verschärft stellen. Die Ablösung der alten Kolonialstrukturen wird nur in einem widerspruchsvollen Prozeß und zunächst nur höchst teilstückhaft vor sich gehen. In dieser Phase werden die Arbeiterklassen Westeuropas und der „Dritten Welt" in wachsende Konkurrenz sowohl untereinander wie gegeneinander versetzt werden.


**Nohlen/Nuscheler (Hrsg)**

**Handbuch der Dritten Welt**

**Band 1:**
Theorien und Indikatoren der Unterentwicklung und Entwicklung
400 Seiten. Lin.,
Subskriptionspreis
DM 32,–*
(bei Einzelabnahme und nach Erlöschen der Subskription DM 38,–)

**Band 2:**
Unterentwicklung und Entwicklung in Afrika
Ca. 400 Seiten. Lin.,
Subskriptionspreis
ca. DM 32,–*
(Einzeln ca. DM 38,–)
Erscheint 1975

**Band 3:**
Unterentwicklung und Entwicklung in Amerika
Ca. 400 Seiten. Lin.,
Subskriptionspreis
ca. DM 32,–*
(Einzeln ca. DM 38,–)
Erscheint 1976

**Band 4:**
Unterentwicklung und Entwicklung in Asien
Ca. 400 Seiten. Lin.,
Subskriptionspreis
ca. DM 32,–*
(Einzeln ca. DM 38,–)
Erscheint 1977

* Diese Subskriptionspreise gelten nur bei Abnahme aller 4 Bände

**Hoffmann und Campe**

Zwei in Entwicklungsfragen kompetente Sozialwissenschaftler legen ein vierbändiges »Handbuch der Dritten Welt« vor, das erstmals umfassende Materialien zu den ökonomischen, sozialen und politischen Problemen der Länder der Dritten Welt anbietet. In drei Kontinentalbänden (Band II–IV) werden von Länderexperten die umfangreichen Statistiken internationaler Organisationen und nationaler statistischer Ämter ausgewertet, die nur schwer zugänglich und nur für den Experten verständlich sind. Die Datenfülle wird, nach Ländern geordnet, durch ein einheitliches und durchgängiges Indikatoren-Schema übersichtlich aufbereitet. Zeitreihen lassen Konstanten und Wandel des historischen Entwicklungsprozesses erkennen. Kurzanalysen zu jedem Land interpretieren die Daten und zeigen historische Zusammenhänge und nicht meßbare Entwicklungen.
**Der einleitende Theorieband (Band I) ist kein weiterer Sammelband von Entwicklungstheorien, sondern entwickelt die theoretische Konzeption des Handbuches. Er präsentiert erstens den Versuch einer aus den kontroversen Theorieansätzen synthetisierten »integrierten Entwicklungstheorie«, zweitens Beiträge zum neuerdings aktualisierten Problem der Messung von Unterentwicklung/Entwicklung und der Operationalisierung von Entwicklungstheorien.**

**Bestellschein**

Hiermit bestelle ich

☐ Handbuch der Dritten Welt, Band I bis IV zum ermäßigten Subskriptionspreis(für Band I DM 32,–)

☐ Handbuch der Dritten Welt, Band I (bei Einzelabnahme) DM 38,–

Name

PLZ/Ort

Straße

Datum Unterschrift

**epog** Bitte richten Sie Ihre Bestellung an entwicklungspolitische buchgesellschaft *8000 munchen 22 – kaulbachstraße 70*

ökonomie

# Die neue internationale Arbeitsteilung von Lomé

organisation

## Einzelkämpfer in der Provinz — Ein Erfahrungsbericht

Natürlich ist man hier Einzelkämpfer; denn empfindet man sich bewußt als Sozialist, so ist man einzelner in solch einem Gebiet (Ausnahmen mag es geben), aber man kann dem Anspruch an sich, der aus solchem Bewußtsein resultiert, nur gerecht werden, wenn man diese Vereinzelung aufzuheben versucht, und zwar in dem Bereich, in dem man lebt und arbeitet. Es gilt also, „Mit-Kämpfer" zu suchen und Bündnispartner; und die kann man sich nicht aus Lehm nach einem ideelen Bilde anrühren, sondern die muß man nehmen, so wie sie sind, so wie sie das soziale Milieu hier prägte.

Natürlich ist das bäuerlich-kleinbürgerliche Moos, das die Menschen hier prägte, nicht unversehrt geblieben. Krieg und Nachkriegszeit haben auch hier die Menschen durcheinandergewürfelt: Es gibt Menschen aus den ost- und mitteldeutschen Gebieten, Menschen, die aus den zerbombten Industrie-Zentren der weiteren Umgebung kamen und nicht mehr zurückfanden, und dazu gibt es noch die vom Geist der Unruhe berührten Sprößlinge der Mittelschichten an Oberschulen und Universitäten. Es gibt einen Juso-Unterbezirk, „linke" und rechte SPD-Ortsvereine, eine IG Metall mit 12 000 Mitgliedern und die CDU mit absoluter Mehrheit. Es gibt eine reglose DKP-Gruppe, die allenfalls am 1. Mai rote Nelken verkauft und eine kommunistische Oberschüler-Gruppe, die sich ihre Infos in Köln drucken läßt.

Wenn man solche Oberflächen-Erscheinungen zur Grundlage der Analyse macht, nach der man arbeiten möchte, wird man sofort auf die Nase fallen. Denn dies ist trotz allem eine überschaubare Gesellschaft geblieben, die einen ungeheuren Sog in ihr konservatives Grundschema besitzt und so auf alle vorwärtstreibenden Elemente eminent retardierend wirkt.

Die Alternative: Integration oder Verdrängung an den Rand — bewirkt einen stets latenten Hang zum Opportunismus, der die Zusammenarbeit mit sich „links" gebenden Individuen oder Gruppierungen vertrackt kompliziert und jeden Fortschritt dabei von vornherein instabilisiert. Natürlich gibt es Konflikte; aber diese Konflikte werden nicht ausgetragen, niemand mag sie austragen (vor allem nicht offen), weil er fürchtet, die geltende Mores zu verletzen und sich damit seines (scheinbaren) Einflusses zu gegeben, den er innerhalb dieser Gesellschaft zu besitzen glaubt. Konflikte werden vertuscht, ihre Ursachen nicht ergründet, sondern sie werden mit Pflastern zugeklebt.

Das ist zweifellos das Schema, nach dem auch in der Gesamtgesellschaft der BRD vorzugehen versucht wird, nur läßt es sich dort nicht durchhalten, während es hier dominierendes Element ist. Der mögliche Spielverderber enthält sich seines Dranges, weil er fürchtet, mit dem Aufdecken der Karten den Club verlassen zu müssen.

Ich arbeite in einem Betrieb der Metall-Industrie und gehöre der

IGM an. Deshalb, und weil ich Branche und Gewerkschaft eigentlich ziemlich gut kenne, betrachte ich diesen Bereich als das Feld für meine politische Arbeit vor Ort. — Als ich hier anfing, hatte ich schon gewisse politische Erfahrungen durch Arbeit in linken Organisationen, in der Gewerkschaft, und durch Tätigkeit als Vertrauensmann und Betriebsrat in anderen Betrieben. Was aber hier zunächst wirklich lähmt, ist die fast völlige Bewußtlosigkeit der Lohnabhängigen im Betrieb und — mit gewissen Einschränkungen — in der Gewerkschaft. Politik, soweit sie zur Kenntnis genommen wird, wird durchweg verstanden als etwas Fernes, von Fremden Gemachtes, das man erleidet und als etwas, das ohne jeden Bezug auf die eigene Situation im Betrieb begriffen wird. (So wird noch heute von vielen Gewerkschaftsmitgliedern kritisiert, daß die Gewerkschaften Politik machen!)

Diese Haltung ist schwer zu durchbrechen, weil die Denkmuster vorgegeben und sehr tief eingestanzt sind. Selbst die unmittelbar auf den Arbeitsplatz im Betrieb bezogene Diskussion, die mit dem Anspruch begonnen wird, den Gegensatz der Interessen der Kapitalisten zu denen der Arbeiter zumindest anzutippen, wird von den Kollegen oft ins vorprägnierte Schema transponiert. Von der Kritik an etwa einer Lohngruppierungsfrage landet man so plötzlich unvermittelt an der Berliner Mauer oder bei den faulen Studenten, — eben irgendeiner haarsträubenden Ungeheuerlichkeit, die Löwenthal oder Boenisch gerade vorgekaut haben.

Eine der Ursachen, die dieses „falsche Bewußtsein" bewirken, das sich dem Sozialisten derart festgefressen in den Weg stellt, liegt in dem Umstand, daß es hier praktisch keine „reine" und „historisch herausgebildete" Arbeiterklasse gibt, sondern daß man es mit Bauern, Handwerkern und Kleinbürgern zu tun hat, — Arbeiter in der ersten, höchstens zweiten Generation, immer noch mit starken Bindungen an die Schichten, aus denen sie herausgefallen sind.

Die wesentliche Industrie-Entwicklung ist hier ein Produkt der Nachkriegsprosperität des deutschen Kapitalismus. Es gibt ganze 5 Betriebe zwischen 500 und 3000 Beschäftigten, die Kleinbetriebe zwischen 20 und 300 Beschäftigten prägen das Gebiet.

Die Frage, die sich dem Sozialisten also zunächst stellt (und die oft unter ähnlichen Umständen negativ beantwortet wird), ist die grundsätzliche Frage: Kann man, soll man unter solchen Bedingungen politisch arbeiten, — immerhin mit dem Anspruch, nicht irgendeine, sondern zumindest tendenziell sozialistische Arbeit zu leisten?

Selbst wenn man dann überzeugt ist von der prinzipiellen strategischen Notwendigkeit dieser Arbeit, um dazu beizutragen, die ungleichmäßige Entwicklung von Stadt und Land auch im politischen Sinne aufzuheben, weil ja hier das Land die Metropolen und industriellen Zentren in einem ganz anderen Sinne einschließt als bei Mao, scheut man zunächst das subjektive Risiko, das darin besteht, sich sinnlos zu verschleißen, also kaputtzugehen und am Ende doch nur eines bewirkt zu haben — nämlich ein Gelächter (wahrscheinlich noch nicht einmal dieses!).

Man macht sich also auf die Suche nach den oben schon erwähnten „Mitkämpfern", die, wie gesagt, eine relative Sache sind, aber ohne die man gar nicht erst anzufangen braucht. Gewiß ist die Entwicklung in der BRD seit 1967 nicht spurlos an den Arbeitern hier vorübergegangen, und eine numerisch starke IG Metall müßte also das Suchen nach Mitstreitern begünstigen. Es ist dann aber auch nicht zu verkennen, daß es dem fest in der Hand rechter SPD-Leute befindlichen Gewerkschafts-Apparat hier durch eine autoritäre, doch im ganzen sehr erfolgreiche Vertretungspolitik gelungen ist, die Kollegen davon zu überzeugen, daß sie mit ihrem Beitrag (und nur durch diesen) einem ziemlich wirksamen Versicherungsverein angehören, der es für sie schon „machen" wird. So ist die aktive Mitarbeit in der Gewerkschaft praktisch null, selbst Vertrauensleutekörper großer Firmen sind eigentlich nur auf dem Papier existent, und die gewerkschaftliche Betriebsarbeit wird nur durch einige wenige jahrzehntelang damit befaßte Super- und Multifunktionäre getan, was dann seinen entsprechenden Ausdruck in den Gremien (Ortsverwaltung, Ausschüsse und Vertreterversammlung) der Verwaltungsstelle findet.

Ich habe also meine ersten Mitstreiter in dem Betrieb, wo ich arbeite, gesucht und gefunden. Durch das Aufgreifen krasser Mißstände, die wir anprangerten, faßten einige Kollegen so viel Vertrauen zu uns, daß wir 1972 und durch konsequente Fortsetzung dieser unmittelbar an den Interessen unserer Kollegen orientierten Betriebsratsarbeit auch 1975 in den Betriebsrat gewählt wurden. Da das alles in einem Kleinbetrieb von ca. 100 Belegschaftsmitgliedern stattfand, ergab sich nur eine sehr schmale Basis, auf der man etwas sozialistische Arbeit ohnehin nicht betreiben konnte. Indessen bekamen wir Kontakt mit anderen Betrieben und die Möglichkeit, auf Versammlungen der Gewerkschaft (u. a. Vertreterversammlung) aufzutreten und dort gebrachte Diskussionsbeiträge im Anschluß weiter zu diskutieren. Durch meine Auftritte in diesem Bereich bin ich dann relativ schnell bekannt geworden, und es sind oft Kollegen an mich herangetreten mit Informationen aus ihren Betrieben oder mit irgendwelchen kritischen Bemerkungen zur Gewerkschaftspolitik, die sie mich baten, für sie irgendwie abzuhandeln. So etwas ist gefährlich, weil man schnell in die Rolle eines „Oppositionsführers" gerät, ohne daß die Opposition geneigt ist, sich selber zu exponieren. Und es trägt freilich nicht dazu bei, die Kollegen selber zum Reden über ihre Anliegen zu veranlassen. Zunächst, meine ich jedoch, muß man dies, immer mit dem Ziel, es zu ändern, mal akzeptieren.

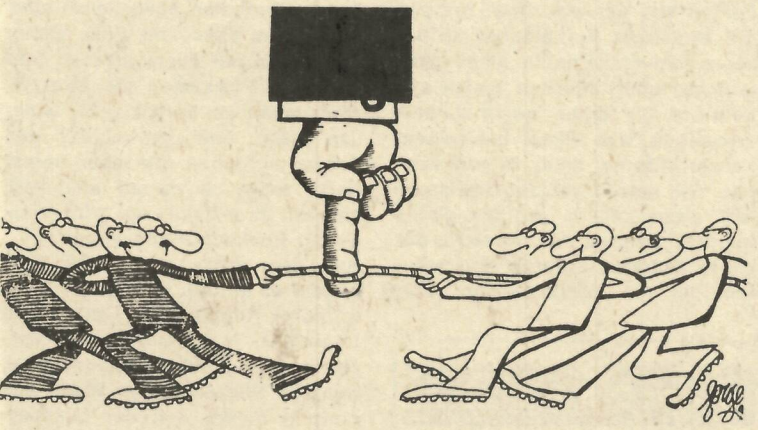
Es entstand dann so etwas wie ein informeller Kreis, der laufend Informationen austauschte. Da die Gewerkschaftsführung behutsam vermied, überregionale Informationen zu geben, die nicht ins offizielle Konzept paßten, sind von mir dann solche Informationen in diesem Kreis eingebracht worden (und natürlich auch darüber hinaus verbreitet worden). Durch solche Informationen zerbrachen dann merklich einige festgefaßte Meinungsraster. Dazu kamen auch die kritischen Momente für die gewerkschaftliche Vertretungspolitik mit dem 73er Minimalabschluß, der zu den spontanen Streiks führte und auch hier Auswirkungen zeitigte. Einige Kurz-Streiks und Streikdrohungen (auch in unserem Betrieb) führten dann zu Erfolgen, was meiner Argumentation einigen Auftrieb brachte. Dabei war allerdings wichtig ,daß ich immer am Erfahrenen und Nachvollziehbaren festmachte. Sowie ich unvermittelt „politisch" wurde, folgte man mir nicht mehr bzw. die Diskussion landete im Abseits.

Um die Diskussion breiter führen zu können, haben wir dann versucht, mit örtlichen Jusos ein Betriebs-Info herauszugeben, das vor den Betrieben verteilt wurde und Ereignisse und Erfahrungen aus hiesigen Betrieben abhandelte, sowie zu gewerkschaftlichen Themen Stellung nahm. Dies war zeitweise relativ wirksam, insofern als a) der lokale Gewerkschaftsapparat aufgeschreckt wurde und zu den jeweiligen Punkten mal was sagen mußte und b) als wirklich Kollegen aus den Betrieben zu uns gekommen sind und forderten, dies und jenes, was sie zu beanstanden hatten, in dem Info zu publizieren. Leider hat sich die SPD nicht mit dem Info abgefunden und versucht, über die Jusos Einfluß darauf zu nehmen bzw. es ganz abzuwürgen. Das führte zu einer Tendenz im

Info, die es mir unmöglich machte, noch länger daran mitzuarbeiten (obwohl es eigentlich mein Kind war). Die Jusos-Gruppe erwies sich als zu schwach, in ihren Vorstellungen zu unausgegoren und durch einzelne Individuen, die sich ihre Karriere nicht vermiesen wollten, zu uneinheitlich in ihrem Wollen. Ein Nachfolge-Info, das sich zunächst in geringer Auflage (das Juso-Info hatte immerhin 2000 bis 3000 Auflage) an anpolitisierte Gewerkschafter richtet, wird mit technischer Hilfe einer studentischen Hilfe des SB herausgegeben, und es wird versucht, die Politik grundsätzlicher kritischer Information fortzusetzen.

Mit dem Eintritt der Krise, die auch hier zu 5 %iger Arbeitslosigkeit und stellenweise zu erheblichen Kurzarbeitszeitperioden führte, haben sich neue Schwierigkeiten ergeben, die aus Angst der Arbeiter vor Entlassung resultieren. Zwar kann man argumentativ besser „einsteigen" und hat sehr viele Beispiele, an denen man den Kollegen die Schädlichkeit des kapitalistischen Systems aufzeigen kann, — man hat aber gleichzeitig den Eindruck, daß weniger hingehört wird. Die Köpfe sind einfach noch zu voll von bürgerlichen Argumentation, daß es nämlich auf die eine oder andre Partei ankäme, auf die richtigen „Macher" usw. Den Rest füllt die Angst und das Bestreben, sich individuell zu retten. Die Konkurrenz unter den Arbeitern steigt, die Notwendigkeit einer Solidarität wird schwer begriffen, zumal viele Betriebe hier wirklich Schwierigkeiten haben. „Was hilft Solidarität, wenn der Chef keine Aufträge hat?".

Zum anderen führt die Situation stärkerer Anlehnung an die offizielle Gewerkschaftslinie, zu dem Versicherungsverein, in den viele auch schnell noch eintreten ,in dem Glauben, daß sie dann bei Entlassungen usw. nicht im ersten



Glied stünden, sich den Schutz auch der alten etablierten Betriebsräte erkaufen könnten. Hier muß es zu Enttäuschungen kommen. Es fragt sich nur, ob „Einzelkämpfer" mit ein paar Sympathisanten drum herum dergleichen auffangen können. Es muß und wird versucht werden, aber die Mittel sind schwach.

Einzelkämpferdasein ist hart, und es zermürbt. Es fehlt an der Möglichkeit kollektiver Reflexion, kollektiver Kontrolle. So werden Fehler erst immer sehr spät erkannt, manchmal fürchte ich zu spät. Dieses fehlende Moment kann nicht simuliert werden; die Analyse der Reaktion von Kollegen und Sympathisanten ist nicht immer eindeutig. Bei Bündnissen ist man meist der (zumindest quantitativ) Schwächere, so daß die eigene politische Position sehr schnell leidet. Die Notwendigkeit, Mitkämpfer zu bekommen, muß begriffen werden. Man wird sie aber kaum finden unter dem Anspruch, unter dem man selber steht; als Sozialist bleibt man also (zunächst für unabsehbare Zeit) Einzelkämpfer.

Kritische Gewerkschafter gibt es überall. Aber es ist ein Unterschied zwischen kritischem Denken und kritischem Handeln. Aus kritisch denkenden Sympathisanten kritisch Handelnde zu machen, ist somit die erste und wichtigste Aufgabe — und zwar zunächst auf einem Niveau, das man traditionelles Gewerkschaftsbewußtsein nennen kann. Erst darauf kann sozialistisches Denken aufgebaut werden.

Es ist richtig und wichtig, sich im Betrieb wie auch in der Gewerkschaft wenn irgend möglich Positionen zu erkämpfen (Betriebsrat, eine relative Sicherheit bedeuten, VLK, Vertreterversammlung), die die man auch als Plattform benutzen kann und die einen gewissen Einfluß garantieren. Es ist nicht schön, aber es liegt am allgemeinen Bewußtsein: es wird einem von dort aus auch mehr zugehört. Das stinkt leicht nach Opportunismus, zum Stillhalten, um die Position und die Gefahr der Korrumpierung nicht zu gefährden, ist da und muß auch gesehen werden. Mit diesem Dilemma wird man jedoch leben müssen.

Die durch die beginnende Wirksamkeit der neuen Organisationsstruktur der SB verbesserte Möglichkeit regionaler Kontakte und darauf aufbauend partieller Zusammenarbeit kann sich in dieser Frage (und nicht nur in dieser) als hilfreich erweisen. Die größte Schwierigkeit: es fehlt eine für die Kollegen begreifbare Perspektive, eine Zielprojektion (und dies auch in organisatorischer Hinsicht).

SIEGFRIED BERG

antikommunismus

# Parteihochschulen des Kapitalismus? Eine Antwort an Vilmar

Fritz Vilmar hat am 24. Mai in der „Frankfurter Rundschau" eine neuerliche Attacke gegen die Vorherrschaft DKP-naher, zumindest nicht offen gegen sie auftretender Wissenschaftler am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Marburger Universität unter dem Titel „Parteihochschule in der Universität Marburg? Die Unterwanderungspolitik der Deutschen Kommunistischen Partei" geführt. Vilmar, der sich selbst zur undogmatischen Linken der SPD zählt und mit Modellen einer „multifrontalen Demokratisierungsstrategie" wissenschaftliche Lorbeeren erntet, exerziert in seinem Beitrag jene ideologische Frontbegradigung, die gerade in Krisenzeiten opportun ist: Zum einen liefert er zusätzliche Rechtfertigungen für die auch von den Sozialdemokraten betriebene Berufsverbotspraxis, von der die DKP bisher am stärksten betroffen ist. In einer Situation, wo sich innerhalb der SPD und unter den Liberalen der Widerstand gegen die Ausweitung der Berufsverbote verstärkt, markiert Vilmar aufs neue die Solidaritätsgrenzen, die am Rande der Juso-Vorstandslinie zerfasern, und verschafft jenen ein gutes Gewissen, die ein Engagement in dieser Sache nicht für notwendig halten. Zum anderen betreibt Vilmar Wissenschaftspolitik, die unter dem luftigen Mäntelchen des Pluralismus auf die Vertreibung der wenigen Marxisten an bundesrepublikanischen Hochschulen abzielt; dies gemeinsam mit der von ihm mit getragenen Wissenschaftler-Initiative für den „demokratischen Sozialismus". Der folgende Beitrag, dessen Abdruck die Grenzen der Liberalität der „Frankfurter Rundschau" überstieg, analysiert die fiesen Mittel der Kommunistenhatz.

DIE REDAKTION

**Die Wahrheit — sagte mal ein kluger Mann — kann unter bestimmten Bedingungen zur Lüge werden. Oder anders: es gibt Situationen, in denen sogenannte Fakten, auch wenn sie vor empirischer Richtigkeit noch so strotzen, dennoch Ideologien sind. Solche und ähnliche Gedanken stießen mir auf, als ich Fritz Vilmars Artikel (FR vom 24. Mai 1975) über die Universität Marburg las, wo geschickte Tarn- und andere Unterwanderungsmanöver der DKP es offenbar fertiggebracht haben müssen, aus einer ehrwürdigen Stätte für Lehre, Wissenschaft und Forschung etwas gänzlich unwissenschaftliches zu machen: nämlich eine Parteihochschule. Das klingt hart. Darum bin ich auch zuerst erschrocken. Dann habe ich den Kopf eingeschaltet und mir gedacht: Nanu, Marburg! Parteihochschule? Also: marxistische Physiksäle, kommunistische Konzerthallen und leninistische Medizin. Und Zutritt zu den Kaderbällen im Audimax nur für Radikale, die ihre (früh-)sozialistischen Ahnenpässe nicht versehentlich neben der Kopiermaschine im häuslichen Keller (als ESG getarnt) liegengelassen haben.**

**Spätestens jetzt wird Vilmar abwinken und müde daraufhinweisen, daß derlei Assoziationen an der „Sache" doch völlig vorbeigehen. Denn ihn errege ja nicht der Zustand der ganzen Universität (die ist ja Gottlob noch fest in Bürgerhand und soweit pluralistisch und demokratisch und in Ordnung und), sondern ihn fuchse doch nur ein einziger von vielen Fachbereichen: die Gesellschaftswissenschaft. Gut, Fritz Vilmar! Doch ehe man das erfährt, hat man bereits die Hälfte des Pamphletes hinter sich und bis dahin immer diesen verdammt suggestiven Titel im Kopf: Partei ... Partei ... Parteihochschule. Und diese Suggestion, deren Opfer man ist, vernebelt die „Sache", bläht sie auf und steckt dem Leser die so sattsam bekannten wie verführerischen Lichter auf. Aber das zeigt ja nur, daß der sachliche Kritiker Vilmar mit eben den Tricks selber arbeitet, welche er der Partei vorwirft.**

**Also. Nach 180 Zeilen erfährt man endlich, worum es geht: um die weitgehende Dominanz solcher der DKP nahestehender Hochschullehrer, Assistenten und Studenten an einem Fachbereich einer westdeutschen Universität.**

**Und in diesem stillen roten Winkel hält Vilmar demokratische Musterung ab und ruft uns Demokraten zu: ihr schlafenden Hunde, werdet endlich wach! Seht ihr denn nicht ...?**

**Das Semesterprogramm, der Kommentar dazu, die Literaturhinweise, das Grundstudium, all das trägt sowjetmarxistische Handschrift und geht an einer langen Leine, die über Pankow direkt nach Moskau führt. Da haben wir's. Resümee: dogmatischer Mief und Intoleranz. Und das Ganze auf Kosten „Hunderter von Studenten", die dieser „Hochschulung ausgeliefert" sind.**

**Soweit die Musterung. Doch damit nicht genug. Fritz Vilmar ist präziser, nennt Namen, denunziert. Oder ist es keine Denunziation wenn er schreibt: „von Friedeburg hat von Bredow und Rupp als Bracher-Schüler (an diesen Fachbereich) berufen, nicht ahnend, daß beide sich in eine DKP-konforme Richtung entwickeln würden" und weiter: „auch bei anderen dürfte zum Zeitpunkt ihrer Berufung ihre parteimarxistische Festlegung nicht deutlich gewesen sein!" So, Professoren werden sollen nur die lieben Kinder. Aber wehe, wenn sie sich, sind sie es einmal, politisch verändern, gar nach links und böse Buben werden. Zu deutlich kommt hier beim Sozialdemokraten Vilmar, einem linken zumal, wie er uns immer sagt, eine Mentalität zum Vorschein, welche die bis auf die Knochen legale DKP wie eine kriminelle Vereinigung behandelt. Und dann: ist es keine**

# kleinanzeigen

(7/1) **AMOS – Kritische Blätter aus Westfalen** – Nr. 2/75 bringt Beiträge zur Jugendarbeit, Vietnam, Berufsverbot u. a.; Bezug: AMOS, 463 Bochum, Querenburger Höhe 287.

(7/2) **Erfahrungsbericht** über Obdachlosen- und Jugendarbeit in Ludwigshafen; gegen Voreinsendng von DM 1,– + -,60 Porto bei Karin Weiß, 67 Ludwigshafen, Schützenstr. 4

(7/3) **Dritte Welt Materialien** Nr. 2/75 Thema: Multinationale Konzerne, 45 Seiten; die Materialien erscheinen 5mal im Jahr und kosten im Abo DM 8,– + Porto. Bezug: AG Christlicher Schüler-ACS, 3 Hannover, Archivstr. 3

(7/4) **Brasilianische Informationsfront** Nr. 8/9 enthält Beiträge zu: Multis in Brasilien, Unterdrückung in Lateinamerika, Polit. Häftlinge, ca. 40 Seiten; gegen Voreinsendung von DM 2,60 (einschl. Porto) bei BIF c/o Betrieb, 5 Köln 60, Merkenicher Str. 99

(7/5) **Entwicklungspolitische Korrespondenz** Nr. 3/75 behandelt die Arbeit und die Einschätzung von Christen in der Dritten Welt zu den Themen von Entwicklungspolitik, Entwicklungstheorien und der Theologie der Befreiung.. Bezug: EPK c/o EA. dam, 2 Hamburg 19, Postfach 2846

(7/6) **Dokumentation** über 50 Zeitschriften; Anhang eine Adressenliste von 200 Zeitschriften; gegen 2,50 + -,60 Porto zu beziehen bei Juso-AG c/o Gerold Kunz, 517 Waldbronn 1, St. Barbara-Str. 21

(7/7) **roter falke** Nr. 5/75 bringt Berichte zu den Fahrpreiserhöhungen und den Bildungsseminaren. Bezug: SJD-Die Falken, 3 Hannover, Walderseestr. 100

(7/8) **Graswurzel Revolution** Nr. 14/15 bringt Beiträge zum Alltag in Wyhl, RAF-Diskussion, Pazifismus & Syndikalismus und ein Sonderblatt zu Larzac. Gegen Voreinsendung von DM 1,– + Porto zu beziehen bei GfA c/o Schilling, 78 Freiburg, Händelstr. 20 A

(7/9) **Der Funke – Info für Jugendpublikationen** – Nr. 2/75. Thema: Zensuren und Sexualität von Jugendlichen. Zu beziehen nur im Abo über Joh. Iseken, 479 Paderborn, Postfach 571

(7/10) **Journal G – Dokumentationen zu Problemen ausländischer Arbeitnehmer** Nr. 4/5 bringt u. a. Berichte aus den Bereichen Politik/Ökonomie/Gewerkschaften/Kirchen/Schulen zur Situation der Gastarbeiter, 100 Seiten. Einzelnummer DM 3,50/Abo. DM 18,–; Bezug: Kulturkomitee für ausl. Arbeitnehmer, 7 Stuttgart 1, Schlosserstr. 36

(7/11) **Diskus – Frankfurter Studentenzeitung** – Nr. 1/75 enthält Beiträge zu Vietnam, Justiz, Krise der Linken, Interview mit Brückner und Marcuse, 65 S. Bezug: Diskus-Verlag, 6 Ffm. 1, Jügelstr. 1

(7/12) **Arbeitsfeld Landwirtschaft** – Rundbriefe 12 und 13 enthält: Informationen/Termine und Beiträge zu den Bauernkämpfe in Frankreich, den AK Junger Landwirte und eine Auseinandersetzung mit dem KBW zur Bauernfrage. Gegen Voreinsendung von DM 3,50 + Porto zu beziehen über SB/SZ-Büro, 7 Stuttgart 1, Neckarstr. 178

(7/13) Kritik der Strategie der kommunistischen Parteien und ihrer Begründung in der Stamokap-Theorie – **Die antimonopolistische Demokratie** –; gegen Vorauszahlung von DM 5,– zu bestellen bei Peter Boettel, 66 Saarbrücken, Mainzerstr. 11

(7/14) **Sozialarbeiter(in) für Jugendzentrum** in Selbstverwaltung gesucht; Bewerbungen an: Jugendzentrum e.V., 694 Weinheim/Bergstr., Unterer Bürgerpark/Bahnhofstr.

(7/15) **Sozialarbeiter** für die **Kinder- und Jugendarbeit** in einem Nachbarschaftsheim in Köln gesucht. Anfragen unter Chiffre 7/15 an Sozialistisches Büro.

(7/16) **Betreuer** für einen neuen **Abenteuerspielplatz** ab 1. 8. in Gießen gesucht. Anfragen an: Bernhard Nahrendorf, 63 Gießen, Bahnhotstr. 49, Tel. 78159

(7/17) **Abenteuerspielplatz-Team** sucht noch immer **Sozialarbeiter(in)** oder **Erzieher(in)** auch halbtags, sowie zwei **Jahrespraktikanten.** Anfragen: Elterninitiative ASP Heerstr. Nord e.V. c/o Manfred Krüger, 1 Berlin 20, Pillnitzer Weg 22, Tel. 3637328

(7/18) Unabhängiges **Jugendzentrum** in Neuenkirchen/Saar sucht noch einen **Sozialarbeiter** (auch Jahrespraktikant), sowie eine pädagogische Fachkraft. Kontakt: H. Hauch, 6684 Heiligenwald, Schiffweilerstr. 21, Tel. 69979

(7/19) **Jugendclub** e.V. in Darmstadt sucht einen **Sozialarbeiter** und einen Jahrespraktikanten. Anfragen über Chiffre 7/19 an Sozialistisches Büro

(7/20) **Jugendzentrum** einer ev. Ruhrgebietsgemeinde sucht einen **Nachfolger** für die hauptamtliche Stelle; das Team umfaßt 17 Mitglieder und arbeitet in verschiedenen AG's. Erwartet werden Erfahrungen in der Jugendarbeit und eine auf die Interessen der Jugendlichen bezogene Arbeit. Bewerbungen unter Chiffre 7/20 an Sozialistisches Büro

(7/21) **Wer zieht mit aufs Land?** Wir sind Lehrer, wollen einen Bauernhof kaufen und nach und nach verschiedene Projekte aufbauen: Betreuung und Erziehung von Kindern, Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Landwirtschaftliche Produktion und Tagungsstätte für Genossen. Anfragen: Hubert Ettl, 875 Aschaffenburg, Wittelsbacher Ring 3

(7/22) **FHS-Studentin** sucht ab Oktober Halbjahres-Praktikum in der Gemeinwesenarbeit. Zuschriften unter Chiffre 7/22 an Sozialistisches Büro

(7/23) **Sozialpädagogin** sucht für das Berufspraktikum eine Stelle in der Jugendarbeit. Marita Müller, 59 Siegen-Achenbach, Haubergstr. 33

(7/24) Suchen **Genossinnen/Genossen** (oder Paar) **für WG** in Großraum Mannheim, Wohnung vorhanden, sexuelle Minderheiten bevorzugt. Zuschriften unter Chiffre 7/24 an Sozialistisches Büro

(7/25) **Sozialpädagoge** sucht für das Berufspraktikum eine Stelle in der Gemeinwesenarbeit, zweijährige Erfahrung mit Projektarbeit in einer Obdachlosensiedlung (Kollektiv- und Areitserziehung mit Schulkindern, Spielaktionen, Ferienfreizeiten). Ernst Sporer, 64 Fulda, Blücherstr. 22

(7/26) **Sozialarbeiterin** sucht ab Herbst eine neue Tätigkeit, bisher in einem Sanierungsgebiet und einem sozialen Brennpunkt gearbeitet. Hannelore Loser, 5804 Herdecke, Hauptstr. 104

(7/27) Zur besseren Koordination und Beratung von örtlichen und regionalen Friedenswochen ist das **„Büro der Friedenswochen"** (Frank Thöneböhn), 4967 Bückeburg, Freundschaftsheim gegründet worden.

(7/28) When you're in London buy **Socialist books, posters and pamphlets** at I. S. Books, 265 Seven Sisters Road, Finburg Park, N 4

(7/30) Linke Lehrergruppe an einer Gesamtschule im Ruhrgebiet sucht Bewerber für die Stelle eines **Schulpsychologen.** Voraussetzung: Dipl. Psych., Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Lehrergruppe. Erfahrungen in Jugend- oder Kinderarbeit erwünscht. Anfragen unter 7/30 an Sozialistisches Büro.

(7/29) **Gesucht werden Materialien, Hinweise, Erfahrungsberichte, Kontakte:**

- „Einsatz der Reichswehr und der damaligen Polizei während der Weimarer Republik im Innern." Manfred Gehrke, 53 Bonn, Lessingstr. 8
- „Westdeutsche Elektroindustrie und Elektromultis: betriebliche- und produktionsstrukturen, Gewerkschaften, Arbeitskämpfes. Martin Sietzen, 69 Heidelberg, Rahmengasse 1a
- „Konzeptionen, Erfahrungsberichte zur Jugend- und Kinderarbeit in Obdachlosensiedlungen". Ulrich Schnasse, 593 H.-Geiswald, Setzerstr. 3
- „Körperbehinderte in Wohngemeinschaften". Schreibt auch Euere Einstellungen zur Integration von Körperbehanderten. Jürgen Beisiegel, 34 Göttingen, Kiesseestr. 42

**Denunziation, wenn Vilmar mit einem Seitenhieb auf den „Bund Demokratischer Wissenschaftler", diesem zarten linksliberalen Pflänzchen in der bundesdeutschen Wüste gerade wissenschaftlicher Reaktion, spekuliert: „und mindestens die Bundessekretärin (des BdWi), Jutta von Freyberg, ist oder war Mitglied der DKP." ‚Mindestens', ‚ist oder war' – ist das nicht die Sprache der Reaktion, die auch Vilmar mal leidenschaftlich bekämpft hat? Wenn ich Jutta von Freyberg wäre . . .**

**Aber lassen wir die Einzelheiten. Denn über die wissen die Betroffenen in Marburg besser bescheid, besser als ich und besser als Vilmar, der Rufer, der Notarzt aus Berlin. Unterstellen wir einstweilen, bis andere was anderes beweisen, in aller Ruhe, daß Vilmars Einzelheiten im einzelnen stimmen, seine Zahlen also über die x-unterwanderten Tutorien kein fauler Zauber sind und seine Fakten, wie immer man sie dreht und wendet, Fakten bleiben und nochmals Fakten.**

**Dann bleibt, ja selbst dann, sein Palaver, was ich eine „fiese" Kritik nennen möchte. Denn Vilmar treibt, so widersinnig das auf den ersten Blick klingen mag, Ideologie nicht trotz, sondern mit und durch seine Fakten. Und zwar, nebenbei sei's gesagt, eine Ideologie, die nichts weiter ist als eine subtile und zivilisierte, kurz: vornehme Spielart genau des Antikommunismus, auf den er so wortreich selber und solange einzudreschen versteht, ja solange die CDU ihn betreibt. Wo aber Fritz Vilmar beinahe dasselbe tut, da wird der Antikommunismus flugs in den demokratischen Sozialismus umgetauft und schon stärkt viel, sehr viel moralischer Wind den Rücken des wohlmeinenden Kritikers. Das alte Kind mit neuem Namen. In punkto Tarnung, kann da die DKP von Vilmar lernen?**

**Und nun nach dem ersten der zweite Blick. Vilmars Fakten, als Fakten von mir aus okay, bringen die wirklichen Verhältnisse an unseren Universitäten in einer ganz und gar unerträglichen Weise aus dem Lot. Sie lügen, indem sie verschweigen, was Vilmar bei seinem Lehrer Adorno hätte lernen können. Sie setzen auf die Unwissenheit eines Lesers, der die vielen hundert anderen Fachbereiche der vielen Dutzend anderen Hochschulen, der die Zustände dort nicht kennt. Vilmars Adresse ist ein ohne eigene Schuld naives Bewußtsein das einem Journalismus auf der Leim gehen soll, der uns die rote Stecknadel Marburg für den Heuhaufen verkaufen will, den Baum für den Wald. Mindestens dreimal fällt einem dazu was ein.**

**Da gibt es, erstens also, diesen einen kommunistisch gestrickten Fachbereich, die eine kleine Parteihochschule des Sowjetmarxismus. Aber dann, womit haben wir es dann zu tun, wenn wir dort, nachdem wir uns gründlich umgesehen ‚das Kreml-Türchen zumachen, den „Mief" noch in den Kleidern und wieder an die frische bürgerliche Luft kommen, zwischen Hamburg und München und München und Hamburg? Haben wir es dann nicht überwiegend mit sagen wir über 30 Parteihochschulen des Kapitalismus zu tun? Parteihochschulen zumal, die sich viel gekonnter zu tarnen wissen, so gekonnt, daß sie kaum noch jemand als Parteihochschulen erkennt. Parteihochschulen, wo der Kapitalismus im Gewand des Positivismus, der Hermeneutik oder der Wertfreiheit hinter dem Katheder steht, gestützt auf die Krücken der Ordinarienherrschaft und die Prothesen der Hochschulreform.**

**Zweitens nun und streng genommen, schlägt Vilmar seiner ganz eigenen Vorstellung von Pluralismus ins Gesicht und glaubwürdiger wird er dadurch nicht. Denn von ihm selber erfahren wir, daß es „weniger Pluralität (als in Marburg) nicht einmal in den Hochburgen der reaktionären Politikwissenschaft in München, Heidelberg oder Freiburg gibt." Die Zustände also kennt er. Müßte es da nicht seiner eigenen auf Pluralität und Vielfalt (nichts dagegen!) bauenden Logik entsprechen, sich für das „neo-stalinistische" Eckchen in Marburg zu erwärmen. Als einem zwar dogmatischen, aber immerhin linken Korrektiv an der Übermacht des rechten Dogmatismus, dem nicht „einige hundert" sondern „einige tausend" Studenten ausgeliefert sind. Aber nein. Hier teilt Fritz Vilmar das Hemd mit allen anderen bürgerlichen Pluralisten die zwar fix sind, wenn es darum geht, wider „zu links" und „zu rechts" den Finger zu heben, die aber immer noch, wenn es darauf ankommt, sich mit ihrer Kritik, der wütenden, an der Reaktion vorbeimogeln.**

**Auf das dritte aber schließlich kommt es mir an. In einer Zeit, wo in dieser Republik die Linken, und tatsächlich insbesondere die, welche in festen Organisationen sind, mit dem Rücken an der Wand stehen; in dieser Zeit der Ministerpräsidenten- und Unvereinbarkeitsbeschlüsse ‚in dieser Zeit der „friedlichen" Inquisition, wo der Geist des Ahlener Programms sich vor Beamtensesseln zu verantworten hat, wo die ewig zurückliegende Unterschrift unter ein vergilbtes Flugblatt, die halblaute Empörung gegen die nazi-gleiche Barbarei in Chile, ja wo das Übernachten in einer Wohngemeinschaft am Stadtrand zum Berufsverbot führen kann oder wenigstens Grund ge-**


**BASIS PRESS**

SOZIALISTISCHE KORRESPONDENZ SÜDBAYERN

BASIS-PRESS, Heft 9: Scheitern des § 218 – Recht(s)-Staat – 2. Juni – Projekt Regionalanalyse im SZ – Entstehung des SZ München – gegen Voreinsendung von DM 1,10 (einschl. Porto).

BASIS-PRESS, Sondernummer: Nachdruck Karl Marx, Das Kapital, Kritik der Politischen Ökonomie, 1. Buch, Der Produktionsprozeß des Kapitals, 1. Kapitel, nach der ersten Auflage von 1867; gegen Voreinsendung von DM 2,40 (einschl. Porto).

Sozialistisches Zentrum, 8 München 2, Lindwurmstr. 101

nug ist, sich „feindverdächtig“ zu machen, wo also der liberale Rechtsstaat sich antiliberaler, frecher und autoritärer gebärdet als (ja, es ist einfach so) in den Jahren eines Ludwig Erhard, in dieser Zeit schlägt das demokratische Gewissen Fritz Vilmars in Marburg am Fachbereich ich weiß nicht Alarm. In dieser Zeit der sich als „Recht“ aufspielenden Herrschaft von finsterer Geistlosigkeit, der Zeit der kleinen und großen Skandale der Macht gegen eine bürgerliche Freiheit nach der anderen, in dieser Zeit nennt Vilmar die Politik der machtlosen DKP einen Skandal. Und benutzt dazu das für Linke und Demokraten nicht unwichtige Forum der beinahe letzten großen und im respektablen Sinne liberalen Tageszeitung.

Eben die so beschriebene gesellschaftlich-politische Atmosphäre aber ist eine Bedingung, auf deren Hintergrund Vilmars kleine Wahrheit von der kleinen Parteihochschule zu einer großen Lüge wird. Ein paar Seiten Brecht, ein paar Brocken Dialektik genügen, um das zu begreifen oder bescheidener: ein kleiner Schuß mehr Ehrlichkeit, mehr Fairness, der hätte es auch getan.

Aber der Feind steht links, auch für Fritz Vilmar, von dem wir früher (lang ist es her!) mal eine Menge lernen konnten. Tatsächlich behandelt er die DKP in seiner Streitschrift wie einen bis an die Zähne bewaffneten Moloch, wie ein linkes „Rechtskartell“ das morgen, spätestens übermorgen über die freiheitlich demokratische Grundordnung herfallen könnte. Er macht damit ein Süppchen gar, deren Geruch an die Giftküchen der „Welt“, der „FAZ“ erinnert. Und so, als ob es Berufsverbote usw. nie gegeben hätte, flüstert er den Parteigängern in die Ohren: nun läßt die Maske fallen, sagt endlich, was ihr wirklich wollt, hier ist das Messer: Ihr Feiglinge, rennt rein!

„Wenn die DKP und ihre Sympathisanten“ – schulmeistert er am Ende „nicht bald kapieren, ... daß die Inhumanitäten im osteuropäischen Staatssozialismus als schwere Hypothek auf ihnen lasten ... dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn ihre Glaubwürdigkeit ab-, statt zunimmt.“ Wenn ich es recht verstehe, ist das der Gipfel! Denn wer unter den Linken, der neben dem Sozialismus im Kopf auch noch Moral im Leib hat, verabscheut nicht die Verbrechen, welche die stalinistische Bürokratie im Namen sogenannter historischer Notwendigkeiten ein halbes Menschenalter lang begangen hat, und wer von ihnen ist blind für die bis heute lebendigen Überreste dieser Epoche?! Aber was hat diese Inhumanität mit den Studenten in Marburg zu tun, was mit den älteren Genossen, den Kollegen in den Betrieben, von mir aus mit dem DKP-Parteibuch in der Tasche, die dort um ein paar gute Rechte kämpfen?

Rastet denn auf Vilmar die Hypothek eines Noske?

Wolfgang Abendroth hat es vor gar nicht langer Zeit schon einmal gesagt: wer unter den augenblicklich herrschenden Bedingungen Berufsverbote fordert, und sei es auch nur, wie der differenzierte Fritz Vilmar, das eine oder andere Verbot, der schließt sich aus der linken Kommunikation selber aus. Vilmars neuester Artikel vergrößert die Kluft.

Und ehe ich's vergesse zum Schluß: man muß kein Freund der DKP sein, um sich von diesem jüngsten Angriff eines vergeblich Linken auf die linke Solidarität betroffen, getroffen zu fühlen.

HARALD WIESER

## SLB – Arbeitsfeld Schule des SB

Auf der Mitgliederversammlung der Sozialistischen Lehrerbundes (SLB) in Heidelberg wurde einem Zustand abgeholfen der bei vielen Genossinen und Genossen Unklarheit geschaffen hatte. Ohne wesentliche inhaltliche Differenzen bestand der SLB seit 1972 als eigenständige Mitgliederorganisation neben der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Dieser Zustand war darauf zurückzuführen, daß ein Aufruf zur überregionalen Organisierung im SLB erhebliche Zeit vor der Ausweitung der Mitgliedschaft im SB existierte.

Im neugegründeten Arbeitsfeld Schule, das weiterhin den Namen Sozialistischer Lehrerbund im Sozialistischen Büro behalten wird, wurden zur gleichen Zeit Thesen zur Situation und Aufgabe sozialistischer Lehrer diskutiert. Diese Thesen verstehen sich als Ergänzung und Präzisierung des Thesenentwurfs des Arbeitsausschusses des SB für das Arbeitsfeld Schule. Der Thesenentwurf wurde auf der MV mit einigen Modifikation und Veränderungen verabschiedet und soll im nächsten SLB-Info erscheinen.

Auf der MV wurden die beiden Delegierten des SLB für den Delegiertenrat des SB gewählt und die überregionale Info-Redaktion auf ein weiteres Jahr bestätigt.

## Resolution der SLB-Mitgliederversammlung am 7./8. Juni in Heidelberg

Berufsverbote sind keineswegs eine Neuerung der letzten Jahre und sie werden keineswegs nur auf Lehrer angewandt. Auch in den 50er und 60er Jahren ging man gegen Sozialisten und Kommunisten in Schule, Betrieb und Gewerkschaft vor.

Während in dieser Zeit durch Verbote politischer Parteien und Positionen der Handlungsspielraum nach „links“ abgegrenzt wurde, geht man in der heutigen Berufsverbotspraxis einen anderen Weg. Heute wird es durch die Androhung des Verbots der Berufsausübung und der exemplarischen Disziplinierung zunehmend schwerer sozialistische Positionen im Ausbildungssektor zu vertreten. Statt den traditionellen Weg über das Verfassungsgericht zu gehen sichert die Bürokratie auf kaltem Wege die herrschenden Verhältnisse im Ausbildungsbereich. Für Sozialisten in diesem Bereich muß es jetzt darum gehen, ihren Handlungsspielraum zu sichern, weil sonst die Möglichkeiten sozialistischer Politik durch die Auswirkungen der Disziplinierungen untergraben werden.

Die Formen der Unterdrückung sind vielfältig: Oft braucht das drastische Mittel ‚Berufsverbot‘ gar nicht eingesetzt werden. Schon in der Lehrerausbildung herrscht ein politisches Klima, das kritische Denkanstöße die bestehende Voreinstellungen und Vorurteile überdenken, und freimütige Diskussionen, die in der wissenschaftlichen Arbeit notwendig sind, beeinträchtigt. Die Angst, nicht eingestellt zu werden, führt massenweise zu entpolitisierter Haltung. Diese Haltung wird bestärkt durch politische Notengebung und wachsenden Leistungsdruck, was zu verschärftem Konkurrenzverhalten und Angst vor Solidarisierungen führt. Hinzu kommt die Verknappung der Planstellen im Schulbereich. Die Schulbürokratie braucht keine politischen Ablehnungsgründe mehr, sie kann das große Angebot an Lehramtsanwärtern einfach nach Belieben sortieren, ohne in Legitimationsschwierigkeiten zu geraten.

Hetze gegen Linke, Denunziantentum und entsprechende Reglements tun ihr übriges, um Ansätze politischer Arbeit an den Schulen von vornherein zu bremsen. So gibt es in Nordbaden schon einen Rundbrief des Schulamts, der eine Solidarisierung mit Kollegen, gegen die politische Ermittlungsverfahren laufen, unter Androhung eines Ermittlungsverfahrens, verbietet.

Die Zunahme an Berufsverboten seit 1972 (Beschluß der Länderministerpräsidenten zu den ‚Grundsätzen zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst‘) ist vor allem eine Reaktion auf die Folgen der Studentenbewegung der 60er Jahre. Bestehende autoritäre Schulstrukturen wurden in Frage gestellt und neue kritische und sozialistische Formen und Inhalte versucht; bürgerliche Ideologie wurde als Ideologie erkannt. Dadurch drohten die Hintergründe der bestehenden Schulverhältnisse sichtbar zu werden. Heute kommt hinzu, daß mit dem Scheitern der inneren Reformen und wachsenden ökonomischen Krisenerscheinungen die Loyalität der Arbeitenden gegenüber unserem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem gefährdet ist. Eben, daß linke Lehrer, Schüler und Eltern auf antikapitalistische Aktivitäten erfolgreich vorbereiten könnten, das steht hinter den Berufsverboten.

Das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis erschwert zur Zeit ein offensives Vorgehen gegen die Berufsverbote. Widerstand ist allerdings dort erfolgreich, wo es Genossen gelingt, sich mit Kollegen, Eltern und Schülern zu verbinden. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, statt grundsätzlich inhaltlich und in aktiver Weise auf Berufsverbote zu reagieren, zieht sich in der Regel auf juristische Argumente (Instanzwegen im Lenhardt-Prozeß) oder Abgrenzungsbeschlüsse zurück. (Flucht vor der innergewerkschaftlichen politischen Auseinandersetzung.)

Eine erfolgreiche Arbeit gegen Berufsverbote muß auch am Widerspruch zwischen Grundgesetz und bestehenden gesellschaftlichen Zuständen ansetzen. Den gefeuerten Lehrern werden wesentliche Grundrechte versagt: Freie Wahl der Berufe, Zugang zu allen Ämtern und das Parteienprivileg. Die Berufsverbotspraxis betreibt, vergleichbar mit der Notstandsgesetzgebung vor 7 Jahren, in substantieller Weise die Demontage politischer Freiheiten. Wesentlich ist daher ein politisches Vorgehen gegen diese Praxis. Wir müssen darauf hinweisen, daß gerade die zu den „Feinden der Demokratie“ gestempelt werden sollen, die das Ausbeutungsverhältnis zugunsten einer demokratischen Selbstbestimmung der Arbeitenden auflösen wollen. Die defensive Sicherung vorhandener Spielräume reicht dabei nicht aus. Die Verstärkung der eigenen politischen Praxis ist hier und heute eine wichtige Voraussetzung.

## Progressive Sprachschule in London

Im Sommer 1975 werden in Lodon **Englisch-Kurse** durchgeführt, die verbunden sind mit einem politischen Zusatzprogramm über Großbritannien, einschließlich Kontakten zu den Gewerkschaften und politischen Parteien und Organisationen der Linken.

Die Kurse – für Anfänger mit Vorkenntnissen sowie für Fortgeschrittene – dauern drei Wochen, mit drei Unterrichtsstunden pro Tag; sie werden von jungen, erfahrenen Lehrkräften geleitet; die Unterrichtsmethode ist an neuesten Erkenntnissen orientiert (situations- und praxisbezogen). Als Unterkunft steht für die Dauer der Kurse ein modernes Studentenheim zur Verfügung.

**Termine:** 14. 7.–1. 8.; 4. 8.–22. 8.; 25. 8.–12. 9.

**Preise:** ausschließlich für den Kurs: DM 190,–; für Kurs, Unterkunft und Verpflegung: ab DM 585,–.

**Nähere Auskünfte über: Lambeth English Centre, 6 Frankfurt-90, Hamburger Allee 47.**

# Erklärung zum neuen Siemens-Urteil

links

Im Prozeß um die Dokumentarsatire „Unsere Siemens-Welt“ liegt jetzt das Urteil der 2. Instanz vor (4. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart). Danach

- müssen 9 (von 19 strittigen) „Behauptungen“ des Buches unterlassen werden,
- müssen wir die Hälfte der Gerichtskosten zahlen,
- müssen wir drei Zeitungsanzeigen mit dem Text eines Unterlassungsausspruchs der 9 „Behauptungen“ bezahlen,
- müssen wir der Siemens AG allen Schaden ersetzen, der ihr durch Aufstellung und Verbreitung von 7 „Behauptungen“ entstanden ist und noch entstehen wird.

Die 9 zu unterlassenden „Behauptungen“: Zusammenarbeit zwischen Siemens und Westinghouse auf dem Rüstungssektor — Häftlingseinsatz bei der Installierung des Vergasungskrematoriums im KZ Auschwitz durch Siemens — Aufsicht über Häftlinge im Siemens-Lager Haselhorst — Angliederung von Elektrobetrieben in besetzten Ländern im 2. Weltkrieg — Bonus für Vorstandsmitglieder — 80 % Berufsunfähigkeit der Arbeiterinnen vor dem Rentenalter — Durchfallquote bei Lehrlingsprüfungen nicht selten ein Drittel — Entlassung während der Probezeit krank werdender Mitarbeiter — Bierpreiserhöhungen zur Stärkung der Firmenkassen.

Wir möchten daran erinnern, daß 8 dieser „Behauptungen“ nicht von uns stammen, sondern zuerst von anderen Autoren, Zeitungen und Zeitschriften publiziert wurden — ohne daß Siemens dagegen etwas unternommen hat. Vier dieser Punkte sind in Büchern veröffentlicht, die nach wie vor — unbeanstandet — verkauft werden.

Lediglich in einem Punkt hat F. C. Delius einen Fehler gemacht: Der nicht im Geschäftsbericht ausgewiesene Betrag, den die Vorstandsmitglieder zusätzlich für Aufsichtsratstätigkeiten usw. erhalten, liegt — das ist unstreitig — bei 8 % ihrer Vorstandsbezüge; diesen Betrag jedoch als „Bonus“ zu bezeichnen, ist nicht richtig.

Wegen dieses einen terminologischen Fehlers und 8 übernommener, z. T. immer noch beweismäßig strittiger „Behauptungen“ (in einem Buch, das ca. 2—3000 solcher Detailinformationen verarbeitet), entstehen uns Kosten von ca. 34 000 DM. Im einzelnen sind für beide Instanzen und das Einstweilige Verfügungsverfahren (des Siemens-Konzerns und der Deutschen Bank vom Herbst 1972) zu zahlen: Gerichtskosten ca. 7 000 DM; Anwaltskosten 16 200 DM; Anzeigenkosten Unterlassungsausspruch ca. 7 000 DM; Reisen zu Gerichtsterminen, Recherchen usw. ca. 4 000 DM.

Am bedrohlichsten ist jedoch die Möglichkeit, die auch das Oberlandesgericht der Siemens AG einräumt: mit immensen Schadensersatzforderungen den Verlag zu liquidieren und den Autor lebenslang zum Schuldner des Konzerns zu machen. Es ist denkbar, daß die Siemens AG, die einen bereits im Detail ausgehandelten Vergleich des Oberlandesgerichts in letzter Minute widerrufen hat, irgendwelche „Schäden“ fingiert und damit ein wichtiges Instrument linker Öffentlichkeit mundtot macht.

Für Schriftsteller, Journalisten und Wissenschaftler hat das Urteil — das, wie schon beim Landgericht, ohne Gutachten literarischer Sachverständiger gefällt wurde — erhebliche Konsequenzen: sie müssen jede ihrer Quellen bis ins Detail nachprüfen und können die Nichtreaktion Betroffener nicht mehr als Indiz für die Richtigkeit einer Behauptung nehmen. In der Praxis bedeutet das: endlose Recherchen, die kein unabhängiger Schreiber auf sich nehmen kann, schon gar nicht ein literarischer Autor. Das bedeutet auch: ein Buch wie „Unsere Siemens-Welt“ wäre unmöglich zu schreiben ohne Benutzung des Siemens-Archivs. Die Benutzer des Archivs jedoch bezahlen ihre Informationen mit Zensur: sie müssen sich verpflichten, ihre Arbeit vor der Veröffentlichung zur Siemens-Zensur vorzulegen und sich Eingriffe gefallen zu lassen.

Auch dieses Urteil verdient eine Berufung (nächste Instanz: Bundesgerichtshof). Ob wir solch ein zusätzliches Kostenrisiko eingehen können, machen wir von der Prüfung der ausführlichen Urteilsbegründung, die noch nicht vorliegt, und von der Solidarität der Öffentlichkeit abhängig.

**BERLIN, 16. 6. 1975**

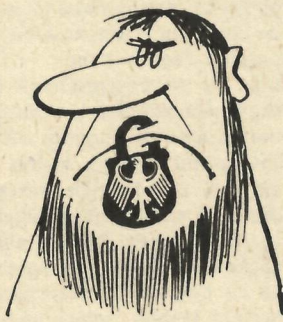
**F. C. DELIUS UND ROTBUCHVERLAG**

**1 BERLIN 30, POTSDAMER STR. 9**

der Autor

der Verleger

der Buchhändler



der Leser


## IMPRESSUM

**Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611 / 83 25 93 ● Redaktion „links“ z. Z. Andreas Buro, Dieter Esche, Egbert Jahn, Roland Roth (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe), Eva Senghaas-Knobloch, Ge Schäfer ● Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain Telefon 0611/832593. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,50, Jahresabonnemen DM 18,— zuzüglich DM 3,— Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041 604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge „links“ wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte „links“ + „express“ Prospektkarte „Jetzt abonnieren!“; Drucksache „Neue Thesen des Sozialistischen Büros“ mit anhängender Zahlkarte; Spendenaufruf „Arbeiter-Solidaritäts-Fonds“ mit anhängender Zahlkarte; Bücher- & Paperliste des Sozialistischen Büros; „links“-Extrablatt; Prospekt „Broschüren des SB — Sommer 1975“.**


## Bestellschein

**(bitte gut leserlich schreiben)**

**An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591**

**Ich abonniere ab 1. 7. 1975 „links“ sozialistische Zeitung**

**Bezugspreis für das restliche Jahr 1975 DM 10,— (einschl. Versandkosten)**

**Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt wird.**

**Vor- und Zuname:** _____

**Postleitzahl und Wohnort:** _____

**Straße:** _____

**Datum:** _____ _____

**Unterschrift**